Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Abonnementspreis mit illustr. Beilage „Volk u. Zeit" frei Haus pro Woche — Montag bis Sonnabend — 45 Reichspfg. Einzelverkaufspr.: 10 Reichspfg.
Redaktion: Johannisstraße 46
Fernruf { 905 nur Redaktion
926 nur Geschäftsstelle

Anzeigenpreis für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Reichspfennige, auswärtige 25 Reichspfennige. Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Reichspfennige. Reklamen 80 Reichspfg.
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46
Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle
905 nur Redaktion

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 132 — Mittwoch, 10. Juni 1925 — 32. Jahrgang

Generalsturm auf die Reichsverfassung!

Vorstoß der Konterrevolution im Reichstagsausschuß / Abfuhr in der Flaggenfrage. Anderwärts Erfolge mit Hilfe des Zentrums und der Kommunisten.

Schwankende Haltung des Zentrums.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags hat am Dienstag die Beratung des Etats des Innenministeriums fortgesetzt. Die Bestrebungen der Deutschnationalen auf Aenderung der Verfassung standen wieder im Vordergrund der Debatte obwohl der deutschnationale Abg. Schlange-Schöningen erklärte, daß seine Fraktion im Augenblicke wichtigere Dinge zu tun habe, als eine grundlegende Aenderung der Weimarer Verfassung vorzubereiten. Die Kommunisten zeigten sich in dem Kampf um die Erhaltung des Geistes von Weimar im allgemeinen selbstverständlich als getreue Stützen der Deutschnationalen. Sie unterstützten nicht nur den Antrag auf Einsetzung eines Verfassungsausschusses, sondern stimmten auch für die Aufhebung des Republikschutzgesetzes. Landsberg lehnte im Namen der Sozialdemokratie die Zustimmung zu einem Verfassungsausschuß nochmals entschieden ab. Durch eine Anfrage des Genossen Rosenfeld, die Auskunft darüber wünschte, ob im Reichsministerium des Innern tatsächlich **ein umfangreiches Programm zur Aenderung der Reichsverfassung** ausgearbeitet wird, sah sich der zuständige Minister veranlaßt, das Wort zu nehmen. Er verlas als Erwiderung auf einen kommunistischen Angriff zunächst einen Bericht des preußischen Innenministers über die blutigen Vorgänge in Teltow. In ihm wird behauptet, daß die Initiative zu dem Zusammenstoß vom „Roten Frontkämpferbund" ausgegangen ist. Dann zeigte sich Schiele nicht gerade als großer Held. Er ist zweifellos der Urheber des Antrages auf Einsetzung eines Verfassungsausschusses. Der Mut, das offen zu gestehen, fehlte ihm und deshalb verschanzte er sich hinter die Initiative des Reichstages, die angeblich auch das Reichskabinett veranlaßt hat, dem Antrag auf Einsetzung eines Verfassungsausschusses zuzustimmen.

Vorerst ist jedenfalls der bedeutendste deutschnationale Vorstoß abgewehrt. Eine deutschnationale Entschließung, die von der Reichsregierung **die Ersetzung der schwarz-rot-goldenen Volksfahne durch die schwarz-weiß-rote Flagge** fordert, wurde **mit 14 gegen 12 Stimmen abgelehnt.** Das **Zentrum enthielt sich** mit Ausnahme des Abg. Erfing **der Stimme.** Dagegen gelang es den Deutschnationalen, ihren Antrag, den 18. Januar zum Nationalfeiertag zu erheben, durchzusetzen. Das Zentrum stimmte diesem Verlangen zu, ließ aber später erklären, daß ein Irrtum vorliege und im Plenum eine Revision der Haltung erfolgen soll. — Mittwoch Weiterberatung.

Es geht ums Ganze!

Von Kurt Rosenfeld.

Der Rechtskurs, den Luther-Hindenburg zu steuern beginnen, drückt sich wirtschaftlich in Zollwucherabsichten, in Steuerunrecht und Aufwertungsschwindel aus, und politisch zunächst in dem Versuch, die Weimarer Verfassung rückwärts zu revidieren. Offenbar soll die Verfassung der in den letzten Jahren eingetretenen Verschiebung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse angepaßt werden. Man will das Grundgesetz der deutschen Republik „reformieren".

Der deutschnationale Innenminister Schiele empfahl im Etat-Ausschuß des Reichstages kurz nach der Hindenburg-Wahl im Namen der Reichsregierung die Einsetzung eines ständigen Verfassungsausschusses, der alle Anträge beraten soll, die zur Abänderung einzelner Bestimmungen der Verfassung bereits eingebracht worden sind oder noch in Zukunft (!) eingebracht werden. Also ein anscheinend sehr bescheidener Wunsch der Reichsregierung! Fordert sie doch „nur", daß der Reichstag zu den vielen schon bestehenden Ausschüssen einen neuen hinzuwählen soll! In Wahrheit aber verbirgt sich hinter diesen Bestrebungen nichts anderes als der Versuch, einen jederzeit offenen Weg zu schaffen, auf dem nach und nach zunächst unwichtigere, dann aber wichtigste Bestimmungen der Verfassung, die den Machthabern der Rechtsparteien hinderlich sind, ohne viel Aufheben beseitigt werden können. Schiele selbst, der 1919 als sein Lebensziel das „Wiedererstehen eines deutschen sozialen Kaisertums auf föderativer Grundlage" festgelegt hat, dessen monarchistischen Wünsche damit, wenn das bei den Deutschnationalen noch nötig sein sollte, offenkundig geworden sind, empfahl zunächst nur die Beratung der berüchtigten Denkschrift der bayrischen Regierung, in der eine weitgehende Föderalisierung verlangt wird, und der von den Rechtsparteien eingebrachten Anträge auf Aenderung der Reichsfarben. Der damit von der Reichsregierung geworfene Ball der scheinbar harmlosen Verfassungsänderung wurde aber sehr schnell von den Deutschnationalen aufgenommen: sie stellten im Etat-Ausschuß des Reichstags eine Reihe von Anträgen, und zwar mit der Tendenz, über die Wünsche des Ministers hinaus, wenigstens über die von ihm vorgetragenen Wünsche hinaus, Verfassungsfragen aller Art aufzuwerfen.

Die deutschnationalen Anträge fordern neben der auch von der sozialdemokratischen Fraktion immer verlangten Sicherung der Immunität für die Mitglieder der ständigen Reichstagsausschüsse und neben der politisch wenig bedeutungsvollen Zulassung der Verleihung von Titeln und Rettungsmedaillen die Aufhebung des im wesentlichen nur für Hannover und das Rheinland wichtigen Artikels 18, der die Aenderung des Gebietes von Ländern und die Neubildung von Ländern innerhalb des Reiches zuläßt, die Aenderung der Reichsfarben, die schwarz-weiß-rot werden sollen, und die Einsetzung eines ständigen Verfassungsausschusses, der nachprüfen soll „inwieweit die Reichsverfassung durch Diktat der Entente und durch Verträge mit der Entente, oder durch die innerdeutsche Gesetzgebung und die Staatspraxis, insbesondere durch die Handhabung des Artikels 48 der Reichsverfassung tatsächlich abgeändert ist und inwieweit es um der Rechtssicherheit willen notwendig ist, den Wortlaut der Reichsverfassung mit dem tatsächlich angewandten Recht in Uebereinstimmung zu bringen".

Die mit diesen Anträgen sehr geschickt vorgenommene Mischung von demokratischen, rechtsradikalen und scheinbar harmlosen Forderungen macht die deutschnationalen Anträge so gefährlich und zwingt uns zu um so größerer Aufmerksamkeit. Man will die Immunität sichern, was wir nur begrüßen können, man will den Titel- und Ordensjägern freie Bahn öffnen — wobei Bayern mit seinem verfassungswidrigen, allerdings einträglichen Schacher mit Kommerzienratstiteln vorangegangen ist —, man will durch Aufhebung des Artikels 18 vor allem den Rheinländern die Möglichkeit nehmen, im Rahmen und auf den Wegen der Verfassung einen eigenen Freistaat zu bilden, man will das verhaßte Schwarz-Rot-Gold in den Reichsfarben tilgen, und man wünscht ganz besonders dringend den ständigen Verfassungsausschuß. Geradezu bewunderungswürdig haben die Deutschnationalen verstanden, hinter den Worten ihres auf Einsetzung eines solchen Ausschusses berichteten Antrages die Gedanken zu verbergen, von denen sie sich leiten lassen. Sie wollen ja nur „den Wortlaut der Reichsverfassung mit dem tatsächlich angewandten Recht in Uebereinstimmung bringen . . .", soweit „es um der Rechtssicherheit willen notwendig ist". Wer könnte sich diesem Wunsch, der fast an Lassallesche Verfassungsgedanken anzuklingen scheint, widersetzen! Wer will denn nicht, daß Recht und Leben, Theorie und Praxis übereinstimmen! Wenn nun aber die „Staatspraxis" eine monarchistische ist oder — unter Hindenburg — als monarchistisch wird bezeichnet werden können? Dann muß, wenn es nach den Deutschnationalen geht, der Verfassungsausschuß einfach die Konsequenzen ziehen und „den Wortlaut der Verfassung mit dem tatsächlich angewandten Recht" der Monarchie in Uebereinstimmung bringen. **So soll im Handumdrehen aus der Republik eine Monarchie gemacht werden können!**

Bei dieser Sachlage hatte die sozialdemokratische Fraktion sicherlich die Massen der Republikaner auf ihrer Seite, als sie bei der Bekanntgabe der deutschnationalen Wünsche durch den Genossen Sollmann verkünden ließ: **Hände weg von der Reichsverfassung!** Der deutschnationale Verfassungsausschuß ist der offene Verfassungskampf! Erfreulicherweise sind im Etatsausschuß auch Demokraten und Zentrum sowie die Kommunisten auf unsere Seite getreten. Sie haben gemeinschaftlich mit unseren Vertretern den Antrag auf Einsetzung eines Verfassungsausschusses zu Fall gebracht. Freilich die Kommunisten haben gleichzeitig noch einen recht merkwürdigen Antrag gestellt: Sie verlangten einen ständigen Ausschuß „Zwecks Bekämpfung der monarchistischen Gefahr, insbesondere zwecks Säuberung der Staatsverwaltung, der Reichswehr, der Polizei, der Justiz und Schule von monarchistischen Elementen". Das Ziel ist durchaus das unsere! Wenn uns die Kommunisten nur immer bei solchen Säuberungsaktionen unterstützen würden, statt es vorzuziehen, sozialdemokratische Beamte durch rechtsgerichtete ersetzen zu lassen! Aber mit einem Ausschuß des Reichstages, der doch nicht einmal selbst die Exekutive ausübt, und noch dazu mit dem Ausschuß dieses Reichstags, der eine Rechtsregierung geschaffen hat, die monarchistische Gefahr bekämpfen zu wollen — das kann nicht ernst gemeint sein. Die Verfassungsfragen und die heutigen Zeiten überhaupt sind aber zum Witzemachen wahrlich zu ernst. So wurde auch der kommunistische Antrag von keiner Seite ernst genommen und abgelehnt.

Sehr bezeichnend war das Verhalten der Parteien zur Flaggenfrage: Das Zentrum (mit Ausnahme des Abgeordneten Erfing) enthielt sich der Abstimmung! Der deutschnationale Antrag auf Einführung der schwarz-weiß-roten Farben wurde im Etatsausschuß von der Mehrheit, die aus unseren Vertretern, den Demokraten und Kommunisten sowie dem Zentrumsabgeordneten Erfing bestand, abgelehnt.

Mit dem günstigen Ausgang der Beratung der Anträge auf Einsetzung eines Verfassungsausschusses und auf Einführung der alten Reichsfarben ist der Kampf um die Verfassung aber nicht beendet. Der Kampf geht weiter, und wir werden ihn mit Freuden führen. Es handelt sich um die letzten bisher noch behaupteten politischen Errungenschaften der Revolution. Es geht zunächst um die Fahnen und Farben, es geht alsdann um die Heraufsetzung des Wahlalters und um die Beseitigung des allgemeinen Gemeindewahlrechts, vielleicht des allgemeinen Wahlrechts überhaupt, es geht schließlich um die Republik!

Die Zoll- und Steuerfragen zeigen den Gegensatz von Bourgeoisie und Proletariat. Der gleiche Gegensatz tut sich in den Verfassungsfragen auf. Die großen Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten führen im Zoll- und Steuerkampf zugleich den Verfassungskampf und im Kampf für die republikanische Verfassung zugleich den Kampf gegen Zoll- und Steuerunrecht, gegen Ausbeutung und Unterdrückung.

Es geht ums Ganze!

Die Grundlage der Entwaffnungsnote.

Der Bericht der alliierten Kontrollkommission / Schwere Anklagen gegen die deutschen Militärbehörden.

Der Bericht der Interalliierten Militärkommission für die Entwaffnung Deutschlands, auf den die Nichträumung der Kölner Zone zum vertragsmäßigen Zeitpunkt und die neuen Forderungen der Entente gestützt werden, ist im Auszug von der französischen Regierung veröffentlicht worden. Dieser Auszug enthält im wesentlichen das folgende:

Der Bericht erinnert daran, daß die Kontrollkommission ihre Arbeiten vom Dezember 1923 während der gesamten Ruhrbesetzung bis zum Ende des passiven Widerstandes eingestellt hatte. Die Generalinspektion habe vom 8. September 1924 bis zum 25. Januar 1925 gedauert. Während die Kontrollkommission ohne Schwierigkeiten von der Polizei, den Fabriken und den Zivilbehörden aufgenommen worden sei, habe sie den

lebhaftesten Widerstand bei den Militärbehörden

gefunden. Sie hätten sich bereit erklärt, auf Fragen zu antworten, aber sich oft geweigert, die unerläßlichen Dokumente mitzuteilen, oder sie hätten ihr Vorhandensein abgeleugnet. Am 25. September habe die Kommission schließlich das Recht erlangt, die nötigen Dokumente einzusehen. Die Arbeit sei denn durch die Prüfung des Materials wesentlich erleichtert worden, aber hinsichtlich der effektiven Bestände und der **Rekrutierung habe die Obstruktion der Militärbehörden** bis zum Ende der Generalinspektion angedauert. Die deutsche Regierung habe ebenfalls erklärt, daß die Kontrollkommission nicht Kenntnis nehmen könne von dem vollständigen Aktenmaterial, sondern daß sie im voraus die Dokumente mit Nummern und Datum bezeichnen müsse, die sie einsehen wolle. Die deutschen Behörden würden dann feststellen, ob das Dokument noch vorhanden sei oder nicht. Obwohl eine solche Auslegung die Rechte der Kontrollkommission in unangenehmer Weise beschränkt habe, habe diese sich zu zwei Versuchen verstanden. Bei dem ersten habe sie sich erboten, ausdrücklich die Dokumente zu bestimmen und sich mit der Verifizierung seines Vorhandenseins zu begnügen unter der Bedingung, daß diese Nachprüfung von Kontrolloffizieren vorgenommen werde. Die deutsche Behörde habe sich geweigert. Bei dem zweiten Versuch hätten die Kontrolloffiziere ein Dokument nach Nummer und Datum bestimmt. Dies sei ihnen vorgelegt worden, aber sie hätten kaum damit begonnen, es durchzusehen, als man es ihnen wieder entzogen habe. Trotzdem seien ihnen zahlreiche Dokumente vorgelegt worden, aber oft habe es den Anschein gehabt, als seien sie geändert und gewisse Stellen seien offensichtlich jüngsten Datums gewesen. Viele Bücher neueren Datums hätten keine Andeutung darüber enthalten, was sich während der Unterbrechung der Kontrolle abgespielt habe, und die vorausgegangenen Bücher, hätte man erklärt, seien schon zerstört. Sehr oft seien die Dokumente mit Verspätung vorgelegt worden. Manchmal habe man sogar den Zutritt zu den Lokalen verboten. Bei den Küstenbatterien hätten sich Behörden geweigert, die Kontrollkommission an Ort und Stelle den Umfang gewisser betonierter Anlagen nachprüfen zu lassen.

Bei einem unvorhergesehenen Besuch, wie z. B. am 20. Dezember in Potsdam

in den Stallungen, die der Kaserne des 4. Kavallerieregiments benachbart seien, hätten die Offiziere

vergeblich acht Stunden warten müssen,

bis sie in das Lokal hätten eindringen können, da es angeblich an eine Person vermietet gewesen sei, die man den ganzen Tag nicht habe finden können, obwohl das Kriegsmaterial von außen sichtbar gewesen sei. Um zu erhindern, daß die Tür ge-

sprengt würde, sei man so weit gegangen, zu behaupten, wenn man diese Sprengung vornähme,

würde automatisch eine Explosion

erfolgen. Es sei schließlich

bedeutsam, daß unter der Beschuldigung des Hochverrats gegen die Verfasser gewisser Pressartikel, die Verfehlungen am Vertrage feststellten, Strafverfahren eingeleitet worden seien, und daß schwere Verurteilungen erfolgt seien, während die Vereinigungen, die eine gegen den Vertrag verstoßende Tätigkeit ausgeübt hätten, die Nachsicht der Behörden gefunden

hätten. In erster Linie müsse man aber die militärische Vorbereitung der Jugend und das Vorhandensein von starker Bewaffnung mit Kriegsmaterial nennen. Der Bericht geht alsdann dazu über, die Ergebnisse der Generalinspektion in drei Rubriken zu bezeichnen.

Kapitel I: Bewaffnung.

Deutschland habe seine **Kriegsmaterialfabrikation** ohne Genehmigung und ohne die vorgeschriebenen Bedingungen erfüllt zu haben, wieder aufgenommen, und zwar nicht nur von Munition und Ersatzstücken, sondern auch Waffen und Elementen von Kriegswaffen, Explosivstoffen und verbotenen Mitteln zum Schutze gegen Giftgase (!). Zahlreiche vorgeschriebene Vernichtungen seien noch in den privaten Fabriken durchzuführen, und in den Staatsbetrieben sei die vorgeschriebene Herabsetzung nicht ausgeführt worden. In den Deutschen Werken in Spandau, Lippstadt und Ingolstadt habe man eine Verstärkung der Industrieeinrichtungen feststellen können. Deutschland sei in der Lage, rasch zu fabrizieren und in Massen Kriegsmaterial herzustellen. Wenn man nicht nur die Herstellungsfähigkeit, sondern auch die vorhandenen Einrichtungen ins Auge fasse, müsse man die Ausrüstung und die Reserven der Reichswehr und der Polizei prüfen, sowie

die geheimen Depots, also die Bewaffnung der Verbände.

Neben den zugestandernermaßen vorhandenen Vorräten, habe die Kommission geheime Vorräte entdeckt, z. B. in der Fabrik der Deutschen Waffen- und Munitionswerke in Witteron 113 Kanonenläufe, 17 000 Maschinengewehrläufe, 17 000 halbfertige Kanonenrohre und 10 000 Rohre für 9-Millimeter-Gewehre. Nach Auskünften, die von der deutschen Regierung selbst geliefert wurden, sei jedoch die Entwaffnung noch nicht vollständig beendet. In Bayern namentlich habe man während der Unruhen von 1923 einen Teil der Maschinengewehre, aber keine Kanonen beschlagnahmen können, während

im November 1923 Artillerieformationen an dem Staatsstreich teilgenommen

hätten. Die Lager an Waffen und Munition in Deutschland seien mindestens auf der Höhe des Jahres 1922 geblieben, wo sie größer gewesen seien als die genehmigten Bestände. Die Vorräte seien sogar noch verstärkt worden, wie die Entdeckung geheimer Lager beweise. Die deutsche Regierung zeige schlechten Willen, denn sie habe nicht die beiden Gesetze annehmen lassen, die die Alliierten gefordert hätten, um die unbegrenzte Fabrikation von Kriegsmaterial zu verhindern; das Gesetz, das die Fabrikation und die Ausfuhr von Waffen, Munition und sonstigem Kriegsmaterial verbiete, und das Gesetz über den Handel und die ungesetzliche Fabrikation von Kriegsmaterial.

Kapitel II: Effektivbestände.

Die Reichswehr sei in völligem Widerspruch mit dem Friedensvertrag kein Heer von Freiwilligen, sondern eine Kadresarmee. Während der Unterbrechung der Kontrolle sei die Gliederung der Formationen und Kriegsvorbereitung sehr rege weiter betrieben worden. Ueberall habe die Reichswehr enge Beziehungen zu dem ehemaligen Heere unterhalten, mit dem sie sich durch Schaffung von Traditionseinheiten verbunden habe, sowie ferner durch die alte Landwehrorganisation und dadurch, daß die Verwaltungsorgane der Friedenszeit beibehalten wurden. Die Effektivbestände überschritten die genehmigte Zahl nicht, aber die Kommission habe das

Vorhandensein von Reservekadres für Offiziere und Unteroffiziere und die Vorbereitungen dazu festgestellt.

Die Zeitfreiwilligen würden gewöhnlich zuerst für zwei Monate eingegliedert, und ihre Ausbildung werde dann durch gewisse patriotische Vereine fortgesetzt. Dieses System sei 1923 geschaffen worden, und obgleich die deutsche Regierung es ableugne, habe die Kontrollkommission zahlreiche Beweise dafür erhalten. Es sei jetzt noch in Funktion. Uebrigens hätten die Behörden alles getan, um die Aufklärung hierüber zu verhindern. Die Magazine seien für eine viel stärkere Armee, als für die Reichswehr ausgerüstet.

Die deutschen Behörden hätten alles getan, um den Bestand und die Tätigkeit der patriotischen Vereine zu verheimlichen.

Bei einem nicht angekündigten Besuch im Sennelager am 11. Dezember habe die Kommission die Anwesenheit von Mitgliedern der Vereinigung jungdeutscher Orden entdeckt, die einer militärischen Instruktion beigewohnt hätten.

Kapitel III: Die Festungen.

Seit 1922 hätten die Küstenbefestigungen gewisse Veränderungen erfahren: neue Betonkonstruktionen, neue unterirdische elektrische Kabel sowie militärische Servituten seien eingerichtet worden. Es wäre jedoch unmöglich gewesen, angesichts der Obstruktion der deutschen Behörden, den Umfang der Veränderungen festzustellen.

Nach einer — schon aus der Note bekannten — Aufzählung dessen, was die deutsche Regierung nachzuholen habe, kommt der Bericht zu folgenden Schlüssen:

Hinsichtlich Bewaffnung und sonstigem Kriegsmaterial scheint die militärische Stärke Deutschlands seit 1922 ungefähr die gleiche geblieben zu sein. **Keine der zu jener Zeit festgestellten Verfehlungen sei beseitigt worden.** Die Punkte, in denen die militärische Macht Deutschlands eine ausgesprochene Verstärkung erkennen lasse, lägen auf dem Gebiete der Effektivbestände, der Rekrutierung und der militärischen Ausbildung sowie bei gewissen Ausrüstungen und Befestigungen.

Deutsche Gegenerklärungen.

Zum Militärkontrollbericht wird von zuständiger Berliner Stelle betont, daß dieser Bericht schon im Januar verfaßt worden ist. Seitdem seien eine ganze Reihe Anstände abgestellt worden, sie fänden deshalb auch nicht mehr in der Note der Botschafterkonferenz. Die Beschuldigung der Obstruktion deutscher Behörden gegen die Generalinspektion sei schon dadurch widerlegt, daß zweifaches Kontrollbesuche vorgenommen wurden, ohne daß bekannt geworden sei, daß sie ihren Zweck nicht erreicht hätten.

Alle Dokumente, die die Kontrolle auf Grund der Versailler Bestimmungen anfordern konnte, sind ihr gezeigt worden. Sie verlangte aber das gesamte Aktenmaterial der Behörden, Regimenter usw. Dazu ist die Kontrolle nach dem Versailler Text nicht berechtigt und unter dem gesamten Aktenmaterial befinden sich auch private Familienangelegenheiten, (?) die man Unbeteiligten nicht zur Kenntnis geben könne.

Der vom Bericht erwähnte Fall in Potsdam bezog sich nicht auf eine Stallung, sondern auf ein Gebäude neben einer Kaserne, in dem Privatpersonen wohnen. Da die Reichsregierung der Generalinspektion auch die Durchsuchung von Privaträumen zugestanden hatte, geschah dies in jenem Hause. Ein Raum war verschlossen, die von der Kommission verlangte Aufbrechung wurde allerdings abgelehnt, weil der Bewohner nicht anwesend war. Es wurde seine Zurückrufung veranlaßt, und das Gebäude wurde bis zum Wiederkommen der Kontrolle von Kriminalpolizei bewacht, damit nichts weggeschafft werden könne. Die Kontrolle fand in dem Raum — einige alte Uniformen des Gardehusarenregiments, von denen sie dann selbst gestattete, daß sie in der üblichen Weise verwertet werden dürfen. Was die angebliche Wiederaufnahme der Waffen- und Munitionsherstellung anbelangt, so hat die JMKK. das Recht in Anspruch genommen, den zur Heereslieferung von ihr zugelassenen Fabriken den Zeitpunkt der Wiederaufnahme der Fabrikation vorschreiben zu dürfen; wahrscheinlich wollte die JMKK. das erst bei Ablauf der Kontrolle tun.

1923 waren die Reichswehrbestände auf 50 Proz. herabgesunken und es war in der damaligen bewegten Zeit notwendig, die Bestände aufzufüllen. Es wurde also nach Mitteilung an die JMKK. die Fabrikation in der vorgeschriebenen Weise wieder aufgenommen. —

In den Festungen sind lediglich Erhaltungsarbeiten vorgenommen worden, deren Ungefährlichkeit die Botschafternote selbst dadurch zugibt, daß sie ausdrücklich sagt, sie können bestehen bleiben. —

Eine andere zuständige Stelle redet sich hinsichtlich des Kontrollberichts auf die Hoch- und Landesverratsprozesse gegen deutsche Zeitungen darauf hinaus, daß diese nicht erfolgt seien, weil die betreffenden Artikel Verfehlungen gegen die Entwaffnungsvorschriften feststellt, sondern weil sie stillschweigend oder ausdrücklich den Vorwurf erhoben hätten, die deutsche Regierung unterstütze solche Verfehlungen. Darnach habe auf Grund des Strafgesetzes Verurteilung erfolgen müssen. (?)

Schließlich wird zu dem Vorwurf, daß gewisse Gesetze noch nicht in Kraft seien, darauf hingewiesen, daß durch Reichsgesetz vom 26. Juni 1921 Fabrikation, Ein- und Ausfuhr von Waffen und Kriegsmaterial genau geregelt ist. Einzelne Punkte dieses Gesetzes hat die Internationale Militärkontrollkommission beanstandet. Darüber wird seit langem verhandelt, und die Botschafternote verlange in diesem Punkt Weiterführung dieser Verhandlungen. Hiernach sei der Vorwurf des Kontrollberichts die deutsche Regierung zeige schlechten Willen, mindestens eine sehr starke Uebertreibung.

Marinedebatte im Reichstag.

Die Sozialdemokratie lehnt den Haushalt des Reichswehrministeriums ab.

Präsident Löbe eröffnet die erste Sitzung nach den Pfingstferien mit der Mitteilung, daß der Reichsminister des Innern Schiele die Genehmigung nachsucht zur Strafverfolgung des sozialdemokratischen Abg. Schöpflin wegen Beleidigung. Das Ersuchen des Ministers wird dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. Henning (Völk. Fkp.), die auf der Tagesordnung stehende Beratung des Reichswehretats vorläufig auszusetzen und zunächst die Militärkontrollnote der Entente zu besprechen, die tief in die Organisation der deutschen Wehrmacht eingreife. — Abg. Stoecker (Komm.) unterstützt den völkischen Antrag. Der Redner beantragt weiter unter heftigen Angriffen gegen die Innenminister des Reiches und Preußens die sofortige Beratung einer kommunistischen Interpellation über **die Zusammenstöße der Polizei mit Kommunisten in Teltow.**

Abg. Müller-Franken (Soz.): Was die Bemerkungen des Herrn Abg. Henning anlangt, so bin ich der Auffassung, daß wir mit der Plenarberatung warten sollen, bis morgen im Auswärtigen Ausschuß über diese Note verhandelt sein wird (Zuruf von den Kommunisten: In der Dunkelkammer!) Sie sind ja auch mit in der Dunkelkammer dabei. Sie dürfen allerdings dann aus der Dunkelkammer nicht schwätzen, aber ein paar Tage später dürfen Sie hier schwätzen, wovon Sie ja auch ausgiebig Gebrauch machen werden.

Was die zweite Anregung betrifft, die der Abg. Stoecker gegeben hat, so ist bekannt, daß noch in dieser Woche der Haushalt des Reichsministeriums des Innern auf die Tagesordnung gesetzt werden soll. Dort haben wir das Kapitel „Polizei" und können uns bei dieser Gelegenheit auch über Teltow unterhalten. Ich bin der Auffassung, daß wir die heutige Tagesordnung so erledigen sollen, wie sie festgesetzt ist.

Die von den Völkischen und Kommunisten beantragten Aenderungen der Tagesordnung werden abgelehnt. Das Haus tritt dann in die

zweite Beratung des Haushalts der Marine

im Rahmen des Haushalts des Reichswehrministeriums ein.

Abg. Treviranus (Dtn.) spricht die Hoffnung aus, daß die angekündigte Aufbesserung der Bezüge der Offiziere und Mannschaften in ausreichendem Maße erfolgen werde. In den maßgebenden Parteien bestehe Einmütigkeit darüber, daß die Marine dem Reiche erhalten bleiben müsse. Auch in der ihr durch den Versailler Vertrag aufgezwungenen Beschränkung habe die Reichsmarine noch sehr bedeutsame Aufgaben zu erfüllen. Der Auslandsdienst der Reichsmarine sei geeignet, das Ansehen des wiedergenesenden deutschen Volkes in der Welt neu zu beleben. Den Neuforderungen der Marine müsse deshalb zugestimmt werden.

Abg. Brüninghaus (DVP.): Die in ihrer Quantität so geschwächte deutsche Marine sollte wenigstens in der Qualität auf der Höhe sein. Um so weniger ist es verständlich, wenn die Sozialdemokraten die verlangten fünf großen Torpedoboote und den kleinen Kreuzer ablehnen.

Abg. Creutzburg (Komm.) lehnt alle Marineforderungen ab.

Abg. Dr. Moses (Soz.) geht auf die Selbstmorde in der Reichsmarine ein. Die Hoffnung der Heeresverwaltung auf Abnahme der Selbstmorde in Reichswehr und Marine habe leider getrogen. In den letzten zwei Jahren sei

eine Zunahme der Selbstmorde im Heer um 20 %

zu verzeichnen. Die Untersuchung über die Ursachen dieser Erscheinung werde von der Heeresverwaltung leider nicht mit der erforderlichen Sorgfalt geführt. Der Redner schlägt die Befolgung des österreichischen Beispiels vor, jeden Fall von Selbstmord dem parlamentarischen Erziehungsbeirat der Reichswehr zur Prüfung zu unterbreiten.

Abg. Dr. Schreiber (Ztr.): Die Auslandsfahrten der Marine hätten dem Ansehen des deutschen Namens in der Welt viel genutzt. Der Redner unterstreicht dann die Ausführungen des Abg. Dr. Moses zu den Selbstmorden in Heer und Marine und verlangt eine genaue Prüfung der einzelnen Fälle.

Reichswehrminister Dr. Geßler:

Das überaus traurige Kapitel der Selbstmorde empfinden wir auf unserem Schild als einen schwarzen Fleck, der möglichst bald verschwinden muß. Der Hauptgrund für die steigende Zahl der Selbstmorde liegt wohl in der zwangsmäßigen Verpflichtung auf zwölf Jahre. Wir wollen möglichst Wandel schaffen, vor allem durch eine Verbesserung des gerichtlichen und disziplinarischen Verfahrens.

Als Ursache der Selbstmorde kommt in vielen Fällen der Alkoholismus in Frage.

Wir wollen alles tun, um in der Selbstmordfrage Wandel zu schaffen und wir werden alle im Reichstag dazu angegebenen Anregungen allen Kommandostellen übermitteln. (Beifall.)

Damit schließt die allgemeine Aussprache.

Die Abstimmung.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten werden die geforderten Neubauten — ein kleiner Kreuzer und fünf große Torpedoboote — bewilligt, ebenso der gesamte Haushalt in zweiter Beratung. Der Antrag auf Streichung des Ministergehalts wird gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt, das Gehalt des Reichswehrministers bewilligt. — Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wird der kommunistische Antrag abgelehnt: Der Reichswehrminister Dr. Geßler besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages.

Es folgt die erste Beratung der

Gesetzentwürfe zur Vereinfachung des Militärstrafrechts und über Militärgerichte.

Der Gesetzentwurf ändert das bisherige militärgerichtliche Verfahren dahin, daß in jedem Gericht mindestens ein Offizier mitwirken muß, während bisher die Richter dem Dienstgrad des Angeklagten angehörten.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.): Die beiden „Reform"-Vorlagen bedeuten eher einen Rückschritt als einen Fortschritt. Eine „Beschleunigung" des Strafverfahrens geht leicht auf Kosten der Richtigkeit und zu einer Erweiterung der Disziplinarstrafen liegt kein Grund vor. Alle Militärgerichte erfreuen sich mit Recht des größten Mißtrauens der Bevölkerung. Die Vorlage über das militärgerichtliche Verfahren bedeutet nichts anderes als

einen Einbruch des Herrn Emminger in die Militärjustiz.

Die Emminger-Verordnungen sind von der Mehrzahl der deutschen Juristen abgelehnt worden. Der Redner beantragt Ueberweisung der Vorlagen an den Rechtsausschuß, erklärt aber schon jetzt, daß seine Partei die Vorlagen ablehnen werde.

Abg. Schultz-Bromberg (Dtn.) tritt für die Vorlagen ein. —

Abg. Vierath (Komm.) lehnt die Vorlagen ab. Sie seien eine elende reaktionäre Stümperei. Hier zeige sich wieder **der Einfluß der Leute, in deren Augen der Mensch erst beim Leutnant anfängt.**

Abg. Brüninghaus (DVp.) sieht in den Gesetzentwürfen eine Verbesserung des bisherigen Verfahrens.

Abg. Dr. Haas (Dem.) begrüßt, daß nach den Vorlagen unbedeutende militärische Delikte nicht mehr dem umständlichen Verfahren der ordentlichen Gerichte überlassen werden sollen. Dieser Grundgedanke des Entwurfs über die Vereinfachung des Militärstrafrechtes sei richtig. Etwas rätselhaft sei freilich die Bestimmung im Entwurf über Militärgerichte, daß beim **Verfahren gegen Zivilpersonen Soldaten als Richter mitwirken sollen,** deren Rangklasse der Stellung des Angeklagten möglichst entspricht. Offenbar sollte dann **ein früherer Minister des alten Regimes die Rangklasse eines kommandierenden Generals, ein linksstehender früherer Minister der Republik die des Gemeinen** oder höchstens Gefreiten haben. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Bell (Ztr.) behält sich die Stellungnahme seiner Fraktion zu den Entwürfen für die Ausschußberatung vor.

Um ½7 Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch, 2 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung stehen kleinere Vorlagen und Anträge.

Der Stand der Reichsbahn.

SPD. In der ersten Vierteljahrsbilanz, die die Reichsbahn jetzt dem Reichstag zugeleitet hat, wird u. a. eine Uebersicht über die finanziellen Ergebnisse der fünf Monate bis Ende Februar 1925 gegeben. Danach betragen die Einnahmen 1668 Millionen, die Ausgaben 1449 Millionen Mark. Zu den Ausgaben kommen noch außerordentliche Ausgaben in der Höhe von 116 Millionen und Ausgaben für den Reparationsdienst in Höhe von 100 Millionen. Nach dem Bericht halten sich die Endziffern im Rahmen des Voranschlages. Ueber die finanziellen Auswirkungen des Personalabbaus besagt der Bericht, daß der Personalabbau zwar nach dem vorgesehenen Programm durchgeführt worden ist; aber es hat sich gezeigt, daß insbesondere die Ruhegehälter, Wartegelder und Hinterbliebenenbezüge höhere Beträge erreichen, als vor der Uebernahme des Gesamtnetzes durch die Gesellschaft berechnet werden konnte.

Oesterreich und Ungarn vor dem Völkerbundsrat.

Die Kommissare rühmen sich ihres Werkes.

Genf, 9. Juni. (Eig. Drahtber.)

Der Völkerbundsrat nahm in seiner Dienstagsitzung den Bericht des Finanzkomitees über die Finanzlage Oesterreichs und Ungarns entgegen. Der ungarische Völkerbundskommissar Smith erklärte, daß die ungarische Wirtschaftslage sich bedeutend gebessert habe. Das Defizit sei aufgehoben. Es bestehe keine Notwendigkeit, die restlichen 183 Millionen Goldkronen anzugreifen, die aus der Völkerbundsanleihe von 250 Millionen übrig geblieben seien. Indessen sei die Steuerlast von 75 Goldkronen pro Kopf und Jahr schwer zu tragen. Der Rat genehmigte den Vorschlag des Finanzkomitees, 30 Millionen Goldkronen aus den Steuererträgen als produktive Ausgabe der Industrie, dem Ackerbau und der Eisenbahn zur Verfügung zu stellen. Der österreichische Völkerbundskommissar Zimmermann behauptete, daß die österreichische Finanzlage eine leichte Besserung zeige. Die Elektrifizierung der Eisenbahnen, hauptsächlich der Strecke Innsbruck-Salzburg, sei ein wichtiger Fortschritt zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen Selbständigkeit. Eine Kreditgewährung sei dafür unerläßlich. Der Rat beschloß dann, aus der Völkerbundsanleihe 88 Millionen Goldkronen, zahlbar innerhalb drei Jahren, für die Elektrifizierung zur Verfügung zu stellen. Außenminister Mataja dankte dem Völkerbundsrat für die Finanzhilfe und zeigte sich sehr optimistisch über die Wirtschaftslage. Oesterreichs Budget sei im Gleichgewicht. Das Geld sei stabil; die österreichischen Betriebe würden sich auf Goldwährung umstellen. Der Rat nahm dann den Bericht über die **deutsch-polnischen Verhandlungen bezüglich der deutschen Zahlungen an die Versicherungskasse in Polnisch-Oberschlesien** entgegen. Polen verlangt die Zahlung von 6 Millionen Goldmark als erste Rate von insgesamt 26 Millionen, die Polen auf Grund des Ratsentscheids vom 9. Dezember 1924 beansprucht. Nach der Anhörung der Kommissionsberichte über Arbeitshygiene und Bekämpfung des Frauenhandels wurde die Sitzung auf Mittwoch morgen vertagt.

Der Stinnes-Glück und Sanierung.

(Zu den Vorgängen im Stinnes-Konzern.)

Es ist eigentlich nicht zum ersten Male, daß sich der größte Trust der Welt, der Stinnes-Konzern, in Finanzschwierigkeiten befinde und der Sanierung bedarf. Das war nach der bürgerlichen Revolution im Jahre 1848. Die Geldschwierigkeiten wurden damals für die Firma Stinnes so groß, daß Georg Matthias Stinnes nur dadurch kreditwürdig blieb, daß er das 50 Jahre alte Stinnessche Familienunternehmen durch die Gesellschaftsform der Aktiengesellschaft der Kontrolle seiner Geldgeber unterwarf.

Auch Hugo Stinnes hat vor dem Krieg andauernd in Geldschwierigkeiten gesteckt. Die von ihm und Deutsch-Luxemburg im Sommer 1901 gegründete Deutsch-Luxemburg-A.-G. erforderte viel Geld und Hugo Stinnes konnte zu jener Zeit seine bereits einsetzenden großen Zechenaufkäufe (Friedlicher Nachbar, Dortmunder Steinkohlenbergwerke, Saar-Mosel-Bergwerke bei Merlenbach in Lothringen usw.) nur durch fortwährendes Lavieren an der Börse, wo Stinnes-Werte ausgesprochene Spekulationspapiere wurden, und ständiges Vergleichen mit den Großbanken durchführen. Seine finanzielle Lage besserte sich erst mit der Ausführung des berüchtigten Hindenburg-Rüstungsprogramms während des Krieges, an dem Hugo Stinnes Großverdiener wurde. Man schätzte das Vermögen des verstorbenen Hugo Stinnes, als der Krieg ausbrach auf rund 50 Millionen Goldmark, aber schon auf 100 Millionen in Gold, als der Krieg durch Deutschland verloren wurde. Selbst als sich der finanzielle Status der Firma Stinnes bedeutend gebessert hatte, blieb Hugo Stinnes, der die Inflation rechtzeitig erkannte und brutal ausnutzte, aus Prinzip überall Schuldner und die deutschen Banken hatten immer die größte Mühe, auch ziemlich weitgehend entwertete Papiermarkschuld bei dem „Königlichen Kaufmann in Mülheim" eintreiben. Bei den deutschen Großbanken war dieser Mülheimer Großspekulant als Bankschuldner und Kreditnehmer niemals beliebt und zeitlebens hat er mit ihnen in bitterer Fehde gelegen. Das hat sich in der Oeffentlichkeit gezeigt, als die deutsche Finanz im Verlauf der Ciprut-Affäre Hugo Stinnes das Eindringen in die Berliner Handelsgesellschaft, Deutschlands renommiertestes Bankinstitut, verwehrte und später bei der Hapag, wo man Hugo Stinnes mit Hilfe der deutschen Großbanken ziemlich formlos „an die frische Luft beförderte".

In diesem Kampfe hat nun das deutsche Bankkapital gegen das Stinnessche Industriekapital gesiegt, der Stinneskonzern ist heute notleidend und muß die zweifelhafte Hilfe der alten Gegner, der deutschen Großbanken, schlucken. Diese diktieren eine Neuorganisierung des Konzerns, d. h. eine Verringerung seines Umfanges und — — die Finanzkontrolle. Neben dem unentbehrlichen Dr. Vögeler wird der Konzern in Zukunft formell von Hugo Stinnes, in Wirklichkeit aber von dem rheinischen Braunkohlenindustriellen Dr. Silverberg und dem Hamburger Handelskammerpräsidenten Witthöft, der wohl der Sachwalter und Treuhänder der deutschen Großbanken ist, beherrscht.

Wie war das möglich? Als Hugo Stinnes starb, betrug sein Vermögen mehr als eine Goldmilliarde. Sein Vermögen war das größte Vermögen in Deutschland überhaupt und die Stinnessche Kapitalsmacht stellte sich der der nordamerikanischen Dollarkönige ebenbürtig zur Seite. Im Handumdrehen hatte Hugo Stinnes die gesamte deutsche Finanz überflügelt und ließ die Thyssen, die mit 400 Goldmillionen vor dem Kriege als die reichsten Leute in Deutschland galten, weit hinter sich zurück. Der Mülheimer Kaufmann hatte eine Finanzleistung vollbracht, wie sie die Welt noch nie gesehen hatte. Lumpige 10 Jahre hatte Hugo Stinnes dazu gebraucht, während die großen Dollarvermögen in Nordamerika, die Vermögen der Morgan, Harriman, Carnegie, Ford, Rockefeller usw., ein oder mehrere Menschenalter zu ihre Entstehung brauchten. Es gab eine Zeit in Deutschland, in der die ruhige Spießbürgerseele Hugo Stinnes als den neuen Messias anbetete. — Und doch hatte Hugo Stinnes als Grundlage und Beweger seiner Transaktionen den größten Krieg und die größte Inflation der Welt für sich. Wie er gehaust hat, wie er unter dem deutschen Kapital und den Sparmitteln Deutschlands aufgeräumt hatte, beweisen die Konsequenzen der Aufwertungsfrage. Das und die eingetretene Verelendung des deutschen Volkes während des Krieges und der Inflation besagen genug und alles —!

Wäre es nun dem spekulativen Genie des verstorbenen Hugo Stinnes gelungen, die Katastrophe — um eine solche handelt es sich nämlich — zu vermeiden? Die Frage muß verneint werden, und zwar spricht für unsere Auffassung die Art und Weise, wie der Stinnestrust aufgebaut worden ist. Man hat den Konstruktionsfehler im Stinnes-Konzern immer wieder darin gesehen, daß Hugo Stinnes keine Schmiede sehen konnte, ohne sie zu kaufen. Man sprach allen Ernstes von einer Stinnes-Manie, die wahl- und ziellos einen Konzern zusammenschacherte. Diese Diagnose ist aber grundfalsch. Wenn Hugo Stinnes während der Inflation der große Aufkäufer der deutschen Industrie gewesen ist, so handelte er in der Gewißheit, daß er mit Papiermark und dazu noch mit Papiermarkkrediten der Reichsbank und anderer Geldinstitute bezahlte. In beiden Fällen verdiente er mit der von ihm geschickt und mit allen Kräften geförderten Entwertung der Reichsmark und führte so schließlich den Aufbau seines Riesenkonzerns von der Kohle bis zur fertigen Ware und dem Presseerzeugnis auf Kosten des deutschen Volkes und des deutschen Volksvermögens durch. Dieser Bau war aber so nicht falsch konstruiert, ihm fehlte nur für das weltüberragende Gewölbe der alles tragende Pfeiler, den der Krieg zertrümmert hatte. Die Deutsch-Luxemburg-A.-G., das Kernwerk des Stinnes-Konzerns, war nämlich Hüttenwerk, das sich auf dem billigen französischen Erz aufbaute. Die Lothringische Minette war das Fundament, durch das sich auch der Annexionspolitiker Stinnes während des Krieges erklärt, der u. a. Hindenburg und Ludendorff unheilvoll beeinflußte, um die unermeßlichen Erzlager bei Longwy in seinen monopolen Besitz zu bringen. Der Plan zerschlug sich mit dem verlorenen Weltkrieg. Hugo Stinnes mußte, um seinem Ziele näherzukommen und Deutsch-Luxemburg die erforderliche Erzbasis zu geben, andere Wege gehen, die er nicht zu Ende gegangen ist, da ihn der Tod und seine Nachfolger die Stabilisierung der europäischen Valuten überraschte. Stinnes selbst leitete nach dem Kriege die Annexion der Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. und des Bochumer Vereins im Anschluß an die Anlehnung an die Siemens-Schuckert-Werke ein. So gewann er wohl eine ausgedehnte Fertigfabrikation und eine genügende Kohlenbasis, die bekanntlich bei Deutsch-Lux immer sehr schmal gewesen war. Aber was ihm fehlte und was seine Nachfolger auch nicht erlangen konnten, war das billige französische Erz, die begehrte Minette bei Diedenhofen und Longwy. Diese behielten seine großen französischen Konkurrenten in der Welteisenwirtschaft und auf dem Welteisenmarkt immer in der Hand. Dadurch war eine der Quellen verstopft, aus der dem Riesenkonzern in normaler Zeit in Form von hohen monopolen Eisenpreisen neues Blut eingepumpt werden sollte. Hugo Stinnes ist sich über die Tragweite der französischen Minette immer klar gewesen. Wenn man die geschäftlichen Transaktionen (z. B. der Vertrag mit Lubersac) des verstorbenen Hugo Stinnes betrachtet, lassen diese ausnahmslos den Drang nach dem Erz erkennen und Kenner der Dinge behaupten, daß die mehr als eigentümliche Rolle, die Hugo Stinnes während der Ruhrbesetzung und der Micumverträge spielte, nur von seinem Erzhunger diktiert war.

So trat der Konzern nach dem Tode Hugo Stinnes ohne Minette und ziemlich flügellahm in die Periode der stabilisierten Mark, die vor allem mit den Inflationsgewinnen Schluß machte. An dieser Wandlung wäre auch das Spekulationsgeschick eines Hugo Stinnes früher oder später ganz entschieden gescheitert. Allerdings bewiesen die Goldbilanzen der Stinnesunternehmungen, daß der Konzern Ende 1923 und Anfang 1924 ziemlich liquide und im Besitz ausreichender Betriebsmittel war, wenn er auch wie fast alle deutschen Unternehmen, unter Inflationszeit, dem während der Markentwertung aufgespeicherten unrentablen Sachwerte litt. Erst gegen Ende 1924, bei Gelegenheit des vielerörterten Interessenkampfes um das Walzwerk Baop bei Dortmund, betrachtete man die Kapitalmacht des früher allmächtigen Stinnes-Konzerns schon skeptisch, der damals in aller Form vor einer mittleren Firma in Berlin kapitulierte. Es war damals schon nichts mehr mit dem Himmelstürmer Stinnes-Konzern, bei dem die Unterschrift unter den Scheck genügte, um alte Industriedynastien zu entthronen.

Man führt diese Wendung im Stinnes-Konzern auf drei Aktionen zurück, für die z. T. die Söhne des verstorbenen Hugo Stinnes die Verantwortung tragen: andererseits handelte es sich um Folgerungen gewisser Unternehmungen, schon zu Lebzeiten Hugo Stinnes angefangen, die sich sicher auch eingestellt hätten, wenn Hugo Stinnes noch lebte. Dahin gehören vor allen Dingen die Oelunternehmungen des Konzerns in der ganzen Welt, die von der Riebeck-Montan-A.-G. ausgenutzt und den Namen Stinnes sehr oft in Gemeinschaft mit dem Namen des großen nordamerikanischen Oelspekulanten Sinclair auftauchen ließ. Diese Verbindungen scheinen dem Stinnes-Konzern derartig viel Barmittel entzogen zu haben, daß es über die Kraft der Stinnesleute ging. Dazu kam, daß in Deutschland selbst die großangelegte Schlacht gegen die Großbanken verloren ging; die Idee, durch Erwerbung des Barmer Bankvereins ein großes Auffangesystem für die wiedererstehenden Spargelder in Deutschland zu schaffen, um die Unternehmungen des Konzerns zu finanzieren und ihn von der Bankfinanz völlig unabhängig zu machen, schlug völlig fehl. Zu gleicher Zeit — und hier trifft die Schuld allein die Nachfolger und die Söhne des verstorbenen Stinnes — legte sich der Stinnes-Konzern in der Kupfer- und Metallindustrie durch Erwerbung einer Reihe von Unternehmungen, wie die Elberfelder Messing- und Kupferwerke, finanziell fest. Der Konzern versuchte mit zunehmender Schwierigkeit, sich über die Börse Geld zu verschaffen. Dafür standen ihm aus dem Kapitalschnitt und der Enteignung der Kleinaktionäre bei Gelegenheit der Vorbilanzierung Möglichkeiten in Gestalt von Verwertungsaktien und Kapitalserhöhungen zur Verfügung. Hier scheint der Bogen aber überspannt worden zu sein; seit Wochen konnte man an den deutschen Börsen ein starkes Angebot von Stinnes-Aktien wahrnehmen. Der Erfolg war ein Rückgang der industriellen Börsenwerte, und zwar in einem Umfang, daß tatsächlich mit einer ausbrechenden Börsenkrise gerechnet wurde, die ohne Zweifel eine der heftigsten Wirtschaftskrisen hätte auslösen müssen. In diesem Moment griffen die deutschen Großbanken ein und stabilisierten den deutschen Effektenmarkt — und aber auch die Finanzkontrolle über den Stinnes-Konzern. Das ist kurz gesagt der Zusammenhang der vielen Ereignisse im Hause Stinnes. Es ist damit zu rechnen, daß der Konzern, wenn auch stark verkleinert, erhalten bleibt. Heute kann folgendes gesagt werden: die Dynastie Stinnes ist entthront. Wirtschaftlich wird sich die Tatsache empfindlich auswirken, da der Stinnes-Konzern einen riesigen Komplex der deutschen Industrie überhaupt darstellt. Es ist mal wieder eine kapitalistische Schlacht geschlagen worden, deren Kriegskosten die Arbeiterschaft bezahlen wird.

Ein Regierungsanschlag auf die Volksgesundheit.

Das Stillgeld soll abgeschafft werden.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Der Gesetzentwurf über die Umgestaltung der Wochenhilfe, den das Reichsarbeitsministerium im April d. J. veröffentlichte, hat eine lebhafte, ja, man kann sagen, leidenschaftliche Gegenbewegung hervorgerufen. In der Fachpresse und in den Tageszeitungen ist darauf aufmerksam gemacht worden, in welcher Weise der Gesetzentwurf, zum Gesetz gemacht, die Fürsorge für Wöchnerinnen und Säuglinge verschlechtern würde. Die Herabsetzung des Wochengeldes und die Abschaffung der Stillgelder — Dinge, die im Gesetzentwurf enthalten sind — stellen Forderungen dar, die man einfach nicht verstehen kann. Der Höhepunkt der Gegenaktion war eine große Kundgebung, die zahlreiche namhafte Vereine am Sonntag in der neuen Aula der Berliner Universität veranstalteten. Der deutsche Verein für öffentliche Gesundheitspflege, die Deutsche Vereinigung für Säuglings- und Kleinkinderschutz, das Deutsche Rote Kreuz, der Aerztliche Kommunalbeamten-Verein, die Deutsche Liga der freien Wohlfahrtspflege gehörten zu den Einberufern, neben ihnen aber auch der Deutsche Städtetag und der Deutsche Aerztevereins-Bund. Die Versammlung, die unter dem Vorsitz des Kölner Bürgermeisters Professor Dr. med. Krautwig tagte, hörte Referate aus dem Mund der hervorragendsten Fachkenner. Es sprachen der Beigeordnete Dr. Reinhaus-Barmen, der bekannte Kinderarzt Prof. Dr. med. Langstein, der Krankenkassenführer Direktor Genosse Albert Kohn und der Stadtmedizinalrat von Berlin Prof. Dr. von Drygalski.

Wie man aus der Versammlung hörte, hat der Gesetzentwurf keinem einzigen Arzte weder außerhalb noch innerhalb des Arbeitsministeriums zur Begutachtung vorgelegen. Das Reichsgesundheitsamt und das Reichsministerium des Innern bezw. deren ärztliche Referenten sind nicht gefragt worden. Merkwürdig ist es auch, daß die eigentlichen Verfasser des Entwurfes in der Versammlung nicht erschienen waren. Nach altbewährtem Rezept hatte man den jüngsten Regierungsrat entsandt, der eine nichtssagende Erklärung des Reichsarbeitsministeriums verlas, die teilweise von so geringer Sachkenntnis Zeugnis gab, daß sich ein großer Teil der Versammlung des Lächelns nicht erwehren konnte. Die Versammlung nahm zum Schluß unter großem Beifall folgende Entschließung an:

„Die Versammlung von Kommunalverbänden, der Aerzteschaft, der Sozialversicherungsträger sowie der öffentlichen und privaten Wohlfahrtspflege vertritt einmütig den Standpunkt:

Der gegenwärtig dem Reichsrat zur Beschlußfassung vorliegende Entwurf eines Gesetzes über die Wochenhilfe stellt eine wesentliche Verschlechterung gegenüber dem geltenden Recht dar. Insbesondere ist die Beseitigung des Stillgeldes in seiner bisherigen bewährten Form geradezu verhängnisvoll. Von jeher war die Stillbeihilfe eines der wichtigsten Mittel zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit. Durch ihre Beseitigung wird der Erfolg der Säuglingsfürsorge gefährdet und ganz unmittelbar einem Anstieg der Säuglingssterblichkeit Vorschub geleistet. Die überaus ernste bevölkerungspolitische Lage Deutschlands läßt ein solches Experimente mit Menschenleben nicht zu. Die Unterzeichneten richten an Reichsrat und Reichstag die dringende Bitte, die Vorlage in der vorliegenden Form abzulehnen und das bisher geltende Recht, das den notwendigsten national-biologischen Gesichtspunkten Rechnung trug, bestehen zu lassen."

Das tägliche Brot

Roman von Clara Viebig.

89. Fortsetzung (Nachdruck verboten.)

Der Mond schien ihm voll ins Gesicht, unerquickliche Gedanken wirbelten ihm durch den Kopf, und doch schlief er rasch ein. —

Viel Ueberflüssiges hatten sie nie miteinander geredet; jetzt sprachen sie kein Wort. Ohne „Gutenmorgen" standen sie auf, ohne „Adieu" gingen sie fort, ohne „Gutenabend" kamen sie wieder. Das ging so ein paar Tage.

Heute war Sonnabend, Wochenschluß, das letztemal, daß Arthur in die Druckerei ging.

Am Abend war er längst zu Hause, als Mine wiederkam. Als sie eintrat, saß er am offenen Fenster, den Ellbogen aufgestützt, und starrte in den nächtlichen Himmel.

Heute hielten Wolken den Mond versteckt, es war regenfeucht und dunkel.

Sie tappte hin und her, nur ein schwacher Schimmer ließ sie das Nötige finden. Was er noch nie getan, Arthur hatte Feuer gemacht und ihr einen Kaffee gekocht. Sie dankte nicht dafür, aber sie goß sich eine Tasse voll ein, und er hörte sie mit Behagen schlucken und schlürfen.

Eine stumme Viertelstunde verstrich; noch immer saß sie beim Oefchen.

Fridchen war noch nicht zu Bett gebracht, Arthur hatte sie auf den Schoß genommen; erst war sie scheu zurückgewichen, als der Vater sie an sich gezogen, dann hatte sich sich locken lassen. Nun schlief sie, das Köpfchen an seine Brust gedrückt, und er legte seine Wange auf ihr weiches Haar.

Das Schlürfen hatte aufgehört.

„Hat's jeschmeckt?" fragte er unsicher.

Keine Antwort. Wieder stumme Minuten.

Jetzt näherte sich ihr schwerer Tritt dem Fenster. Sie wollte ihm das Kind vom Schoß nehmen er hielt es fest.

„Gib her," sagte sie hart.

„Ne."

Sie zog sich wieder zurück, setzte sich an den Tisch, ließ die Arme schlapp herunterfallen und beugte sich vornüber.

Ob sie schlief? Man konnte keinen Atemzug hören.

Eine beklemmende Stille war im Zimmer.

Jetzt regte sich Fridchen auf seinem Schoß und seufzte; sie lag wohl unbequem?! Behutsam stand er auf und trug sie zum Körbchen. Es war das erste Mal, daß er sein Kind zu Bett brachte. Er fühlte das weiche Körperchen unter seinen Händen, streichelte das weiche Hälschen, die weichen Beinchen und dachte bei sich, daß es ganz was Nettes darum sei und wohl zu begreifen, warum die Weiber so an den Kindern hingen. Für Männer freilich — na, wenn's ein Junge war, ein Stammhalter, da ließ man sich's auch schon gefallen!

Seinen, über das Körbchen gebeugten Rücken aufrichtend, drehte er sich um und schaute zum Tisch hinüber. Er konnte Mine nicht deutlich sehen, es war zu dunkel. Mit vorgestreckter Hand ging er auf sie zu, da traf er ihre Wange.

„Mine", sagte er leise, „biste mer böse?" und faßte wieder zu.

Sie stieß ihn von sich, und dann, als wenn sie auf diese Frage nur gewartet hätte, richtete sie sich aus ihrer zusammengesunkenen Haltung auf.

„Laß nur," sagte sie klanglos. „Es is nu mal so, wie 's is. En jeder hat sein Kreuze."

Er war weich, ihr freudloser Ton jagte ihm die Tränen in die Augen; sein Herz zog sich zusammen. „Olle —", er stockte, so alt war sie doch eigentlich noch gar nicht — „Mine! Ich war betrunken!"

„Das warste."

„Un fuchswild. Der Hund, der Setzer, verhetzt hat er mich! Un gereizt hast du mer auch noch! Un der Kopf tat mer weh zum Tollwerden!"

„'s tut mer ooch ofte was weh."

„Sonst wär's nich passiert. Wahrhaftig, Mine, 's wär nich passiert!"

„Diesmal nich, aber vielleicht en ander Mal."

Sie sagte das alles ganz gelassen, aber nun schluchzte sie plötzlich laut auf: „Mein Küchenrahmen! Lauter Scherbeln! Alles kaputt!" Die Hände vors Gesicht schlagend, warf sie sich über den Küchentisch.

Er stand wie angedonnert bei ihrem Schmerz. „Mine!" Mit bebenden Händen fuhr er ihr übers Haar. „Mine!" Und dann warf er sich bei ihr nieder, faßte sie um den Hals und schluchzte mit ihr.

Ja, er war ein Lump, ein miserabler Kerl, ein Hundsfott, nicht wert, daß ihn die Sonne beschien! So ein Kerl durfte ja gar nicht auf seinen zwei Beinen frei herumgehn, der mußte im Loch sitzen! So ein Tagedieb, so ein Müßiggänger, so ein Saufbold, so ein Raufbold!

Er konnte sich nicht genug tun in Selbstanklagen. Und dabei preßte er sie immer fester. Aber nun sollte sie mal sehen, nun kam das nie wieder vor, nun kriegte sie ein andres Leben! Nun würde er arbeiten, wie toll und verrückt, für sie und die Kinder!

„Da — da haste!" Seinen heut erhaltnen letzten Wochenlohn aus der Tasche ziehend, preßte er ihr das Geld zwischen ihr Gesicht und die davor gehaltnen Hände. „Da — alles — alles! Ich will nischt für mich, ich behalte nischt — sei man bloß ruhig! Weine man nich! Sag, daß de nich mehr dran denkst! Mine!"

Sie gab keine Antwort.

„Verzeih mer, 's war ja nich böse gemeint! Sag, daß de mer verzeihst!"

„Ich verzeih der!"

Er versuchte, sie zu küssen.

„De sollst ooch nich mehr „Olle" sagen," flüsterte sie schwach, immer noch von Schluchzen gestoßen, „sons denk ich, geht mer'sch wie der Bartuschewskin!"

„Unsinn!" Er verschwor sich hoch und teuer und küßte sie ab, daß ihr der Atem ausging. Sie sagte nichts, aber an dem Ziehen ihres Mundes merkte er, daß sie lächelte.

Jetzt war es auf einmal nicht mehr so dunkel in der Stube.

„Pst, Sie, Madam Reschken," rief Bartuschewski am andern Tag hinter Mine her. „Was meenen Se woll, de Mieter haben mächtigen Krach jemacht von wejen Ihren! Besonders die aus 'n ersten und zweeten Stock. Nu will Ihnen der Wirt rausseken."

„Meinswegen", sagte Mine stolz. Aber dann überkam sie der Schreck — sie wohnten so schön und verhältnismäßig so billig!

„Meinen Se wirklich, Herr Bartuschewski? O Jeses! — Wenn ich nu mal zu dem Herrn ging", setzte sie nach einer Pause ängstlichen Sinnens hinzu. „Wenn ich's dem selber täte vorstellen und ihn so recht bitten täte, er soll uns doch wohnen lassen?"

Bartuschewski zog die Schultern hoch und wiegte den Kopf hin und her. „Versuchen Se't Aber ik jloobe nich. Wat machen Se denn ooch so'n Mordskrach?! Det kann sich ja ooch keen anständiger Mensch jefallen lassen!"

Mine suchte dreimal den Hausbesitzer in seiner Privatwohnung am Lützowplatz auf. Das dritte Mal bekam sie ihn zu sprechen. Er war freundlich und hörte, mit seiner Uhrkette spielend, das demütig dastehende, verarbeitete Weib ruhig an.

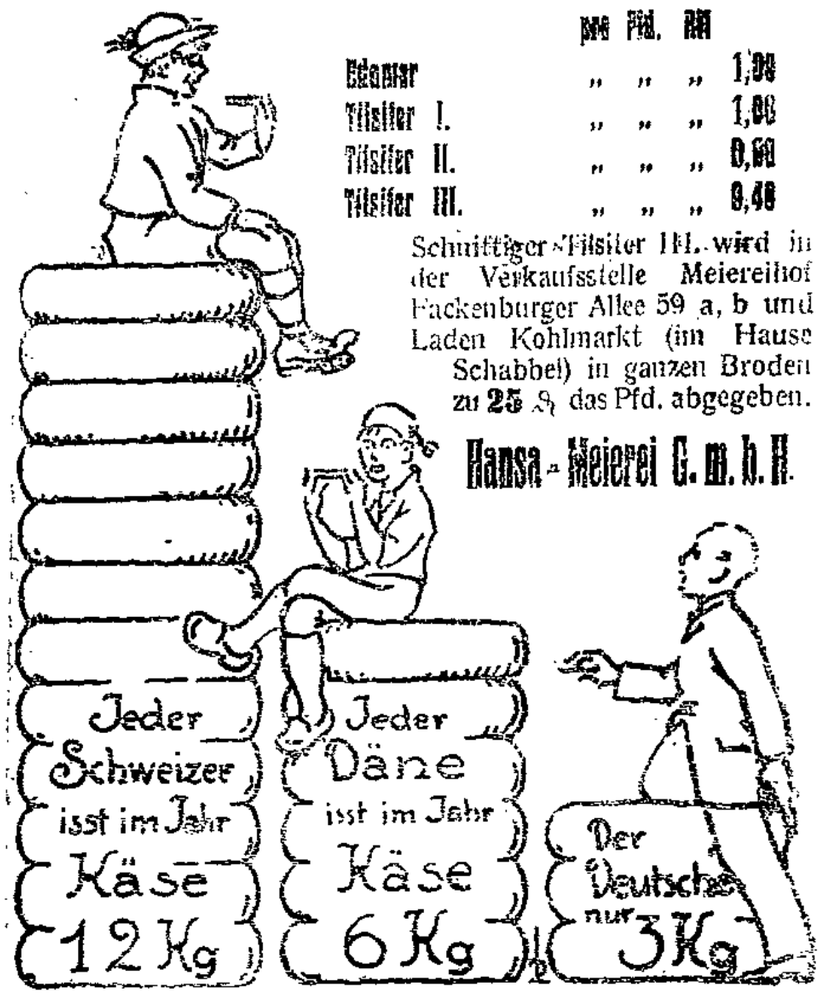
Dann aber schüttelte er den Kopf. „Liebe Frau, Sie scheinen 'ne ganz ordentliche Person zu sein! Aber die Mieter, die was einbringen, beschweren sich. Das sehen Sie doch ein, ich bin genötigt, auf die Rücksicht zu nehmen. Ich kann so'n Radau nich dulden!"

„Ach, lassen Se uns doch wohnen, lieber Herr, wer sind doch noch nie nich Miete schuldig geblieben! Die Stube is so scheene, wo finden wer gleich wieder so 'ne gutte Stube?!"

„Ach, Wohnungen genug!"

(Fortsetzung folgt.)

Weil die Milch bei der **Hansa-Meierei** vom Erzeuger bis auf den Tisch des Verbrauchers in einer Hand liegt, verkaufen unsere 34 Verkaufswagen und ca. 100 Verkaufsstellen den Käse so billig:



Edamer	Pfd.			1,00
Tilsiter I.	„	„	„	1,00
Tilsiter II.	„	„	„	0,80
Tilsiter III.	„	„	„	0,40

Schnittiger Tilsiter III. wird in der Verkaufsstelle Meiereihof Fackenburger Allee 59 a, b und Laden Kohlmarkt (im Hause Schabbel) in ganzen Broden zu **25 ₰** das Pfd. abgegeben.

Hansa-Meierei G. m. b. H.

Zu Fabrikpreis Strickwesten

Holstenstraße 6
Große Burgstraße 31

Für die richtige Wiedergabe **telephonisch** übermittelter Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Fehlerhafte, auf diesem Wege bestellte Anzeigen gehen zu Lasten des Bestellers.
Die Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten.

Käthe-Kollwitz-Mappe
herausgegeben vom Kunstwart
mit 15 hervorragenden Reproduktionen
RM 7.—

Meunier-Mappe
herausgegeben vom Kunstwart
mit 15 hervorragenden Reproduktionen
RM 4.50

Spitzweg-Mappe
mit 8 Reproduktionen
RM 2.50

Buchhandlung Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46

Brennholz
gibt billigst ab
Dinter
Falkenstraße 4 (9137

Kasper-Ohm un ick

Plattdeutsche Erzählungen von
John Brinckman
Preis 2 RM.
Buchhandlung „Lübecker Volksbote"
Johannisstraße 46.

Vereins- u. Ausflugs-Anzeigen

---

3 Worte

kennzeichnen die Zugkraft unseres Programms ab heute!

Gib mich frei

nach dem bekannten Roman von
Hedwig Courths-Mahler

Ein weiterer Trumpf ist der Abenteuerfilm:
Die Seeschlacht von Santiago
und das beliebte Lachprogramm.

Zentral-Theater. Johannisstraße 25.

9119

Kniff-Olympiade Tgortnowfn

vom 13.—21. Juni 1925
veranstaltet vom
Arbeiter-Sport-Kartell, Lübeck

Sonnabend, den 13. Juni:
abends 7½ Uhr: Eröffnungsfeier im Gewerkschaftshaus.

Sonntag, den 14. Juni:
Sportliche Veranstaltungen auf dem Buniamshof,
nachmittags 1½ Uhr: Festzug v. Burgfeld z. Buniamshof,
abends ab 6 Uhr: Gr. Festbälle im Gewerkschaftshaus, Kolosseum und Gesellschaftshaus Marli.

Montag, den 15. Juni:
abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus: Große öffentliche Versammlung.

Mittwoch, den 17. Juni:
abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus: Konzert des Chorvereins.

Donnerstag, den 18. Juni:
abends 7½ Uhr auf Buniamshof: Lebendes Schachspiel.

Freitag, den 19. Juni:
abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus: Naturfreunde-Abend.

Sonnabend, den 20. Juni:
abends 7½ Uhr: Fußballwettspiel Dresden—Lübeck auf der Falkenwiese. — Korsofahrt auf der Wakenitz.

Sonntag, den 21. Juni:
Wassersporttag in und auf der Wakenitz,
abends 7 Uhr: Großes Konzert im Gewerkschaftshaus.

Näheres bringen die noch folgenden Inserate und Artikel unter Sport in dieser Zeitung. 9141

Lübeck CIRCUS **Flensburg**
GEBR. BLUMENFELD JN. MAGDEBURG ges. gesch.

Telephon 4559

Ab Sonnabend 13. Juni

Täglich 8 Uhr. (9144
Mittwoch und Sonntag 3½ u. 8 Uhr.
Kinder nachmittags halbe Preise.

Reiterei
Akrobatik
Luftgymnastik
jap. Gaukler
Dressuren
Komik
Radfahrer
usw.

Der große Erfolg 1925

Pferde
Kamele
Dromedare
Lamas, Bären
Riesen-Elefanten
Löwen, Leoparden
Pumas, Känguruhs
Kragenbären, Affenhaus, Füchse usw. usw.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Lübeck

Mitglieder-Versammlung
am **Donnerstag, dem 11. Juni,** abds. 7½ Uhr, im **Gewerkschaftshaus.**
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zum Gewerkschaftskongreß und Aufstellung von Kandidaten
2. Bewilligung von Geldern für die Jugendabteilung
3. Innere Verbandsangelegenheiten. (9135

Die Ortsverwaltung.

Baugewerksbund
Schwartau-Rensefeld

Heute abend
um 8 Uhr
bei Geuting in Rensefeld
Mitglieder-Versammlung
Erscheinen ist Pflicht.
9153) **Der Vorstand.**

Hansatheater
Lübeck (9148

Heute Mittwoch wegen Vorbereitung zur Erstaufführung
„Marietta"
geschlossen. (9148
Morgen
Donnerstag, den 11. Juni
abends 8 Uhr Ende 11 Uhr
Große Premiere
der ganz modernen
Schlageroperette
„Marietta"
Musik von Walter Kollo
Musikalischer Hauptschlager:
„Was eine Frau im Frühling träumt"
„Warte, warte nur ein Weilchen"
„Was wär die Welt"
Renn-Ensemble usw.
Gastspiele
Curt Harden,
Bertha Hein,
Rolf Günther.
Zahlreiche Balletts
(Leitung **Betty Krüger**)
Vorverkauf: Zigarrengeschäft Buse, Breite Str., Ecke Johannisstr., Kaufhaus Karstadt und Holstenhaus.

Biochemischer Verein
Lübeck, gegr. 1920

Mitgliederversammlung
am Freitag, dem 12. Juni 1925,
abends 8 Uhr,
im **Vereinslokal** (Turnerschaftshaus)
An der Mauer 55a.

In der Versammlung wird unser Arzt eingeführt und bitten wir die Mitglieder, recht zahlreich zu erscheinen.

Unsere Geschäftsstelle
Mengstraße 56
ist ab **Montag, den 15. d. Mts.,** wie folgt geöffnet:
Von 8—1 Uhr vormittags und von 3—7 Uhr nachmittags.

Die Sprechstunden des Arztes finden von 9—12 Uhr und von 3—6 Uhr statt.

Sonnabend nachmittags fallen die Sprechstunden des Arztes aus. Die Geschäftsstelle bleibt dagegen wie oben angegeben geöffnet.

Zur Verwaltung unserer Geschäftsstelle benötigen wir eine **gewissenhafte Person,** die Mitglied sein muß, gegen eine Vergütung nach Vereinbarung. Meldungen sind an den Vorsitzenden mit der Aufschrift **„Bewerbung"** zu richten.

9140) **Der Vorstand.**

Lübeck-Schlutup-Travemünde und zurück

Personendampfer **„Schwalbe"**
Kapitän: FR. KORTUM

täglich ab Lübeck-Drehbrücke 8.30 vorm. und 1.00 nachm.
täglich ab Travemünde . . 11.00 vorm. und 7.00 nachm.
Fahrpreise: Schlutup RM 0.50, Travemünde RM 1.—

Schulklassen und Vereine erhalten an den Werktagen Fahrpreisermäßigung.

Der frühere Fahrplan Lübeck—Grömitz—Neustadt und zurück wird hierdurch aufgehoben.

Nähere Auskunft erteilen: (9138
HOLLER & Co., Hafenstraße 6 Tel. 8762/65

Freie Grundeigentümer-Verein e. V.
zu Lübek

Haupt-Versammlung
am **Mittwoch, 10. Juni,**
abends 7½ Uhr,
bei **Lender,** Hundestr.
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes,
2. Wahl des Vorstandes,
3. Verschiedenes.

9136) **Der Vorstand.**

Nach getaner Arbeit
geht man
heute
in die Johannisstraße, um sich
2 prächtige Filme:
Gib mich frei
nach dem Roman 9120
von Hedwig Courths-Mahler und
Die Seeschlacht von Santiago
anzusehen!

Zentral-Theater. Johannisstraße 25.

Zentralverband der Zimmerer
Bezirk Lübeck

Mitglieder-Versammlung
am Freitag, d. 12. Juni
abends 7½ Uhr,
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Gen. **Weiß.**
2. Bericht vom Ortsausschuß.
3. Abrechnung von der Aussperrung.
4. Innere Verbandsangelegenheiten.

Sämtliche Platzdeligierte müssen erscheinen
9151) **Der Vorstand**

Stadttheater Lübeck

Mittwoch, 7.30 Uhr.
Die Hand, Die Verlobung bei der Laterne und: Das Versprechen hinterm Herd (9139
Donnerstag, 7.30 Uhr:
Figaros Hochzeit.
(40. Vorst. im Donnerstag-Ab.)
Freitag, 7.30 Uhr:
Im weißen Rössl
(40. Vorst. im Freitag-Ab.)
Sonnabend, 7.30 Uhr:
Figaros Hochzeit
Sonntag, 7.30 Uhr:
Aida

Adlershorst

Morgen Donnerstag: (9124
Tanzkränzchen

Luisenlust

Freitag: Gr. Tanzkränzchen
Eintritt und Tanz frei.

TROCADERO

Täglich 5 Uhr: 9127
Unterhaltungs- und Stimmungskonzerte

Gas cbm 18 Goldpfg., Lichtstrom khw 55, Kraftstrom 27—19, Wasser cbm 20 Goldpfg. (9138

Lübecker Volksbote

1. Beilage — Mittwoch, 10. Juni 1925 — Nummer 132

Freistaat Lübeck

Mittwoch, 10. Juni.

Seeschlängeleien.

Ohne mich auf Meteorologie zu verstehen, oder gar strahlende Ferientage und Braunolin ersetzende Hitze bei aufgeweichtem Asphalt prophezeien zu wollen, möchte ich vorgreifend dem Verlauf der Federn hier ein kleines Magazin, ein Depot errichten, in dem nach Belieben Wissende und Laien das vorfinden, was ihren ermatteten Seelen Anregung und Erleichterung ohne seelische Unkosten, der Gazetten aber Material liefern soll, wenn unter dem Hundestern nichts peinlicher als geistige Anstrengung.

Die Zeitung steht dann unter dem historischen Symbol der sauren Gurke, umringelt von der Seeschlange. Obzwar ständig in ihrer Nähe, ja voller Gewißheit, daß diese Zeit sie auf den glatten Spiegel der schlafenden See treiben wird, irgendwo weit landeinwärts, wage ich dennoch gegen dieses Ungeheuer zu protestieren, das doch höchstens in verstaubten fiskalischen Stuben Sensation erregen wird, wo jene bejahrten, bejahrhunderten Diener warten, denen „man nichts sagt".

Die Seeschlange steht also unmittelbar vor der Gefahr der Entdeckung, wenn sie nicht ganz untertauchen will. Man schütze dieses seltene Tier vor den Nachstellungen und Verleumdungen seiner Zeilenschinder! Weshalb bleiben wir nicht bei den Menschen? Den weißen Indianern in Zentralamerika? Wo sie, Germanien beschämend, blaue Haare und blonde Augen führen, und nur des Symbols völkischer Vollkommenheit entbehrend, unsre Reinrassigen erwarten zum Einkleiden mit Windjacken und Eichenknüppeln?

Sagen Sie nicht, die Marskanäle seien erledigt! Zwar ziehn sie nicht so wie die Wunder Skythenlands, jener märchenhaften Kultur, die neben Tieren aus Email, Silber und Edelsteinen, Teppichen, Fahrrädern, Turbinen auch das Pulver erfand lange bevor die Chinesen daran dachten, daß da noch etwas zu machen sei. Das spielte sich ungefähr zehntausend Jahre vor unserer Zeitrechnung ab, was alles in zwar zahllosen, aber noch unentzifferbaren Handschriften verborgen geschrieben steht.

Ueberhaupt die Wunder unter dem Erdreich, das wir ahnungslos mit Füßen treten! In Bulgarien entdeckt man jetzt nachdem geheimnisvollen Gesetz der Serie oder der Glücksträhne vergrabene Schätze, deren Reichtum an Münzen, Geschmeiden, Waffen alles übersteigt, was dieses hermetisch verpichte Land sonst an Sensationen lieferte. Serbien will natürlich nicht nachstehen, braucht es auch gar nicht . . . und wo bleibt Montenegro? Es verschwand vom Erdboden. Wie wäre es, wenn die Hitze es ausbrüten würde? Wehalb immer Siam oder Persien? In Afrika gibt's keinen Platz mehr für Filmstative und die wilden Tiere spielen bereits alle in Hollywood. Aber Montenegro, das gibt es sicher noch nicht!

Wertvoll und geradezu ein Klondyke der Seeschlangen-Ente ist unbedingt Rußland. Also her mit den Schätzen des Kreml, die Iwan der Grausame hier vergrub, nochmals verpfändet die Kronjuwelen des Zaren, laßt Johannes Orth in Sibirien auftauchen und inszeniert gewaltige Kundgebungen, Revolutionen, Manöver Das Land ist groß und die Sonne weit. Sie wird es nicht an den Tag bringen.

Amerika dagegen muß erfinden. Das Flugzeug um fünfzig Dollar. Die neue Modetorheit: Badekleider aus gesponnenem farbigem Glas, Schuhe aus Federn, Gasangriff auf Chikago, das zu diesem Zweck geräumt und unter Wasser gesetzt wird. Gilette erfindet endlich den Rasierapparat, der durch Drehen am Stiel die Klinge schärft. Und Edison wird es endlich gelingen, die Kombination von Film, Radio, Füllfederhalter und Kreuzworträtsel zu schaffen, die alles in den Sachten stellt, was unter der unerträglichen Hitze leidet.

K. O.

Verleumdung eines Rechtsanwalts. Wegen verleumderischer Beleidigung hatte sich die Ehefrau Bu. vor dem Schöffengericht zu verantworten. Die Anklage war als im öffentlichen Interesse liegend von der Staatsanwaltschaft erhoben worden. Der Ehemann der Angeklagten hatte eine Erbschaft gemacht, die im Ausland lag und mit seiner Vertretung den Rechtsanwalt Dr. Haun in Lübeck beauftragt. Die Angeklagte hatte seit längerer Zeit überall in Lübeck das Gerücht verbreitet, Rechtsanwalt Dr. Haun hätte von der Erbschaft Geld unterschlagen. Zunächst nannte sie geringere Beträge, später Summen von 20 000 Mark Die Verhandlung ergab, daß hieran kein wahres Wort war. Die Angeklagte resp. ihr Ehemann hatte bereits im Jahre 1922 und 1923 erhebliche Beträge erhalten, die restlos verbraucht worden sind. Der im ganzen in die Hände des Anwalts gelangte Betrag betrug überhaupt nur zirka 22 000 Mark. Es wurde festgestellt, daß die Angeklagte die Behauptung auch wider besseres Wissen und Personen gegenüber gemacht hatte, die keinerlei Interesse an solchen Mitteilungen haben konnten. Die Verhandlung endete mit der Verurteilung der Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von vier Monaten.

„Hans Unverseert", das in Lübeck erbaute Flugzeug des hiesigen Flugtechnischen Vereins, ist am Dienstagnachmittag von seinem Deutschlandflug auf dem Blankenseer Flugplatz zurückgekehrt. Hans Unverseert erzielte bekanntlich auf der 2. Schleife des Deutschen Rundflugs insofern einen Erfolg, daß das Flugzeug als erstes den Flugplatz Paderborn erreichte. Es hat auch die 4. und 5. Schleife gut bestanden. — Wie aus Berlin gemeldet wird, siegte beim Deutschen Rundflug das Casparflugzeug D 662. Der Führer, Kapitänleutnant Ritter, fuhr die in fünf Etappen zerlegte 5262 Kilometer lange Strecke strafpunktfrei und ohne eine Materialergänzung vorzunehmen. Das nur 81 PS. motorige Flugzeug siegte gegen stärkste Konkurrenz bis zu 120 PS.

Die Genossenschaften als Preisregulatoren.

Wer verteuert die Waren?

In den Lübeckischen Blättern wurde kürzlich ein Artikel des Direktors des Statistischen Amtes, Dr. Hartwig, veröffentlicht, den wir vor längerer Zeit auszugsweise wiedergaben und kritisch würdigten. Herr Dr. Hartwig kam mit seiner statistischen Arbeit zu dem Ergebnis, daß hier in Lübeck 1914 auf 103 Einwohner eine eingetragene Firma komme, Anfang 1925 aber schon auf 69 Einwohner eine Handelsfirma.

„Dem Publikum hat dieser Konkurrenzkampf auch keinen Vorteil gebracht. Die Preise sind nicht gefallen, sondern gestiegen, und die übermäßige Vermehrung der am Warenhandel beteiligten Personen, die alle ihr Auskommen haben wollen und müssen, hat dazu sicher sein, wenn auch wohl nur bescheidenes Teil beigetragen."

Diese Schlußfolgerung ist richtig und wir fügten damals hinzu, daß die Auswirkung des überflüssigen Zwischenhandels noch viel weittragender wäre, wenn nicht die Konsumgenossenschaften einen Damm entgegensetzten. Nun kommt der Vorsitzende des Verbandes Lübeckischer Einzelhandelsvereine, Herr Heickendorf, und sucht, ebenfalls in den Lübeckischen Blättern, die statistische Arbeit Dr. Hartwigs zu entkräften. Wir fühlen uns nicht veranlaßt, gegen Heickendorf zu polemisieren, schon deswegen nicht, weil dessen Argumente durch Tatsachen widerlegt werden. Siehe auch den Artikel „Die Steigerung der Fleischpreise" in unserer heutigen Ausgabe.

Da Herr Heickendorff aber glaubt, die Konsumvereine als Schreckmittel benutzen zu müssen, so wollen wir ihm und seinem Interessentenverband einmal ein unparteiisches Urteil aus dem Ausland unterbreiten, das sich Herr Heickendorf vielleicht zur Notiz nimmt.

In England herrscht auch als Folge durch den Versailler Vertrag von Deutschland erzwungerer Reparationslieferungen starke Arbeitslosigkeit, Not und Teuerung. Die britische Regierung, die durch dauernde Unruhe der handarbeitenden Kreise wie durch den wachsenden Druck der Armen- und Fürsorgelasten immer wieder auf den Ernst der Lage hingewiesen wird, sucht natürlich auf alle mögliche Weise dem Uebel beizukommen. Vor kurzem ist ein Bericht der Lebensmittelpreiskommission erschienen, die zur Prüfung der Ursachen der unerhältnismäßig hohen Lebensmittelpreise eingesetzt wurde. Die Kundgebung dieser Körperschaft bedeutete eine **große Genugtuung für die Konsumgenossenschaftsbewegung.** Fast jede Prüfung der Handelsmethoden hat dem Publikum die Vorteile des Genossenschaftssystems zu Gemüte geführt. Die Kommission, die jetzt ihren ersten Bericht veröffentlicht hat, wurde eingesetzt, um ausfindig zu machen, warum die Lebensmittelpreise so hoch sind, warum ein solcher Abstand zwischen den Produktionskosten und dem vom Verbraucher gezahlten Preise besteht, und was getan werden könnte, um den Abstand zu überbrücken. Ihr vorläufiger Bericht beschäftigt sich nur mit Brot und Fleisch, aber er enthüllt, was unparteiische Prüfung enthüllen muß.

Die erste bedeutsame Tatsache, die die Kommission feststellt, ist: daß, **wenn die Konsumvereine nicht wären, das Publikum noch mehr für Nahrungsmittel zahlen müßte,** als ihm jetzt schon abverlangt wird. Die Kommission gibt zu Protokoll, daß „Genossenschaften sehr oft den Brotpreis niedrig halten, und zwar nicht nur für ihre Mitglieder, sondern auch für die Kunden ihrer Konkurrenten", und sie berichtet ferner, daß „**die durch die Genossenschaften gezeigten günstigen Ergebnisse bedeutungsvoll** sind". Eine andere von der Kommission aufgeklärte Angelegenheit ist, daß es Händlervereinigungen gibt, die die **Preise auf einem höheren Niveau zu halten versuchen, als sich rechtfertigen läßt.** Der Bericht stellt bezüglich der übermäßigen Brotpreise noch fest, daß sie in der Hauptsache auf hohe Verteilungskosten infolge des Uebereinandergreifens der Bäckereibetriebe zurückzuführen seien (was auch wohl für Fleisch zutrifft).

Jedenfalls zeigt er einmal wieder klar, auch für deutsche Verbraucher, welcher Wert den Konsumvereinen als rationell geleiteten Bedarfsdeckungsbetrieben und Preisregulatoren beizumessen ist.

Streik in der Metallindustrie.

Heute morgen 10 Uhr sind die Belegschaften der Metallindustrie Gruppe III wegen Lohndifferenzen in den Streik getreten.

Wer die Lohnpolitik der Arbeitgeber seit dem November 1923 verfolgt hat, dem war ohne weiteres klar, daß es einmal zu einer Katastrophe kommen mußte. Jede Lohnforderung, und wenn sie auch noch so berechtigt war, wurde von der Industrie als vollkommen untragbar abgelehnt, sodaß letzten Endes immer der Schlichtungsausschuß entscheiden mußte. In freier Vereinbarung kam niemals eine Verständigung zwischen den Parteien zustande. Wer nun etwa geglaubt hat, daß die Schiedssprüche seitens der Arbeitgeber anerkannt wurden, irrt sich sehr. Fast jeder Schiedsspruch wurde abgelehnt und erst durch Mitwirkung des Schlichters war es möglich, den Arbeitern wenigstens eine geringe Lohnerhöhung zu sichern. Vielfach mußte, um dieses Ziel zu erreichen, erst ein Streikbeschluß gefaßt werden. Erst dann kam man, unter dem Druck der Verhältnisse, zu der Ansicht, daß ein Schiedsspruch, wenn auch in abgeänderter Form, tragbar sei. So auch bei der letzten Lohnverhandlung. Die Arbeiter hatten eine Forderung von 10 Pfg. pro Stunde aufgestellt. (Der Lohn betrug für gelernte Arbeiter 57 Pfg., für angelernte 53 Pfg. und für ungelernte 51 Pfg.) Eine Forderung, die unter den heutigen Verhältnissen gewiß nicht als unbescheiden bezeichnet werden kann. Trotzdem erklärten die Arbeitgeber, daß sie ein Angebot nicht machen könnten; lediglich den nur in Stundenlohn beschäftigten Arbeitern sollte in der Spitze eine Zulage von 3 Pfg. gegeben werden, sodaß also der Lohn eines gelernten Metallarbeiters, der nicht im Akkord arbeitet, ganze 60 Pfg. betragen hätte. Daß ein solches Angebot nicht angenommen werden konnte, versteht sich von selbst, und mußte daher, weil durch Verhandlungen nichts zu erzielen war, der Schlichtungsausschuß in Anspruch genommen werden. Derselbe fällte am 25. Mai einen Spruch, der dahin ging:

„Der Spitzenlohn wird um 5 Pfg. erhöht, wovon allerdings für Akkordarbeiter nur 3 Pfg. in Frage kommen. Diese Regelung soll bis zum 30. September gelten."

Dieser Spruch entsprach in keiner Weise den heutigen Verhältnissen. Die Arbeitnehmer haben ihn, nachdem durch Verhandlungen festgestellt war, wie die Arbeitgeber sich die Auslegung desselben dachten, mit übergroßer Mehrheit abgelehnt. Nun beantragten dieselben Arbeitgeber, die noch vor ganz kurzer Zeit erklärten, daß sie überhaupt nicht in der Lage seien, irgendeine Lohnerhöhung tragen zu können, die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches. In der Verhandlung, die dieserhalb stattfand, machte der Schlichter den Versuch, eine Verständigung zwischen den Parteien herbeizuführen und zwar

Nacht in einer fremden Stadt.

Von Kurt Offenburg.

Noch den Rhythmus des D-Zuges, seiner singenden Wagenachsen im Blut, verlasse ich am Abend den Bahnhof. Gehe betäubten Schritts über den weiten Platz, stehe im lichtüberschütteten Hotelvestibul, schreibe Namen, Daten, Beruf und andere Nichtigkeiten in ein bedrucktes Formular (o über deine flüchtigen Kinder Wache haltendes Vaterland!), fahre im lautlosen Lift zwei Etagen hoch, übergieße das reisemüde Gesicht mit herrlichem kalten Wasser und erscheine rasiert und lecker, von Kopf bis Fuß ein Fremder in der fremden Stadt am weißgedeckten Tisch des noch öden und steif-einsamen Speisesaals. — Wie ich den Kellner behandle, fühle ich mich geborgen: unbekannter Mensch, — Nummer nur vor diesem steinernen Gesicht.

Und verlasse leichten Gangs, entwurzelt und befreit aus dem schweren Boden des Gewohnten, das Hotel . . . schlendere durch die Straßen.

Bahnhofsplatz und Hauptstraßen sind wie sonst überall: schablonisierte Geschmacklosigkeit, verbrämt mit erborgter Fülle, die sich aus dem Nichts ergab; im Laufe der Jahrzehnte, kraft ihres Daseins, das Recht des Daseins gewann und merkwürdigerweise über ihre Geschmacklosigkeit so etwas wie Edelrost der Zeit gebreitet hat. Patina, geronnen aus Ruß der Schornsteine, Staub der Automobile, und doch zusammenschmelzend in schwachem Grau der Steinbauten, mattem Schwarz und nebligem Glanz der schwirrenden Luft, — zu einem organ. ewachsenen. Aesthetik des Ac—ästhetischen.

Zwischen zwei Kitschfassaden, Renaissance von 1900, schiebt sich wuchtig, beherrschend ein fränkisches Giebelhaus von breiter und gesunder Kraft. Wenige Schritte weiter — und siehe! — neben einem auf Amerika zugeschnittenen Bankneubau ragt eine schlanke, leichtgetürmte Kirche jubelnd in den Nachthimmel. Die Konturen der Häuser schwimmen im unwahrscheinlichen Licht der Bogenlampen und schweren Dunkelheit.

Plötzlich senkt sich steil die Straße. Gelöster wird der Schritt. Gebuckeltes Pflaster löst den toten Asphalt ab, und man steht auf einem stillen Marktplatz. Spitze, runde, hohe und gezackte Giebel schieben sich wie Kulissen hintereinander. Eine Kirche dehnt sich mit dem langen Schiff auf der Seite und gegenüber ist nichts als hohes rankenumsponnenes Gemäuer, und hinter schweren Blättermassen schimmern Fenster eines kaum erkennbaren Schlosses.

Eine enge Gasse kriecht vom Marktplatz weg hügelan, ängstlich stehen geduckte Häuser an ihren Rändern. Ganz nahe hört man Wasser rauschen — sonst ringsum Stille. An einem alten Klostergemäuer und Garten vorbei (seliges Reisen ohne Wissen und Führer!), aus unsichtbaren Büschen strömt lockend und schwer Geruch blühenden Flieders, — fällt die Gasse abwärts. Matt schimmert Wasser herauf und je näher ich dem Dunstkreis des Stromes komme, umso dunkler und gespenstisch ferner, gedrängt und verdämmernd zugleich, werden die Formen der Dinge. Baum Strauch, gedrungener viereckiger Turm, Hütte und jenseits des Flußtales aufblitzende Lichter einer fernen Stadt: alles ist von beunruhigender Ferne und bezwingender Kraft. — Da, plötzlich fängt der Fluß zu gurgeln und zu brausen an: er wälzt seine Wasser über ein Mühlrad, das sich knirschend dreht. In dem langen Steinhaus flammen Lichter auf, die schmal aus den Fenstern wie aus Schießscharten, über das Wasser hinfingern. In dieser stillen Nachtstunde arbeiten hier Menschen und mahlen Getreide . . . .

Der Bann ist gebrochen. Mit neugieriger Lust und getragen vom klingend lebendigen Gesang des Wassers, das vom Wehr herabstäubt, schreite ich flußabwärts. Der starke Schritt zerflattert auf dem holprigen Pflaster, aufgesogen vom donnernden Geräusch des Wassers. — Ein mittelalterlicher klotziger Steinbau sperrt die Straße; in seine mächtige Brust sind Tragschienen eingerammt und eine zierliche Hängebrücke schwingt über den Strom. Bei jedem Schritt schüttert sie mit im Takt des Fußgängers: schaukelndes Wiegen über der nächtlichen Woge. Zwischen Stiefelsohle und Wasser nur dünne, schmale von den Jahreszeiten ausgewaschene Bretter. Wie ich das Ende des Stegs erreicht habe, ist er mit einer eisernen verrosteten Kette gesperrt. Ich springe darüber und entdecke eine etwas windschiefe Tafel, die diktatorisch verheißt: „Es ist verboten . . ."

Braves und neuzeitliches Ende dieser nächtlichen Wanderung, die mich hinabzuführen schien in dunkle Vergangenheit und fast ins Jenseits. Komisches Sein des Menschen, da die Pole des Höchsten und Tiefsten näher zusammenliegen als die Ufer der leichten Brücke, die mich zurückträgt in die holperigen engen Straßen der Stadt.

Bestie der Zivilisation sitze ich in der Bar des Hotels und verleugne die göttliche Wanderung.

„Ein' Coktail, Ober! Und lassen Sie nachsehen, wann der zweite Schnellzug morgen früh nach Berlin fährt. Und bringen Sie das Zwölf-Uhr-Abendblatt und den Kurszettel."

Ich brauche ja keinen Kurszettel, aber Feigling, der ich bin, schäme ich mich des Glücks der Nacht wie einer heimlichen Sünde.

Allerlei Wissenswertes

Ein kommunales Riesenkraftwerk in Berlin. Seit der Stabilisierung der Währung und der Gesundung der kommunalen Verhältnisse hat der Bedarf an elektrischer Energie und Licht in Groß-Berlin in steigendem Maße zugenommen. Von Monat zu Monat ist die Abgabe an Elektrizität gestiegen, so daß die Berliner Werke im vergangenen Winter bereits eine Spitzenleistung von 208 000 Kilowatt aufwiesen. Nur mit äußerster Anstrengung ist es möglich gewesen, für den kommenden Winter eine Steigerung der Leistungsfähigkeit auf 260 000 Kilowatt zu erreichen. Es besteht aber die große Gefahr, daß die Spitzenleistung des Winters damit nicht bewältigt werden kann. Infolgedessen beabsichtigt die Stadt Berlin, am Rummelsburger See ein neues Riesenkraftwerk mit einer Leistungsfähigkeit von 220 000 Kilowatt zu errichten und den Bau so zu beschleunigen, daß die Inbetriebnahme im Laufe des Winters 1926/27 erfolgen kann. Nach den bisherigen Verhandlungen in der Berliner Stadtverordnetenversammlung ist anzunehmen, daß trotz starker Widerstände bei den Rechtsparteien dieses Projekt schließlich von einer großen Mehrheit genehmigt werden wird. Der Ausbauplan der Berliner Elektrizitätswerke sieht dann weiter den Bau eines zweiten Großkraftwerkes von ebenfalls 220 000 Kilowatt an der Havel in Spandau vor. Diese beiden Werke werden Turbinen mit einer Leistungsfähigkeit von 75 000 Kilowatt besitzen und damit die größten Krafterzeugungsmaschinen der Welt haben. Die Finanzierung dieser gewaltigen Bauvorhaben soll zum Teil aus laufenden Einnahmen der Berliner E-Werke, zum Teil aus Mitteln einer amerikanischen Anleihe erfolgen. Das Groß-Berliner Industriegebiet wird sich mit der Verwirklichung dieses Planes in weitem Maße von dem bisher in Berlin ausschlaggebenden Golpaer Fernstrom unabhängig machen. Aus Golpa bezieht Berlin zurzeit eine Grundbelastung von 60 000 Kilowatt, die nach einem Angebot der Elektro-Werke auf 100 000 Kilowatt gesteigert werden soll. Die Leitung der Berliner E-Werke aber hofft, durch den Neubau um mindestens 25 Prozent billiger produzieren zu können. In der Großkraftversorgung Deutschlands werden diese Berliner Neubauten eine ganz erhebliche Rolle spielen. Sie übertreffen an Leistungsfähigkeit alle bisherigen Anlagen in Deutschland.

dahingehend, daß jeder Arbeiter, ob Lohn- oder Akkordarbeiter, eine Zulage von 5 ₰ erhalten solle. Dasselbe sollte auch für die angelernten und ungelernten Arbeiter gelten. Die Arbeitgeber erklärten sich außerstande, eine bindende Zusage zu machen. Sie würden aber doch ihrer Vollversammlung nach dieser Richtung hin Vorschläge machen. Die Vollversammlung ist aber den Anregungen des Schlichters nicht gefolgt, sondern hat es für notwendig gehalten, die Zulage der angelernten auf 4,6 und für ungelernte Arbeiter auf 4,4 ₰ zu bemessen. Bei den Frauen, denen man in den früheren Verhandlungen schon 3 ₰ zugestanden hatte, hat man es fertig gebracht, noch ein Zehntel Pfg. wieder abzuziehen, sodaß die Zulage jetzt nur 2,9 ₰ betragen soll. In diesem Vorschlag der Arbeitgeber konnte kein neues Angebot erblickt werden; daher haben die Funktionäre einstimmig beschlossen, den Kampf aufzunehmen und zwar so lange, bis ein annehmbarer Vorschlag der Arbeitgeber vorliegt. Es bleibt nun noch die Frage offen, wird der Schlichter unter diesen Umständen den Schiedsspruch für verbindlich erklären? Wir können uns dies nicht denken, weil der Schlichter bei seiner Entscheidung zu prüfen hat, ob die gerechten Interessen beider Teile gewahrt sind. Daß die gerechten Interessen der Arbeiter gewahrt sind, wird niemand behaupten können. Wenn es auch einem Teil der Metallarbeiter möglich ist, einen Verdienst zu erzielen, der einigermaßen den Verhältnissen entspricht, so darf nicht übersehen werden, daß ein sehr großer Teil, ganz besonders die ungelernten Arbeiter, nicht in der Lage ist, durch Akkordarbeit seinen Verdienst zu erhöhen. Dieser Mann würde nach dem jetzigen Vorschlag einen Stundenverdienst von 55.4 ₰ haben. Daß hiermit auszukommen ist, wird niemand behaupten. Es steht fest, daß die Löhne der Metallarbeiter die niedrigsten mit am Orte sind, trotzdem sie mit zu den Schwerarbeitern gehören.

Es ist deshalb notwendig, daß der Kampf mit oder ohne Verbindlichkeitserklärung so lange fortgeführt wird, bis eine vernünftige Lohnregelung zustande kommt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Lübeck.
J. A.: A. Löwigt.

Neuerwerbungen der Stadtbibliothek

(Im Lesezimmer zur Ansicht ausgelegt vom 8.—20. Juni.)

Auffenberg-Komarow: Aus Oesterreichs Höhe und Niedergang. München 1921.
Delbrück, Hans: Weltgeschichte. Bd. 12. Berlin 1924.
Depta, Max Viktor: Pedro Calderon de la Barca. Leipzig 1925.
Domizlaff, Hart Helmut: Morituri. Stuttgart und Berlin 1917.
Federn, Karl: Das Zeitalter Dantes. Berlin 1925.
Gentz, Friedrich von: Staatsschriften und Briefe. Bd. 1 und 2. München 1921.
Grisebach, August: Danzig. Leipzig o. J.
Lill, Georg: Deutsche Plastik. Berlin 1925.
Koch, Hugo: Gartenkunst im Städtebau. Berlin 1921.
Thoma, Hans: Graphische Kunst. Herausgegeben von Herbert Tannenbaum. Dresden 1920.

Ein Spritschmuggelprozeß.

Ein Lübecker Kaufmann zu 5 Monaten Gefängnis und 50 000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Ein Bandenschmuggel größeren Umfanges wurde im Januar 1924 aufgedeckt, und vierzehn Angeklagte hatten sich jetzt vor dem Großen Schöffengericht in Kiel zu verantworten. In den letzten Tagen des Oktobers 1923 war der Kaufamnn Friedrich B. aus Lübeck nach Kiel gekommen und hier in einer Wirtschaft mit dem Makler Gustav J. und dem Klempner Friedrich G. aus Laboe bekannt geworden. Man unterhielt sich, und bei einer herbeigezogenen Gelegenheit sagte J. dem B., daß er ihm Sprit besorgen könne. Als B. nun erklärte, daß er bereit sei, Sprit zu kaufen, wurde ein Plan entworfen, und Anfang November 1923 kam dieser zur Ausführung. Von B. mit dem nötigen Gelde versehen, sind J. und G. in dessen Boot nach dem Freihafen gefahren und haben hier 90 Kannen Sprit gekauft, der nach Schwedeklariert wurde. Sie sind dann nach dem Feuerschiff gefahren, in dessen Nähe der Fischer Heinrich K. sie in seinem Boot erwartete und den Sprit übernahm. K. wollte glauben machen, daß er weder gewußt habe, was in den Kannen sei, noch wohin sie gebracht werden sollten. Die Fahrt ging nun nach Haffkrug bei Neustadt, wo G. an Land ging und den Fischer Bernhard S. um Aufnahme seiner Ladung anging; er sei schiffbrüchig. Der letztere war krank, gab aber seine Einwilligung, und der Sprit wurde in seinen Garten gebracht. Er hat dafür 150 Kronen erhalten. Auch er hat angeblich von einer Spritschiebung keine Ahnung gehabt, und sich um den Inhalt der Kannen nicht gekümmert. Den Transport an Land besorgten seine Brüder, die Fischer Gustav, Hugo und Ernst S. Der Händler Heinrich L. aus Gronenberg bei Haffkrug wurde mit dem Abtransport der Kannen nach Lübeck beauftragt, und in zwei Fuhren hat er den Auftrag ausgeführt. Für jede Wagenfahrt hat er 50 Mark erhalten. Von dem Inhalt hatte natürlich auch er nichts gewußt. Dieser Fall war ohne Entdeckung glatt verlaufen, und der Umstand ermutigte zu einer Wiederholung des löblichen Tuns, wobei der Makler Emil Chr. sich als Vermittler des Spritthandels betätigte. Diesmal wurden 103 Kannen Sprit im Freihafen gekauft, und G. brachte die nach Malmö ausdeklarierte Ware nach der Hohwachter Bucht, wo B. sie in Empfang nahm. Das wurde getan, weil die Haffkruger den Sprit nicht haben wollten. Die Fischer B., D. und Hans B. haben dann den Sprit übernommen und sind damit nach Lütjenburg gefahren. Bei der letzten der drei gemachten Fahrten wurde Boje B. abgefaßt und festgenommen. Von G. beredet, hatte der Seemann Johannes von H. bei den Arbeiten Hilfe geleistet. Dieser Schmuggel war somit gescheitert, und auch der erste kam an das Tageslicht. Verurteilt wurden B. zu fünf Monaten Gefängnis und 50 787 Mark Geldstrafe, G. zu 8½ Monaten Gefängnis und 58 434 Mark Geldstrafe, J. zu sieben Monaten Gefängnis und 50 031 Mark Geldstrafe, L. und K. zu je 21 365 Mark Geldstrafe, Gustav, Hugo und Ernst L. zu je einem Monat einer Woche Gefängnis und 66 483 Mark Geldstrafe, Bernhard S. zu drei Wochen Gefängnis und 28 698 Mark Geldstrafe, Chr. zu einem Monat Gefängnis und 49 636 Mark, Boje, Detlef und Hans B. zu je einem Monat einer Woche Gefängnis und 43 725 Mark Geldstrafe, von H. zu einer Geldstrafe von 15 490 Mark. Ferner wurde die Einziehung des beschlagnahmten Spritts und der verwendeten Geräte verfügt.

Sonderzüge nach dem Rheinland.

Auf besonderen Wunsch veröffentlichen wir die Sonderzüge nach dem Rheinland und die näheren Bedingungen nochmals ausführlicher. Freitag, den 19. Juni, Freitag, den 17. Juli, Donnerstag, den 30. Juli, und Sonnabend, den 8. August, verkehren bei genügender Beteiligung Sonderzüge 3. Klasse von Altona Hbf. ab 9,09 vorm., Hamburg Dammtor ab 9,20, Hamburg Hbf. ab 9,30, Harburg Hbf. ab 9,55, Gelsenkirchen an 4,17 nachm., Essen Hbf. 4,35, Mülheim-Ruhr 4,54, Duisburg Hbf. 5,05, Düsseldorf Hbf. 5,35, Köln Hbf. 6.20. Zu dem Sonderzuge werden von Altona-Hamburg Sonderrückfahrkarten 3. Klasse nach Essen, Duisburg, Düsseldorf und Köln mit 33⅓ Prozent Ermäßigung und einer Geltungsdauer von zwei Monaten ausgegeben, die auf der Hinfahrt nur zur Benutzung des Sonderzuges, auf der Rückfahrt zur Benutzung aller Eil- und Personenzüge berechtigen. (Bei Benutzung von Schnellzügen ist der tarifmäßige Zuschlag zu zahlen.) Mit Rücksicht auf den besonderen Anlaß der Jahrtausendfeier werden ferner noch Sonderrückfahrkarten mit ebenfalls 33⅓ Prozent Ermäßigung und zweimonatiger Geltungsdauer auch nach den andern rheinischen Ausstellungsstädten Trier, Aachen, Crefeld und Coblenz ausgegeben. Diese Karten gelten bis zur Uebergangsstation Duisburg oder Köln nur für den Sonderzug, berechtigen aber von hier ab auch schon auf der Hinfahrt zur Benutzung der planmäßigen Eil- und Personenzüge und bei Zahlung des Schnellzugszuschlages auch der Schnellzüge. Fahrtunterbrechung ist auf der Hinfahrt im Sonderzug ausgeschlossen. Die Unterbrechung der Fahrt in Duisburg oder Köln beim Uebergang auf eine Anschlußstrecke gilt nicht als Fahrtunterbrechung. Auf der Anschlußstrecke und auf der Rückfahrt kann die Fahrt je einmal beliebig lang innerhalb der Geltungsdauer unterbrochen werden. Es werden nur soviel Fahrkarten zu den Sonderzügen ausgegeben, wie Sitzplätze vorhanden sind. Die Ausgabe der Karten beginnt jeweils sieben Tage vor dem Abfahrtstage und endet spätestens am zweiten Tage vor dem Abfahrtstage. Der Verkauf der Karten findet nur bei der Fahrkartenausgabe Hamburg Hbf. und den Reisebureaus Gebrüder Schnieder-Altona Hbf., Bamberger-Hamburg, Pferdemarkt, Verkehrspavillon, Jungfernstieg, und Union, Alsterdamm 7, statt. Auswärts Wohnende haben Fahrkarten bei der Fahrkartenausgabe ihres Wohnorts mündlich zu bestellen; eine Gewähr für die Zustellung der bestellten Karten besteht nicht.

Die Steigerung der Fleischpreise.

Wo liegt die Schuld?

Die tägliche rapide Steigerung der Fleischpreise hat in der Bevölkerung eine sehr erhebliche Beunruhigung hervorgerufen. Die Preise auf dem Fleischmarkt stehen in keinem Verhältnis zum allgemeinen Preisniveau und fordern zu schärfsten Bedenken heraus. Welche Einflüsse dieses sprunghafte Klettern der Fleischpreise bewirken, versucht der Vorwärts zu erläutern. Die angeführten Tatsachen sind auch außerhalb der Reichshauptstadt von Interesse, da sich die Fleischpreise in der Provinz nach den großen Märkten richten. Das spüren die Hausfrauen Lübecks ständig beim Ankauf. Unser Zentralorgan schreibt, es liege auf der Hand, daß außer normalen Beeinflussungen zweifelhafte Spekulationen am Werke sind, um die sowieso schon unerträglich belastete arbeitende Bevölkerung mit neuen Preishaussen zu beglücken. Jedenfalls muß entschieden eine schärfere Kontrolle der Preisbildung auf dem Fleischmarkt verlangt werden. Es geht nicht an, daß die Preise für Fleisch, das für alle schaffenden Teile der Bevölkerung ein unentbehrliches Nahrungsmittel ist, täglich um 5 bis 7 Prozent gesteigert werden.

Viehbestand und Zwischenhandel.

Der Viehbestand Deutschlands nähert sich ungefähr wieder dem Vorkriegsstand. Die Ursachen für die Viehvermehrung der letzten Jahre liegen darin, daß in der Inflationszeit die Landwirte ihr Vieh in den Ställen zurückbehielten und nicht verkauften, und darin, daß der Landwirt für sein Vieh annehmbare Preise erhielt, die ihn veranlaßten, der Viehzüchtung größere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Das Vieh des Landwirts — es handelt sich in der Hauptsache um kleinere und mittlere Landwirte, welche den Viehkonsum Deutschlands befriedigen — geht nun nicht etwa auf direktem Wege in das Berliner Schlachthaus, sondern es schieben sich da eine Reihe von Zwischeninstanzen hinein, die leben wollen und die selbstverständlich dazu beitragen, die Preise für das Fleisch zu **verteuern.** So kommt es, daß die Spanne zwischen Vieh- und Fleischpreisen heute bedeutend höher ist als in der Vorkriegszeit. Die Preise sind in kurzer Zeit für Rind- und Schweinefleisch um etwa 50 bis 60 Prozent gestiegen. Der eigentliche Einkäufer des Viehs ist der sogenannte **„Schmuser".** Das ist ein Mann im Dorfe, der die Verhältnisse genau kennt und den Viehbesitzer veranlaßt, sein Vieh an den Einkäufer des Großviehhändlers zu verkaufen. Diese Einkäufer sitzen in Städten, die von einem großen Kranz viehreicher Dörfer umgeben sind. **Die Einkäufer eines Großviehhändlers bringen das zusammengekaufte Vieh auf den Berliner Viehhof,** wo mit Hilfe der Viehagenturen Verkäufe an die Engrosgeschäfte vorgenommen werden, erst von dem Engrosschlächter kommt das Fleisch an die Ladenschlächter und Wurstfabrikanten. Das Berliner Schlachthofsystem ist nun geeignet, den vollkommen überflüssigen Stand der Engrosschlächter zu konservieren. Es existiert im Schlachthof das sogenannte **Kammersystem,** d. h. die Engrosschlächter mieten sich die einzelnen Kammern des Schlachthofes, und nur sie sind berechtigt, in diesen Schlachtkammern Schlachtungen vorzunehmen. Vor dem Kriege waren immer noch einige Kammern frei. Jetzt aber hat die Zahl der Engrosschlächter derartig zugenommen, daß sich 3 bis 4 von ihnen zusammengetan haben, um in einer Kammer zu schlachten. Teilweise schlachten diese Engrosschlächter nicht auf eigene Rechnung, sondern sie schlachten in Lohn und für kleine Ladenschlächter. Da auf diese Weise die freie Konkurrenz ausgeschaltet ist, die **Engrosschlächter ein Monopol besitzen,** haben sie es natürlich in der Hand, die **Preise** so zu **beeinflussen,** wie es ihren Interessen entspricht. Während ein Engrosschlächter vor dem Kriege mindestens 30 Schweine pro Woche schlachten mußte, um eine Existenz zu haben, genügen heute **6 Schweine pro Woche zur Existenzfähigkeit.** Daß es anders geht, beweisen die Schlachthofsysteme Mittel- und Süddeutschlands. Dort kann jeder Ladenschlächter seinen Vieheinkauf selbst vornehmen, er löst sich am Schlachttage eine Schlachtkarte für die Viehanzahl, die er zu schlachten beabsichtigt, und auf diese Weise sind eine ganze Reihe von Instanzen in diesen Städten ausgeschaltet, was für die Preisbildung von sehr großer Wichtigkeit ist. Es ist nach diesen Darlegungen kein Zufall, wenn, on wenigen Ausnahmen abgesehen, in der Hauptsache die Fleischpreise Berlins über den Fleischpreisen in den meisten Städten Deutschlands liegen.

Interessenkampf gegen Gefrierfleisch.

Was den **Auftrieb von Vieh** anbelangt, so war er begreiflicherweise **vor dem Kriege stärker** als jetzt, aber es blieb nicht soviel von dem nach Berlin hereinkommenden Vieh in Berlin zurück, sondern es gingen erheblich größere Mengen von Vieh nach auswärts, als es jetzt der Fall ist. Nun ist allerdings auch die Versorgung des Fleischkonsums, der zwar in den letzten Jahren ganz erheblich gestiegen ist, aber immer noch nicht die Vorkriegshöhe erreicht hat, in der jetzigen Zeit ganz anders wie vor dem Kriege. Die Fleischmengen, die als Gefrierfleisch damals nach Deutschland kamen, waren nur unbedeutend, und heute bedeuten die hereinkommenden Gefrierfleischmengen, trotzdem der Gefrierfleischverbrauch in der letzten Zeit zurückgegangen ist, einen **sehr wichtigen Faktor für die Fleischversorgung Deutschlands.** Allerdings wird hier insofern ein Ausgleich geschaffen, als die **Ausfuhr von Vieh** jetzt wieder **gestattet** ist. Von dieser Erlaubnis haben die schleswig-holsteinischen Landwirte in sehr erheblichen Umfange Gebrauch gemacht. **Man versucht nun künstlich die Antipathie gegen das Gefrierfleisch zu züchten.** Wenn, wie erwähnt, in der letzten Zeit ein Rückgang des Gefrierfleischkonsums eingetreten ist, so ist das nicht in letzter Linie auf die Propaganda der Interessenten gegen das Gefrierfleisch zurückzuführen, eine Propaganda, die jeder Berechtigung entbehrt, da die **Qualität des Gefrierfleisches dem unseres frischen Fleisches meistens überlegen ist.** Das ist ja auch ganz natürlich, es fehlt unserem Vieh die Mast, weil die für die Mästung des Viehs erforderlichen Kraftfuttermittel nicht in dem Maße eingeführt werden können, wie es zur Züchtung von Qualitätsvieh erforderlich ist.

Fleischpreise und Zölle.

Wenn die Agrarier auf die Kraftfuttermittel **hohe Zölle** erreichen, dann können wir eine Steigerung der Fleischpreise erleben, die geradezu **katastrophal für die Ernährung** zu nennen ist. Soweit die allgemeinen Ursachen der Preisbildung. Die augenblicklichen Gründe sind eigentlich mit Ausnahme des Jahres 1924, wo die Landwirte bei ihren großen Steuerverpflichtungen gezwungen waren, Vieh um jeden Preis zu verkaufen, stets um diese Zeit festzustellen. Der Landwirt hat in dieser Zeit genügend Grünfutter, er kann das Vieh auf die Weide treiben, das kostet ihn nichts, er behält es infolgedessen lieber im Stall, um so mehr, als seine Zeit infolge der Beschäftigung mit Landarbeiten sehr gedrängt ist. Gewiß, auch die Ladenschlächter benutzen die Gelegenheit, um ihr Schäfchen zu scheren. Aber ihre Schuld an der Preissteigerung ist doch sehr minimal, denn letzten Endes haben sie ein großes Interesse am Umsatz, und dieser Umsatz ist nur gewährleistet, wenn die Preise billig sind. Wenn wir nun zu diesem für die Steigerung der Fleischpreise sehr günstigen Moment noch Zölle hinzubekommen, die die landwirtschaftliche Erzeugung verteuern, und gleichzeitig unsere Grenzen gegen die Einfuhr gewissermaßen absperren, dann kann der Arbeiter seinen Schmachtriemen noch enger schnallen, als er es jetzt ohnehin schon tun muß.

In welch skrupelloser Weise dunkle Elemente am Werke sind, um die Preisbildung auf dem Fleischmarkt unreell zu beeinflussen, sei an einem charakteristischen Beispiel festgestellt. **Danach trifft die Hauptschuld an der Preiswelle den Aufkäufer.** So wird uns aus der Provinz Sachsen berichtet, daß die gewerbsmäßigen Aufkäufer für **einen Zentner Lebendgewicht 48 Mark** zahlen. Das ist also für das **Pfund** ein Einkaufspreis von **48 Pfennig.** Danach ist festzustellen, daß das Fleisch auf dem Wege vom Aufkäufer bis zum Konsumenten eine **Steigerung von etwa 300 Prozent und mehr** durchmacht.

*

Diese wucherische Preistreiberei ist zu skandalöser Höhe gediehen und nötigt zu ernstester Prüfung der Sachlage. Die Bevölkerung verbittet es sich, zum Spekulationsobjekt gewisser Interessentenkreise gemacht zu werden, und sie hat ein Recht dazu, von den Behörden Schutz gegen diese Auspowerungsmethoden zu verlangen.

Zirkus Blumenfeld kommt, wie uns geschrieben wird, am Sonnabend nach Lübeck. Die Blumenfelds pflegen nach alter Tradition in mehr als hundertjährigem Bestehen heute noch unverfälschte Kunst des geharkten Sandes. Beste Reiterei, forsche Akrobaten, verwegene Luftgymnastiker, muntere Spaßmacher, unglaublich „arbeitende" Japaner tummeln sich im geharkten Sande, auf dem Rücken galoppierender Pferde und hoch in der Luft. Die größten Elefanten des Festlandes produzieren sich als Tausendkünstler, bösartige Bären, spanische Kampftiere zwischen herrlichen Pferden und selten kleinen Zwergpferden; Dromedare dazu, Lamas, Zebus, Kamele, Guanakos, Löwen, Tiger, Leoparden, Pumas, gefährliche Kragenbären, ein Rudel Affen und anderes mehr, alles dressiert oder in Dressur. Mit einem Menschenmaterial von zirka 200 Personen durchziehen die Blumenfelds die deutschen Lande, immer und immer wiederkehrend.

Die Tätigkeit des Stadttheaters. Es wurden in der Spielzeit 1924/25 (vom 17. August 1924 bis 15. Juni 1925) im ganzen 75 Werke in 313 Aufführungen herausgebracht, davon 31 Schauspiele und 44 musikalische Werke. Die Zahl der Erstaufführungen beträgt im Schauspiel 11, in der Oper 4, in der Operette 1 und im Ballett 5, dazu kommen 3 Uraufführungen im Schauspiel. An prominenten Gästen waren zu verzeichnen: im Schauspiel Else Heims, Alice Verden, Maria Leithner, Thessa Wenk; in der Oper Richard Strauß und die Kammersängerinnen Hafgren-Dinkela, Marcella Kraft, Artöt de Padilla, die Kammersänger Bender, Schlußnus, Schützendorff. Als Gesamtensembles gastierten die Mailänder Opernstagione, der Maskenwagen der Holtorfstruppe, die Dornacher wie Geestländer Tanzgruppe; als Einzelgast die Tanzkünstlerin Hannelore Ziegler. Mit Schluß der Spielzeit scheiden aus: im Schauspiel Oberregisseur Dr. Karl Loewenberg, Hans-Helmuth Koch, Fritz Ritter, Hans-Karl Magnus, Viktor Kowarzik, Günther Lüders, Jakob Klucker, Erich Werder; die Damen Alix Lischke, Frida Lüderitz, Gerda Basarke, Grete Haid, Hildegard von Zedtwitz; in der Oper Spielleiter Dr. Richard Hein, Jonel Patin, Sydney de Vries; die Damen Helga Rönnau, Hedwig Heß, Herta Möller; vom Bühnentanz die Ballettmeisterin Alice Zickler, Elvira Gläser, Elly Dunzikowsky, Charlotte Herkt, Marthel Klein.

Badeanstalt Falkendamm. Die Temperaturen betrugen: Wasser 22, Luft 29 Grad Celsius.

Badeanstalt Krähenteich. Die Temperaturen betrugen: Wasser 22, Luft 29 Grad Celsius.

Versäumen Sie nicht

die wertvollen Gewinne in den Ausstellungsräumen der Gemeinnützigen Arbeitsgenossenschaft in der Sandstr. zu besichtigen und sichern Sie sich Lose der

Lübecker Volkswohl-Lotterie

Partei-Nachrichten

Sozialdemokratischer Verein Lübeck
Sekretariat Johannisstr. 48, I. Telephon 2463
Sprechstunden:
11—1 Uhr und 4—7 Uhr Sonnabends nachmittags geschlossen

9. Distrikt. Freitag, den 12. Juni, abends 7½ Uhr, im „Brolingkrug" (Ecke Brockes-Brohingstraße): Distriktsversammlung. Referent: Gen. Reisberger. Erscheinen aller sehr erwünscht Der Distriktsführer.

Kücknitz. Mittwoch, den 10. Juni, abends 7½ Uhr, bei Dieckelmann Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Denker.

Vorwerk. Mittwoch, 10. Juni, abends 7½ Uhr: Mitgliederversammlung bei Sommerfeld.

Schlutup. Mittwoch, d. 10. d. M. abends 8 Uhr bei Saborowski Mitgliederversammlung. Vortrag des Gen. Frost.

SPD.-Metallarbeiter! Am Mittwoch, dem 10. Juni, abends 7½ Uhr findet im Gewerkschaftshaus eine Versammlung der SPD.-Metallarbeiter statt.

Es ist die Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Partei- und Verbandsbuch sind vorzuzeigen.

Der Fraktionsvorstand.

Sozialistische Arbeiter-Jugend.

Achtung, Mitglieder! Beteiligt euch zahlreich an den Veranstaltungen des Arbeitersportkartells während der Reichs-Arbeitersportwoche vom 13. bis 21. Juni. Sonntag, den 14. Juni, Antreten zum Festzug auf dem Burgfelde nachmittags 1¼ Uhr.

Der Ortsvorstand.

Achtung, Kassierer! Donnerstag, den 11. Juni, pünktlich 7½ Uhr, wichtige Sitzung im Heim der Abt. Stadt.

Else Lenschow.

Arbeiter-Liederbuch für Massengesang. Preis 10 Pfg. Zu beziehen durch die Buchhandlung „Lübecker Volksbote".

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Bureau: Johannisstraße 48 II.

Geöffnet von 5 bis 7 Uhr nachmittags

Spielleute. Am Mittwoch, dem 10. 6. 25, abends 8 Uhr, Ueben im G.-H. Instrumente abliefern. Daniel.

Jugendabteilung: Zug- und Gruppenführer Mittwoch 7³⁰ Uhr, Gewerkschaftshaus. Blanke.

Achtung, Kameraden! Reichsbannermützen, Mützenabzeichen, Bundesnadeln und andere republikanische Abzeichen sind nur bei dem Kameraden Ziehe, Moltkestraße 9, zu haben.

Der Vorstand.

Gewerkschaftliche Mitteilungen.

Holzarbeiter-Verband (Jugend). Versammlung am Donnerstag, dem 11. d. Mts., abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer Nr. 2. Koch.

Metallarbeiter-Jugend. Donnerstag abend kein Schlagballspiel, sondern Mitgliederversammlung. Mitgliedsbücher mitbringen. Diejenigen Kollegen, welche Musikinstrumente bestellt haben, müssen am Freitag abend 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus erscheinen. Wichtige Besprechung. Jung Frei! Der Jugendvorstand.

Achtung, Maurer (Feuerungsmaurer)! Ueber die Ofenarbeiten auf der Plattenfabrik Villeroy u. Boch ist wegen Lohndifferenzen die Sperre verhängt. Kein Maurer darf dort in Arbeit treten. Der Vorstand.

Achtung, Fabrikarbeiter! Die Belegschaft der Firma Villeroy & Boch-Dänischburg ist wegen Lohndifferenzen in den Streik getreten. Zuzug ist fernzuhalten.

Verband der Fabrikarbeiter.

Achtung, Fabrikarbeiter! Die Belegschaften der drei Ziegeleien Buntekuh, Rothebeck und Stockelsdorf sind wegen Lohndifferenzen in Streik getreten. Zuzug ist fernzuhalten.

Verband der Fabrikarbeiter.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Stadttheater. Donnerstag findet die erste diesjährige Aufführung von Mozarts Oper „Figaros Hochzeit" in der Inszenierung des Intendanten Dr. Georg Hartmann statt. Die musikalische Leitung hat Herr Generalmusikdirektor Mannstaedt. Am Freitag findet die letzte Vorstellung des Schauspiels statt mit Blumenthals und Kadelburgs Lustspiel „Im weißen Rößl".

Das Hansatheater ist heute abend wegen Vorbereitung der morgen stattfindenden Premiere „Marietta" geschlossen.

Angrenzende Gebiete

Provinz Lübeck

Reichsbannertag in Stockelsdorf.

Stockelsdorf, 8. Juni.

Am Sonntag veranstaltete die hiesige Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold ihre Bannerweihe. Eingeleitet wurde die Feier am Abend vorher durch einen Fackelzug innerhalb der Gemeinde, an dem sich die hiesigen Vereine mit Fahnen beteiligten. Der hiesige Arbeiter-Turnverein stellte sein Trommler- und Pfeiferkorps zur Verfügung, das auch den Weckruf am Sonntagmorgen 6 Uhr ausführte. Am nachmittag 2½ Uhr setzte sich der statliche Festzug der Reichsbannerleute in Bewegung. Von 1 Uhr mittags an kamen von allen Himmelsrichtungen die umliegenden Ortsgruppen anmarschiert, unter anderem die Ortsgruppe Eutin mit ihrem eigenen Trommler- und Pfeiferkorps, Bosau, Ahrensbök, Schwartau-Rensefeld, Seeretz, Kurau, Süsel, Travemünde, Schlutup, Herrnburg, Moisling und Lübeck. Die Lübecker stellten den Hauptteil. Sie waren mit ihrem großen Trommler- und Pfeiferkorps über Schönböcken und Gr.-Steinrade marschiert und trafen gleich nach 2 Uhr beim Vereinslokal ein. Nachdem sich alsdann die andern Ortsgruppen mit ihren Fahnen vor der Lübecker Ortsgruppe gruppiert hatten, setzte sich der imposante Zug unter Vorantritt des Trommler- und Pfeiferkorps des hiesigen Arbeiter-Turnvereins und der Lübecker Reichsbanner-Musikkapelle in Bewegung. Der Ort selbst hatte ein festliches Kleid angelegt. Die zahlreichen Flaggen schwarz-rot-gold, viele Girlanden mit Emblemen zeugten von der großen Teilnahme. Auch einzelne Privatgeschäftshäuser hißten die schwarz-rot-goldene Fahne, nur das Rathaus in Stockelsdorf lag öde und verlassen da. Dieses Gebäude besitzt noch nicht einmal eine Reichsflagge. Hierüber wird an anderer Stelle noch mal zu reden sein. Im Gemeindepark angekommen, wurden die auswärtigen Kameradschaften vom Kameraden H. Fick-Stockelsdorf begrüßt, worauf alsdann Kamerad Stelling-Berlin die Festrede hielt und den Weiheakt vornahm. Seine Rede klang dahin aus, daß alle, die Alten und die Jungen, heute noch Abseitsstehenden sich dem Reichsbanner anzuschließen hätten, um damit für die Republik zu arbeiten und zu kämpfen. Nicht Potsdam, sondern Weimar käme für uns in Frage. Die Ausführungen des Kameraden Stelling bekräftigten die Kameraden mit einem dreifachen „Frei Heil". Der Männer- und Damenchor der Fackenburger Liedertafel brachte einige Lieder zu Gehör. Der Arbeiter-Turnverein bewies seine Leistungen durch turnerische Aufführungen und Fußballspiele. Die Reichsbanner-Kapelle und das Trommler- und Pfeiferkorps Lübecks wetteiferten um die Gunst der Anwesenden, bis um 6 Uhr der Einmarsch mit der neu enthüllten Fahne zu den Vereinslokalen „Brauerei Fackenburg" und Diedrichsens Gesellschaftshaus erfolgte, wo die Kameraden und Teilnehmer sich noch etliche fröhliche Stunden zusammenfanden. Die große Teilnehmerzahl der Kameraden des Reichsbanners der umliegenden Ortsgruppen hat bewiesen, daß ein eminentes Interesse für die Reichsbannerbewegung vorhanden ist. Auch von den uns bisher noch Fernstehenden hat ein großer Teil am letzten Sonntag die Notwendigkeit des Reichsbanners erkannt. Sie werden die Konsequenzen ziehen und ihm beitreten. K. F.

Eutin. Sozialdemokratische Landesausschußfraktion. Freitagmorgen 9 Uhr: Sitzung im Regierungsgebäude in Eutin. Alle müssen erscheinen.

w. **Eutin.** Ergänzung und Berichtigung. Zu der Gerichtsverhandlung am 5. d. M. (Ritter-Harders) sei noch bemerkt, daß den Vorsitz der Amtsgerichtsrat Carstens-Schwartau führte. — Zur Sache selbst wird uns mitgeteilt, daß — entgegen der Darstellung von Harders in der Verhandlung — Oberstleutnant Ritter von Anfang an dem Kapp-Putsch ferngestanden hat. Das Gericht hat die den Kapp-Putsch betreffenden Dinge von der Verhandlung ferngehalten, sich dafür aber um so eingehender mit fruchtlosen Erörterungen über verschiedene Ehrengerichtsverhandlungen usw. befaßt. Eine gründliche Aufhellung der Sachlage brachte die Verhandlung also nicht.

Eutin. Im Kellersee wurde die Leiche eines Mannes aufgefischt, die offenbar schon einige Tage im Wasser gelegen hat. Nach angestellten Ermittelungen handelt es sich um einen in Malente tätigen Hausdiener Ostermann, der nach hinterlassenen Mitteilungen freiwillig den Tod gesucht hat.

Hansestädte

Cuxhaven. Gerettet. Die Nachricht von dem Ertrinken von vier Personen beim Wattenlaufen bestätigt sich erfreulicherweise nicht. Die für verunglückt gehaltenen Personen sind gerettet. Ein glücklicher Zufall kam den Schwerbedrängten zu Hilfe, daß sie von der Dünung, die ein gerade vorbeifahrender großer Dampfer verursachte, nach dem Strande zu gedrängt wurden und daher auf eine Sandbank trieben. Badewärter kamen ihnen zu Hilfe.

Bremen. Fabrikbrand. In den Anlagen der Bremer Jutespinnerei und Weberei in Hemelingen ist Feuer ausgebrochen, das sehr rasch um sich griff. Um 5 Uhr stand die gesamte Spinnerei und Weberei in Flammen. Die Spinnereianlage ist niedergebrannt. Die Tätigkeit der Feuerwehr war darauf gerichtet, das Ausbrennen der Weberei zu verhindern und das Rohstofflager, das etwa 2000 Ballen Rohjute enthalten dürfte, sowie das Bureauhaus zu retten. Die Fabrik zählt zu den größten Betrieben der deutschen Juteindustrie und beschäftigt rund 1500 Arbeiter und Angestellte.

Bremen. Kommunistischer Reinfall. Die blutige Prügelei am Bremer Revolutionsdenkmal, die am 4. Februar d. J. von den Kommunisten provoziert wurde, hatte vor dem Bremer Schöffengericht ein Nachspiel. Auf Anzeige der Kommunisten war das Reichsbannermitglied Genosse Mühlenwieg von der Staatsanwaltschaft wegen schwerer Körperverletzung angeklagt worden. Während die Kommunisten behaupteten, Mühlenwieg habe einem Kommunisten das Auge mit einem Messer verletzt, wurde in der Gerichtsverhandlung festgestellt, daß M. bei seiner polizeilichen Vernehmung weder ein Messer noch irgend ein gefährliches Werkzeug bei sich hatte. Die Staatsanwaltschaft mußte bei Schluß der Verhandlung feststellen, daß die kommunistischen Zeugen in ihren Aussagen nicht glaubwürdig seien. Sie beantragte darum selbst die Freisprechung des Genossen Mühlenwieg, die auch vom Gericht ausgesprochen wurde.

Schleswig-Holstein

Kiel. Gau-Kundgebung des Reichsbanners. Die Gauleitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold Schleswig-Holstein beabsichtigt am Sonntag, dem 12. Juli, am Düsenddüvelswarf und in den Städten Heide und Meldorf eine große republikanische Kundgebung zu veranstalten. Aus Hamburg und allen Teilen der Provinz Schleswig-Holstein werden die Reichsbannerleute hier zusammenströmen, um für Recht und Freiheit in einem geeinten Volksstaate zu künden. Es gibt für solch löbliches Beginnen keine geeignetere Stätte in der ganzen Provinz als das Düsenddüvelsdorf bei Hemmingstedt. Hier siegte vor Hunderten von Jahren schon das freie Dithmarscher Volk ohne Generale und nur dank seiner tief in ihm lebendigen Demokratie über die Willkür dänischer Könige und die Anmaßungen des schleswig-holsteinischen Adels. Es werden verbilligte Sonderzüge von Neumünster, Itzehoe und Altona abgelassen werden. Anmeldung zur Teilnahme müssen bis zum 21. Juni bei den örtlichen Vorständen des Reichbanners erfolgen.

Eckernförde. Großfeuer durch fahrlässige Brandstiftung. Der herzogliche Hof Grünthal bei Schulig, Pächter Siemers, wurde von Großfeuer heimgesucht. Das Feuer entstand durch fahrlässige Brandstiftung des Stallburschen Emil Jürgensen. Dieser sollte Häcksel vom Boden des Kuhhauses holen. Er zündete sich eine Zigarette an und warf das brennende Streichholz fort. Als er wiederkam stand der ganze Stall in Flammen. Das Feuer verbreitete sich mit rasender Geschwindigkeit über die übrigen Gebäude. Das Herrenhaus konnte nur durch große Anstrengung gerettet werden. Verbrannt sind 3 große Scheunen mit etwa 1000 Zentner gedroschenem Korn, 200 Fuder Stroh und 50 Fuder Heu, ferner eine große Dampfdreschmaschine, die Wagenremise und das Gebäude des Verwalters. Etwa 20 Feuerwehren aus der Umgegend waren an der Brandstätte, nachmittags kam die Motorspritze aus Eckernförde und löschte die Schutthaufen ab. Der fahrlässige Brandstifter ist dem Gerichtsgefängnis in Eckernförde zugeführt.

Vermischte Nachrichten

In der Wüste verhungerte Flieger. In der Wüste zwischen Soll-u und der Suva Oase wurden die Leichen von vier italienischen Fliegern gefunden, die Mitte April abgestürzt sind. Sie sind anscheinend Hungers gestorben.

Schwere Ueberschwemmungskatastrophe in Mexiko. Nach einer Radiomeldung aus Mexiko ist die Halbinsel Tehuantepec von schweren Ueberschwemmungen heimgesucht worden. Sämtliche Flüsse sind über die Ufer getreten. Hunderte von Personen sind ertrunken und mehrere Dörfer völlig zerstört.

Schwerer Unfall eines Fallschirmpiloten. Der Fallschirmpilot Staltner aus München war bei einem Sprung aus dem Flugzeug aus 1000 Meter Höhe von Böen fortgetrieben worden und mußte in den Bäumen landen. Dort hing er eine Stunde zwischen Himmel und Erde, bis die Feuerwehr ihn aus seiner Lage befreite. Nach Reparatur des dabei beschädigten Fallschirmes sprang Staltner am Sonntag wieder aus gleicher Höhe aus einem Flugzeug. Der Fallschirm entfaltete sich jedoch nicht. Der Pilot stürzte zu Boden und erlitt eine lebensgefährliche Rückgratverletzung.

Betrugsaffäre im Reichsbahnbezirk Grenzmark. Die Justizbehörde beschäftigt sich, wie das Tageblatt berichtet, seit einiger Zeit mit umfangreichen Unterschleifen zum Schaden des Eisenbahnfiskus, deren vier bedeutende Baufirmen aus Frankfurt a. O. Berlin, Dresden und Züllichau beschuldigt werden, und an denen auch Beamte der Reichsbahndirektion Ost beteiligt sein sollen. Bei den beteiligten Firmen wurden sämtliche Geschäftsbücher und Akten beschlagnahmt, desgleichen auch behördliche Akten der Reichsbahndirektion. Der Bauunternehmer Schmidt-Frankfurt a. O. wurde verhaftet. Der Schaden soll sich auf ungefähr 20 Millionen Goldmark belaufen. Zwischen den Baufirmen und den Staatsbehörden, die die Anlage einer Siedlung und eines Bahnhofes in Neu-Benschen in Auftrag gaben, sollen auf unreelle Art, durch Bestechung der verantwortlichen Beamten, Verträge zum Nachteil des Fiskus abgeschlossen worden sein.

Der Frauenmord in Niederschönhausen. Eine überraschend schnelle Aufklärung hat das Verbrechen in der Laubenkolonie gefunden. Der 18 Jahre alte Sohn Paul des Laubenbesitzers Bredlow wurde festgenommen und legte ein Geständnis ab, in dem er die Vorgänge aber so darstellte, als ob die Tote, die 17 Jahre alte Tochter Charlotte des Schneidermeisters Kaiser aus Pankow, Selbstmord begangen hätte.

Mädchenmord. Ein 27jähriger verheirateter Mann, der Vater eines Kindes, hat in Kreuzberg an der Ahr ein junges Mädchen erschlagen, die Leiche unter Stroh in der Scheune seines Schwiegervaters versteckt und dann die Scheune angezündet. Der Täter konnte verhaftet werden.

Schrecklicher Tod. In Lichterfelde bei Berlin hat sich ein schweres Unglück ereignet. Die Ehefrau des Beamten Zwink war mit dem Ausschwefeln von Einmachegläsern beschäftigt, als sich plötzlich der Schwefel entzündete und die Kleider der Frau Feuer fingen. Herbeieilende Hausbewohner versuchten die Flammen durch Decken zu ersticken, doch konnte der Arzt nur noch den Tod der Frau feststellen.

Sie wollen „ihren Kronprinzen" nicht kränken! Der sozialdemokratische Antrag, der sich gegen die Herausgabe des seinerzeit vom preußischen Städtetag dem Kronprinzenpaare versprochenen Tafelschmuckes richtet, beschäftigte einen Ausschuß der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Von bürgerlicher Seite wurde erklärt, daß nicht die Stadt Berlin, sondern lediglich das seinerzeit zu diesem Zwecke gebildete Komitee über die Herausgabe des Schmuckes zu entscheiden habe. Der sozialdemokratische Antrag wurde daraufhin abgelehnt.

Unglücksfälle. Durch eine Explosion sind in Sturgis (Kentucky) 17 Bergleute verschüttet worden. Es besteht keine Hoffnung auf ihre Rettung. — Montag abend stürzte auf dem Flugplatz Eger aus etwa 100 Meter Höhe ein Flugzeug ab. Es wurde zertrümmert und die beiden Insassen, ein Leutnant und ein Korporal, so schwer verletzt, daß sie bald darauf ihren Verletzungen erlagen.

Verbrecherkliniken.

Die Straftat bildet nur das sichtbare Symptom einer vernachlässigten sozialen Erkrankung. Erst nach Verübung einer Straftat besinnt sich der Staat auf seine Pflichten und greift ein — weniger um des kriminellen Patienten selbst willen als vielmehr zum Schutze seiner Umgebung vor neuen Gefahren. Die Pferdekur, der der Erkrankte unterzogen wird, verschlimmert häufig noch seinen Defekt und nützt auch seinen Mitmenschen nicht. Man denke sich einen Arzt, der nicht den Kranken, sondern nur die Symptome der Krankheit behandeln und etwa eine Operation vornehmen wollte, ohne den Kranken selbst untersucht zu haben. Der Arzt weiß, daß seine Verordnungen nicht einzelnen Krankheitssymptomen, sondern dem ganzen kranken Menschen gelten. Deshalb studiert der junge Mediziner den gesamten Menschen, den Bau und die Funktionen seiner äußeren und inneren Organe, die Struktur der Gewebe, die Sekretion der inneren Drüsen, die psychischen Erscheinungen usw., sowohl beim gesunden wie beim kranken Menschen. Zu selbständiger Arbeit wird er erst zugelassen, nachdem er unter ärztlicher Leitung in der Klinik ein praktisches Jahr absolviert hat. Der Jurist hingegen hat wohl auf der Universität die ganze Paragraphenweisheit der Gesetzbücher in sich aufgenommen, auch ein wenig gerichtliche Medizin und Psychiatrie mitangehört, dann einige Jahre als Referendar Anklagen und Verteidigungen vertreten und immer nur über toten Akten geschwitzt. Dann wird er für würdig befunden, über das Schicksal seiner Nächsten zu entscheiden, ohne daß er den lebendigen Menschen überhaupt kennt, auch nicht die sozialen Verhältnisse, aus denen dieser kommt, die sozialen Gebote, denen er unterworfen ist, die biologischen Gesetze, die ihn beherrschen, die psychischen Normen, die sein Tun und Lassen bestimmen. So wird seine Tätigkeit als Staatsanwalt und Richter nicht selten zum Verhängnis für den Staat und für das einzelne Individuum.

Schon im Jahre 1914 hat Professor Dr. Aschaffenburg die Schaffung von Verbrecherkliniken gefordert, d. h. Kliniken, in denen der junge Jurist gleich seinen Kollegen von der medizinischen Fakultät an kriminell kranken Menschen seine Studien machen könnte. An Hand des ganzen Vorlebens des Straffälligen, seiner Erziehung, wirtschaftlichen Lage und Umgebung, seiner Lebensgewohnheiten und Bildung, seiner physischen und psychischen Struktur und seines Gesundheitszustandes im Zusammenhange mit seiner Straftat soll der junge Jurist hier unter Leitung des Strafrechtslehrers und unter Mitwirkung des Psychiaters die Diagnose der sozialen Erkrankung, ihre Therapie, d. h. Heilmethode, und ihre Prognose, d. h. Aussicht auf Gesundung, genau wie der junge Mediziner feststellen lernen. Parallel dazu hätten Vorlesungen über Kriminalpsychologie, Kriminalbiologie, Kriminalpolitik, Soziologie usw. stattzufinden. Es wurde auch verlangt, daß der künftige Strafrechtler eine bestimmte Zeitlang praktisch im Gefängnis selbst, in unmittelbarer Berührung mit den Rechtsbrechern zu arbeiten hätte.

Seitdem sind elf Jahre ins Land gegangen. Sieht man von einigen schüchternen Versuchen ab, so ist in Deutschland bisher fast nichts zur Erfüllung dieser dringenden kriminalpolitischen Forderung geschehen. Aus anderen Gegenden werden aber vielversprechende Anfänge berichtet. In Wien wird am „Institut für Strafrechtswissenschaft und Kriminalistik" eine „strafrechtliche Klinik" abgehalten. Einmal in der Woche werden den Studierenden in zweistündigem Kolleg etwa zwei Abgeurteilte vorgeführt, die ihre Freiheitsstrafe bereits verbüßt haben und aus Wien abgeschoben werden müssen. Durch ihre Erzählung von ihrer Tat und ihrem Aufenthalt im Gefängnis entsteht eine gewisse Wechselbeziehung zwischen den Hörern und den straffälligen Menschen. Einen Schritt weiter hat das Kriminalbiologische Seminar in Graz getan. Hier findet die Demonstration im Gefängnis selbst statt. Vier bis sechs Sträflinge werden vorgestellt. Einmal wöchentlich geht ein zweistündiger Vortrag über einzelne Probleme der Kriminalbiologie am Vormittag den praktischen Uebungen voraus. Die Teilnehmer sollen die gesamte Persönlichkeit der Vorgeführten und seinen Werdegang aus den ursächlichen Zusammenhängen seines äußeren Lebens und aus seiner psychischen Entwicklung kennen lernen. Die Auswahl der Sträflinge wird so getroffen, daß gewisse Erscheinungsformen krimineller Erkrankungen sich dem Hörer jedesmal einprägen können. An den Vorführungen nimmt auch ein Psychiater teil. Zwischen Hörern und Sträfling findet ein persönlicher Austausch von Fragen und Antworten statt. Einen noch vollkommeneren Versuch, die Verbrecherklinik der medizinischen Klinik anzunähern stellt das Kabinett zur Erforschung des Verbrechens und der Persönlichkeit des Verbrechers in Moskau dar. In einer speziell kriminologischen Klinik werden Kriminelle aufgenommen und stehen hier unter Beobachtung von sechs entsprechend vorgebildeten Personen. Die Straffälligen werden einer soziologischen, psychiatrischen, psychologischen und anthropologischen Untersuchung unterzogen. Auch hier findet die Demonstration vor dem Zuhörer statt. —

Deutschland harrt noch der Einrichtung solcher Verbrecherkliniken. Das kommende Strafgesetzbuch wird an Staatsanwälte, Richter und Strafvollzugsbeamte ganz andere Forderungen stellen als bisher. Die geplanten wohltuenden Aenderungen werden mit dem rechtsprechenden Richter stehen und fallen, und ohne psychologisch und sozialpolitisch geschulten Nachwuchs ist jede Strafrechtsreform zur Unfruchtbarkeit verdammt. Justus.

Amtlicher Teil

Volks-, Berufs- und Betriebszählung

Um den Zählern Gelegenheit zu geben, sich mit ihren Obliegenheiten vertraut zu machen, werden folgende **Zählerversammlungen** stattfinden, und zwar in der Aula

des Johanneums, am Donnerstag, 11. Juni,
der St. Lorenz-Mittelschule, Freitag, 12. Juni,
der Ernestinenschule, Sonnabend, 13. Juni.

Die Versammlungen beginnen abends 7 Uhr.

9132) Das Statistische Landesamt.

In dem Konkursverfahren

über den Nachlaß des am 24. Juni 1924 verstorbenen Kaufmannes Heinrich Conrad Ludwig **Bartelt**, alleinigen Inhabers der Firma Heinrich Bartelt in Lübeck, soll die Schlußverteilung erfolgen. — Hierfür sind ℳ 4792,32 verfügbar. — Gläubiger mit Vorrecht haben ℳ 1412,09, solche ohne Vorrecht ℳ 10 769,76 zu fordern. — Das Schlußverzeichnis liegt auf der Gerichtsschreiberei Abt. 2 zur Einsicht aus.

Lübeck, den 9. Juni 1925. (9131

Der Konkursverwalter: **Niels Jensen.**

Oeffentliche Versteigerung.

Am Freitag, dem 12. ds. Mts., 9 Uhr vorm., in der Versteigerungshalle des Gerichtshauses über nachstehende Gegenstände:

Bücherschränke, Büfetts, Anrichten, Sofas, Sessel, Schreib-, Ausziehe- und andere Tische, Teppiche, Chaiselongue, 1 Glasschrank, Pfeilerspiegel, Bilder, 3 Nähmaschinen, 1 Ladentisch und Regal, 1 Sprechapparat, 5 Mandolinen, Kristallschalen, Bowle, Gläser, Tassen, Gabeln, Löffel, 1 Damen- und 1 Herrenfahrrad, Paletotstoffe, Zigarren, **2 Zenith-Vergaser für Lastkraftwagen**, Schürzen, Seidenjumper, Herrenoberhemden, Spitzen, Stickereien, **Klavier** u. a. m.

9159 Das Gerichtsvollzieheramt.

Nichtamtlicher Teil

Lübeckische Kreditanstalt
Kanzleigebäude :: Eingang von Marienkirchhof
Fernspr. 8774 empfiehlt sich zur Anlegung v. **Spargeldern** Führung von **Girokonten** Fernspr. 8774 9129
Für die Gelder haftet außer erstklassigen Goldhypotheken d. Lübeckische Staat

Nach lang., schw. Leiden entschlief heute sanft unser lieb. Vater, Schwiegervater und Großvater, der Hafenarbeiter
Heinrich Stormer
im 72. Lebensjahre.
In tiefer Trauer
Die Kinder
und alle, die ihm nahe standen.
Lübeck, 9. Juni 25
Wakenitzmauer 156 ex.
Beerd. Freitag, 12. Juni, nachm. 3 Uhr, Kapelle Vorwerker Friedhof. (9158

Nach lang., schw. Leiden starb am Montag mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- u. Großv., Bruder, Schwager u. Onkel
Friedrich Prüß
im 71. Lebensjahre.
In tiefer Trauer
Karla Prüß
geb. Kreitschmann
nebst Kindern und allen Angehörigen.
Fackenburg, 9. Juni
Segebergerstraße 107
Beerd. Donnerstag, 11. Juni, 4 Uhr, Kan. Stockelsdorf.

Holland.
Zum sofortigen Eintritt wird tüchtiger
Salmiakpastillen-Bewerber
gesucht. Fabriek van drop en suikerwerken Tj. de Haan, Vinkenstraat 33/35, Amsterdam. (9155

Spengler
als **Vorarbeiter** und **Kontrolleur**, von einer süddeutschen Milchkannenfabrik bei erstklassiger Bezahlung für dauernde Position gesucht.
Bewerber wollen ausführliche Offerte mit Nennung ihrer Gehaltsansprüche schnellstens einreichen unter Kennwort „Milchkannen" E. L. 4824 an Rudolf Mosse, Stuttgart.

Gut erhalt. Kinderbettstelle mit Matr. zu verk. 9152) Tremsbüttel 37.

Milchschaf oder Lamm zu kaufen gesucht. Ang. unt. H 108 an die Exp. d. Bl. (9150

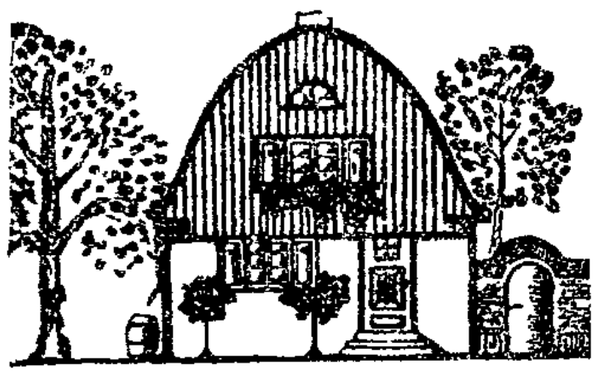
Wo erhalten Sie die
Lim-Mark-Lose
der
Lübecker Volkswohl-Lotterie?

In den hiesigen Staatlichen Lotterie-Einnahmen: 9145

Otto Breite Straße 67 — **John** Schüsselbuden 7 — **Scharff** Mühlenstraße 35 — **Landwehr** Sandstraße 9

sowie in allen durch Plakataushang gekennzeichneten Verkaufsstellen,

u. a. in **Lübeck** bei:
Hermann Kersten, Hüxstraße 8
M. Niemeyer, Breite Straße 68, Holstenstraße 6, Geibelplatz 12
C. Frese, Breite Straße 25, Holstenstraße 15
Otto Kühne, Königstraße 48 a
Wilh. Wigger, Fackenburger Allee 32
S. Selmanson, Bei St. Johannis 4
H. Zölck, Langer Lohberg 34
M. Leissman, Große Burgstraße 7
Auguste Kuhlmann, Engelsgrube 33
Martha Jebens, Dankwartsgrube 69
Richard Prüß, Hartengrube 20
Heinr. Schering, An der Mauer 104
Christ. Hillbrandt, Rosenstraße 12
A. Ahlers, Sadowastraße 32
Georg Wulff, Busekiststraße 5 a
Lammert, Ratzeburger Allee 40
Restaurant Walter, Weiter Krambuden 7
Restaurant Schultz, Wahmstraße 40
Gustav Jappe, Dornestraße 38
Carl Dose, Gloxinstraße 16
Joh. Gädert, Tünkenhagen 17
Th. Schubert, Holstenstrasse 13/15
R. Kließ, Engelsgrube 80
F. Ketelhohn, Königstraße 95
Frau Nützmann, Balauerfohr 29
Gustav Reincke, Fünfhausen 26
C. Broders, Arnimstraße 3



In Kücknitz:
Ernst Schimmel, Hauptstraße 17

In Schlutup:
Peter Wille, Lübecker Straße 77
A. Saborowsky, Lübecker Straße 34
Bäumer, Hochofenwerk Pavillon

Staatliche Lotterie-Einnahme **R. Jansen** Fernruf 3859 Johannisstraße 18

Möbel auf Kredit
ohne Aufschlag (9134
Stüwe's Möbellager
Breite Str. 21 im Hinterhaus

Original-Nimbus-Fahrräder
direkt durch den Allein-Vertrieb
Herrenfahrrad **86.- 93.-**
Damenfahrrad **92.- 99.-**
Schriftl. 3j. Garantie
9122 **Schnoor & Petersen**
Filiale Lübeck
Plattenstr. 2
Geöffnet 8—7 Uhr.

Landaufenthalt
Nähe Wald und Ostsee, preiswert. (9148
Rommert
Siedlung Klingberg bei Gleschendorf.

Zigaretten Zigarren
C. Wittfoot
Ob. Hüxstr. 18

Martha Schütz
Heinrich Scharnweber
Verlobte (9146
Lübeck, den 6. Juni 1925.

Gesucht ein
Mann
für Gartenarbeiten.
Rechtsanwalt **H. Brehmer**,
9142) Hundestr. 49/51.

Tausche sonn. 3-Zim.-Wohn. gegen gute 2-Z.-Wohnung. Zu bes. nach 4 Uhr bei **Krause**, Bäckerstr. 13 a, II. (9147

Spirituosen-Abtl.
Buntekuh-Kümel, 2.10
Kramm. Kümmel, 2.30
Brill.-Kümmel 40% 2.50
Jam.-Rum-B. 2.25 2.40
Weinbrand-B.Fl. 2.45
Rein. Weinbrand 2.95
Liköre
große Auswahl Fl. 2.95
Schwedenpunsch 2.95
Rotwein o.St.u.G. 1.00
Rotwein 1.50
Tarragona . . . 1.20
Apfelwein . . . 0.50
Himbeersaft o. Gl. ½ Fl. 0.90
Kirschsaft o. Gl. 0.60
Eduard Speck
Hüxstraße 80/84

Kartoffeln
Speisekartoffeln Ztr. 3.50
Gelbf. Magnumb. „ 4.00
Bl. Odenwälder „ 5.00
Industrie „ 6.00
Dreschstroh Ztr. 2.80
Wiederverk. Vorzugspr.
Wilh. Süfke
Schwart. Allee 46a
(9149) Fernruf 8822

Bücher
von
Hans Reimann
dem unverwüstlichen sächsischen Humoristen
Buchhandlung „Lübecker Volksbote"
Johannisstr. 46

Beachten Sie unsere Schaufenster-Auslage!
Buchhandlung Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46

Geschäftseröffnung
Hierdurch teile ich den verehrlichen Einwohnern Lübecks und Umgegend ergebenst mit, daß ich eine
Fahrradhandlung
verbunden mit **Reparatur-Werkstatt** in der
Wahmstraße 33
eröffnet habe. — Ich werde nur erstklassige Marken führen, und darf meine werte Kundschaft bester und billigster Bedienung versichert sein. (9160
Fahrradhaus „Hansa"
Ernst Schmidt
Wahmstr. 33
NB. Wöchentliche Teilzahlungen gestattet

ZUM 50. GEBURTSTAG
des Dichters
HERMANN HORN
empfehlen wir seinen Roman
DER ARME BUCHBINDER
Preis: Mark 4.50
Buchhandlung „Lübecker Volksbote"
Johannisstraße 46

Bilder-Einrahmungen
Bilderleisten Fensterglas
O. Tauchnitz Glashandlung Fleischhauerstraße 35 Fernspr. 2808

Eine Dauerkur in Joghurt kostet nichts
denn im Joghurt werden nicht die heilenden Fermente bezahlt, sondern der Nährwert des Joghurts als Nahrungsmittel ist schon 15 Pfg. die Flasche wert.
Geliefert wird Joghurt von allen Verkaufsstellen und Verkaufswagen der Hansa-Meierei. 9129
Hansa-Meierei, G. m. b. H.

Ein
Frühlings-Mysterium
Dramatisches Chorwerk
von
Bruno Schönlank
geb. 3.— Mk., geh. 1.75 Mk.
Buchhandlung „Lübecker Volksbote"
Johannisstraße 46

Der Senking-Gasherd
ist ein **Qualitätserzeugnis** deutscher Industrie, trotzdem nicht teurer wie jede andere Marke. Die **Brenner verbrauchen** anerkannt **wenig Gas.**
Lassen Sie sich den
Qualitäts-Senking-Gasherd
unverbindlich in meiner **Spezial-Gasabteilung Mühlenstr. 42** vorführen. Reparaturen an Gasherden durch eigene, extra geschulte Kräfte. Lieferung aller 9125) Ersatzteile und Brenner.
Adolf Borgfeldt, Lübeck

Die Stimme der Jugend

Beilage zum Lübecker Volksboten

Neukloster.

Dies Mal ist wohl kaum ein Jugendgenosse Pfingsten zu Hause geblieben. Die einen sogen in Hamburg an den Brüsten der Wissenschaft, die andern weit und breit im Land am Busen der Natur, das Gros der Arbeiterjugend zog nach den gelobten Fluren Mecklenburgs, um in Neukloster das Jugendfest zu feiern.

Ich kann nicht behaupten, daß sie das beste Teil erwählt hatten; denn bei den anderen war ich nicht dabei. Aber das weiß ich, daß ich noch nie an einem Fest teilgenommen habe, das fröhlicher, schöner, erfüllender gewesen wäre. Gewiß, es wurde nichts geboten, was noch nie dagewesen wäre; es läßt sich keine überragende Einzelheit berichten; aber der Geist, der in allen, den freundlich-tätigen Genossen am Ort ebenso wie in jeder einzelnen Ortsgruppe lebendig war — nun, der war eben wirklich lebendig. Da war nichts Gezwungenes und nichts Gekünsteltes, kein gewaltsamer Radau und keine Trübseligkeit; das war eine so wundervolle Einheit von Natur, Jugendfröhlichkeit und ernsterer Arbeit, wie sie nur ganz selten, fast von selber und ohne sichtbare Mühe gedeiht.

Dieser Morgenmarsch unter den wehenden roten Fahnen ins glitzernde Waldesgrün, das war doch etwas anderes als die elende Streiterei Ostern in Jena und als der nüchtern-militärische Reichsbanneraufmarsch in Lübeck. Ohne viel Reden durch freundschaftliches Beisammensein, bei fröhlichem Tanz und ernster Dichtung wuchs dort etwas von sozialistischem Geist, wie wir ihn ersehnen.

Den Genossen aus Neukloster selbst sei auch von hier aus noch herzlich gedankt! Gerade, daß man so wenig von ihrer Arbeit hörte, zeigt, wie gut und selbstlos gearbeitet worden ist.

Dabei noch ein Wort über unsere Mecklenburger Genossen überhaupt! Ihnen gegenüber besteht hier in Lübeck unter Jugend vielfach eine Stimmung, die man vielleicht mit „wohlwollender Ueberlegenheit" am besten charakterisiert, so wie etwa der Berliner (wenigstens der Sage nach) dem Provinzler gegenüber ein hochnäsiges Wohlwollen an den Tag legt. — Was ich in Neukloster von unseren Mecklenburger Genossen sah und hörte, das scheint mir die Berechtigung dieses Ueberlegenheitsgefühls doch etwas in Frage zu stellen.

Natürlich war aus dem ganzen großen Mecklenburg, das mit seiner Weiträumigkeit und dem Fehlen von Arbeiterzentren unserer Arbeit ja besonders große Widerstände entgegensetzt, nur ein kleiner Teil vertreten. Möge der Tag der weiteren Durchdringung des Landes mit unseren Ideen vorwärts geholfen haben! An der Mitarbeit der Lübecker Jugend zu diesem Ziel darf und wird es nicht fehlen!

Soviel, um den allgemeinen Eindruck von Neukloster wiederzugeben. Wie im einzelnen gefeiert und gearbeitet wurde, davon geben die folgenden Berichte, die uns vom Jugendsekretariat des Bezirks übersandt wurden, ein anschauliches Bild. S.

Der Tag der Jugend.

Fröhliche Wanderscharen der Sozialistischen Arbeiter-Jugend waren zu Pfingsten zum Jugendtag nach Neukloster gekommen. Das kleine freundliche Städtchen stand ganz im Zeichen der Jugendtagung. Die Genossen in Neukloster hatten es sich nicht nehmen lassen, zu flaggen und die Straßen festlich zu schmücken.

Es sind schon 10 Jahre verflossen, seitdem die Arbeiterjugend ihren ersten Jugendtag veranstaltete. Es waren auch nur wenig Teilnehmer, die damals in Güstrow zu Pfingsten 1915 versammelt waren. Die älteren Helfer und Führer der Bewegung waren zum Kriegsdienst einberufen, standen an den Fronten und viele der Besten waren schon gefallen. Heute ist aber aus der kleinen Schar mutiger Genossen, die in Güstrow vor 10 Jahr zum ersten Male zum Jugendtag zusammengekommen waren, eine große und starke Bewegung erwachsen. Und: aufwärts und vorwärts, das ist auch die Parole für die Zukunft. Dafür ist der Jugendtag in Neukloster ein Zeichen gewesen.

Die Wanderfreude der vielen Jugendtagfahrer wurde durch das regnerische Wetter am Sonnabend nicht gerade gehoben. Aber der alte Wettergott hatte mit dem springlebendigen Jungvolk ein Einsehen. Bei der Ankunft in Neukloster waren die „Himmelsschleusen" geschlossen; es regnete nicht mehr. Der Empfang durch die am Bahnhof zahlreich wartenden Genossen und Genossinnen aus Neukloster wurde dadurch um so freundlicher.

Nach der gut vorbereiteten Quartierverteilung fand vom Markt aus ein Fackelzug statt, an dem sich die Einwohnerschaft stark beteiligte. Hell klangen die frohen Wander- und Kampflieder der Jugend. Stürmische „Frei-Heil"-Rufe bekundeten den Willen der Jugend zur Republik. Neukloster hat einen solchen Fackelzug noch nicht oft erlebt.

Auf dem Markt fand anschließend eine Kundgebung statt. Der Genosse K. Groth-Neukloster sprach zur Jugend. Er fand den rechten, der Jugend tief zu Herzen gehenden Ton. „Nicht ruhen und rasten, Arbeiterjungens und -mädels. Euch winkt eine bessere Zeit, wenn Ihr es nur versteht, sie zu bekämpfen und zu gestalten. Die Arbeiterjugendbewegung soll Euch das Rüstzeug dazu vermitteln. Darum steht fest zu Eurer Sache!" So sprach der Genosse Groth zu den Jungen. Und den „Alten" rief er zu, daß auch sie aus der Begeisterung der Jungen und ihren stürmischen Willen zum Sozialismus neuen Mut schöpfen mögen. Ein begeistert aufgenommenes Hoch auf die völkerbefreiende Sozialdemokratie und die Sozialistische Jugendbewegung beschloß die anfeuernden Ausführungen des Genossen Groth. Dann folgten Rezitationen der Genossen Schulz-Rostock und Scharp-Lübeck. Lieder erklangen. Die Fackeln verlöschten. In den stillen Abend sang die Jugend die Hymne: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit..."

Am Sonntagmorgen waren die Straßen schon früh belebt. Trupp um Trupp rückte mit Fahne und Gesang heran. Bald bot der Markt ein buntlebendiges Bild. Die tanzlustigen Gruppen zeigten ihre Kunst, bis der Ausmarsch zur Morgenfeier im schönen Klasbachtal das fröhliche Treiben beendete.

Am Nachmittag fand der Ausmarsch nach den Spielwiesen statt. Die Jugend tanzte, spielte und führte ihre Jugendspiele auf. Die Lübecker Jugendgenossen brachten das schöne „Maispiel" von Hedwig Rose zur Aufführung und ernteten dafür reichen Beifall. Das herrliche Pfingstwetter hielt alle Teilnehmer recht lange beisammen.

Am Abend fanden in zwei großen Sälen Jugendfeiern statt. Beide Veranstaltungen waren außerordentlich stark besucht. Das Programm wurde in erster Linie von den Ortsgruppen Schwerin, Lübeck, Rostock und Neukloster bestritten. Die Ansprachen hielten Genosse Redakteur Dr. Solmitz-Lübeck und Genosse W. Jesse-Rostock. Die erwachsenen Teilnehmer bekamen einen guten Einblick in das Leben und Treiben der Ortsvereine der Arbeiterjugend.

Am Montagmorgen fand noch eine Abschiedskundgebung mit der Arbeiterschaft von Neukloster auf dem Neuen Markt statt. Genosse Jesse dankte allen Gastgebern im Namen der Jugend für die überaus herzliche Aufnahme. Er sprach den Wunsch aus, daß die in Neukloster gemeinsam verlebten Stunden in der Erinnerung aller Teilnehmer noch recht lange nachklingen mögen. Genosse Groth rief der scheidenden Jugend noch ein letztes Lebewohl zu, dann gings in den sonnenhellen Tag hinein. Der Jugendtag war beendet. Der zweite Festtag war ein Wandertag.

Von Neukloster werden wohl alle Jugendgenossinnen und -genossen nur schweren Herzens Abschied genommen haben. Der Empfang und die Aufnahme übertrafen alle Erwartungen. Besondere Anerkennung und Verdienste um die Aufnahme erwarben sich die Familien, die für alle Teilnehmer das Mittagessen bereiteten. Allen Helfern und Freunden der Jugend, noch besonders dem Genossen R. Groth, sei auch an dieser Stelle noch einmal der Dank der Jugend für ihre mühevolle Arbeit ausgesprochen.

Für die Jugend selbst war der Jugendtag ein Erlebnis. Die schönen Stunden werden nicht so bald vergessen werden. Nun heißt es aber, weiter arbeiten. Jugendtage sind Festtage. Zeigt, daß Ihr auch im Alltag Euren Mann stehen könnt!

Die Tagung der Jungsozialisten.

Die Jungsozialisten von Mecklenburg und Lübeck, deren letzte Zusammenkunft vor 2 Jahren in Schwerin stattfand, waren anläßlich des Jugendtages zu einer größeren Konferenz im „Waldhotel" zusammengetreten.

Der Leiter der Konferenz, Genosse W. Jesse-Rostock, hob in seinen einleitenden Ausführungen hervor, daß die Konferenz nicht die Aufgabe habe, organisatorische Probleme zu lösen, sondern alle Teilnehmer sollten lediglich mit den gegenwärtigen geistigen Strömungen der Bewegung in Verbindung gebracht werden.

Für das vorgesehene Referat über „Staat, Nation und Sozialismus" war der Genosse Dr. Solmitz-Lübeck gewonnen worden. Genosse Solmitz, der auch an der letzthin in Jena stattgefundenen Konferenz teilgenommen hat, gab einleitend einen Ueberblick über die letzte Entwicklung der jungsozialistischen Bewegung und über den Verlauf der Reichskonferenz. Innerhalb der Jungsozialistischen Bewegung stehen sich 2 Richtungen gegenüber, die Hofgeismarer und Hannoveraner. Die ersten werden geführt von dem Genossen Dr. Heller-Leipzig, die Hannoveraner lehnen sich stark an Professor Max Adler-Wien an.

Bedauerlicherweise sind die Gegensätze in Jena nicht in einer guten kameradschaftlichen Weise ausgetragen worden, sondern beide Richtungen arbeiteten mit allen Mitteln der Fraktionspolitik. Man gab sich keine Mühe, einander näherzukommen, ließ es sich vielleicht angelegen sein, unter allen Umständen die Mehrheit der Konferenzteilnehmer nach dieser oder jener Richtung hinüberzuziehen.

Die sachlichen Gegensätze entspringen der verschiedenartigen Stellung zum heutigen demokratischen Staat. Während die Richtung Hofgeismar unter Führung von Heller den Staat konsequent bejahen und sich dieser Einstellung gemäß zur praktischen positiven Mitarbeit bereit finden, ist es nach Ansicht der Hannoveraner verkehrt, den Staat mit seiner heutigen „Scheindemokratie" politisch die Unterstützung der Sozialdemokratie zu leihen. Die Hannoveraner berufen sich vorwiegend auf die Marxsche Staatsauffassung, der im Staat lediglich ein Herrschaftsinstrument der besitzenden Klasse, eine Herrschaftsorganisation sah. Demgegenüber betonen die Hofgeismarer, daß die grundsätzliche Verneinung des Staates ein Fehler in dem grandiosen Lehrsystem des Marxismus sei. Der heutige Staat stellt seiner Form und seiner Struktur nach etwas ganz anderes dar, als der alte Klassenstaat der Vorkriegszeit. Es komme nur darauf an, dem Staat, der Republik, einen sozialen Inhalt zu geben. Die Bejahung des Staates und der Nation hat nichts mit Nationalismus zu tun. Die Entwicklung zum Internationalismus gehe über die Nation.

Genosse Dr. Solmitz, der persönlich nicht voll und ganz auf dem Boden dieser und jener Richtung steht, verurteilte den tatsächlich manchmal stark in Erscheinung tretenden Nationalismus der Hofgeismarer, hält aber ihre positive Arbeitsgesinnung für das durchaus Richtige. Ihm ist nicht daran gelegen, eine Richtung der Mitte zu fördern, hält aber im Interesse der Einheit der Bewegung eine Aenderung in der Form der Auseinandersetzung absolut für notwendig.

Folgende Resolution wurde der Konferenz zur Annahme vorgeschlagen:

„Die in Neukloster versammelten Jungsozialisten von Mecklenburg und Lübeck halten es für die Aufgabe der jungsozialistischen Bewegung, ihre Mitglieder in der Theorie und Praxis der sozialistischen Arbeiterbewegung zu schulen und darüber hinaus an den geistigen Grundlagen des Sozialismus weiterzuarbeiten und zu den politischen Fragen der Gegenwart eine wissenschaftlich begründete Stellung zu gewinnen.

Sie sind überzeugt, daß die Marxsche Gesellschaftsanschauung die dauernde Grundlage jeder sozialistischen Politik bleiben muß. Sie sind aber andererseits der Auffassung, daß dieses Bekenntnis allein nicht genügt, um den Aufgaben der jetzigen Generation gerecht zu werden.

Die völlig veränderte Lage des Proletariats, sein politischer Aufstieg auf Grund des überall erkämpften demokratischen Systems stellen ihm neue Aufgaben, deren Lösung in harter geistiger Arbeit vorbereitet werden muß. Es handelt sich um die Verwirklichung des Sozialismus in Staat und Wirtschaft und um die sozialistische Gestaltung des eigenen Lebens. Diese Aufgabe ist so ungeheuer groß, daß es der kameradschaftlichen Zusammenarbeit aller lebendigen Kräfte des Jungproletariats bedarf, soll nicht die junge Generation dem Werke gegenüber versagen.

Die in Neukloster versammelten Jungsozialisten verurteilen aufs schärfste die Art und Weise, wie in Jena von den Kreisen der „Hofgeismarer" und „Hannoveraner" mit den Mitteln der Fraktionspolitik gegeneinander gearbeitet wurde, zumal die dort behandelte Frage der Stellung zum Staat ihres Erachtens keine prinzipielle, sondern eine politische, d. h. von den jeweiligen gesellschaftlichen Machtverhältnissen abhängig ist. Ein weiteres Fortschreiten auf diesem Wege muß notwendig zum völligen Zerfall der jungsozialistischen Bewegung und damit zu einer Schädigung der gesamten Arbeiterbewegung führen.

Die in Neukloster versammelten Jungsozialisten von Mecklenburg und Lübeck lehnen es daher ab, sich einem dieser Kreise anzuschließen. Sie wollen damit nicht eine besondere Richtung der Mitte fördern, sondern der kameradschaftlichen Zusammenarbeit aller Jungsozialisten dienen."

Das Referat des Genossen Dr. Solmitz fand den ungeteilten Beifall der Konferenzteilnehmer. Genosse Solmitz, der versuchte, mit der größmöglichsten Objektivität zu sprechen, hat zweifellos durch sein ausgezeichnetes Referat einen Anstoß für weitere Diskussionen gegeben.

Die Anmeldungen zur Debatte waren so zahlreich, daß die Konferenz beschloß, am Nachmittage die Aussprache fortzusetzen.

Genosse Jesse konnte noch mitteilen, daß beabsichtigt ist, im September oder Oktober im Ferienheim Hamberge eine Arbeitswoche der Jungsozialisten abzuhalten. Dieser Vorschlag wurde allseitig mit Zustimmung aufgenommen.

Nach einer ausgiebigen Debatte am Nachmittage wurde die vorstehende Resolution angenommen, ebenso folgender Antrag:

„Die Jungsozialisten Mecklenburg-Lübecks stehen zu dem Aufruf der Genossen Löbe, Wurm, Sollmann usw. in der Alkoholfrage."

Die Konferenz wurde vom Genossen Jesse in der Erwartung einer noch stärkeren Beteiligung aller Jungsozialisten aus Mecklenburg und Lübeck an der Arbeitswoche in Hamberge geschlossen.

Hamburg.

Jungsozialistische Arbeitswoche über Verfassungsfragen.

Nicht nur, weil Lübecker Jungsozialisten dort waren, ist ein Bericht über diese Tagung notwendig, viel mehr wegen der Fragen, die dort besprochen wurden. In der Gemeinschaftsschule Tieloh-Süd fanden wir uns zu den Vorträgen zusammen. Am Pfingstsonnabend nach der Ankunft der Auswärtigen war eine Vorbesprechung. Am ersten Pfingsttagmorgen ward die Tagung durch eine kurze Feier eröffnet. Dann traten wir in die Arbeitsgemeinschaft über Grundlagen des Staatsrechtes. Genosse Kantorowicz-Kiel schälte klar und leichtfaßlich einen Begriff aus dem andern und die Teilnehmer waren eifrig bei der Sache. (Der Inhalt wird im besonderen Bericht wiedergegeben.)

In der Turnhalle stand für alle eine gemeinsame Mittagstafel bereit. Am Nachmittage hörten wir dem Genossen Heller-Leipzig zu, der ein mehrstündiges Referat über die Beziehungen der geschriebenen und zur ungeschriebenen Verfassung, nämlich den lebendigen, drängenden, gestaltenden Kräften in unserm Staat gab. Die Aussprache ergab den Wunsch, die an den Schluß gestellte Forderung nach vertiefter Arbeiterbildungs-, Gewerkschafts- und besonders Genossenschaftsarbeit näher beleuchtet zu sehen. Vielfach wurden die temperamentvoll vorgetragenen Gedanken auf dem abendlichen Gang durch den Wald weitererörtert. Die Hochbahn hatte uns schnell eine weite Strecke hinausgefahren. Der Referent des anderen Tages, Genosse Schult-Hamburg ging mit uns die Frage durch: „Wer macht ein Gesetz?" Hierbei kam der gesamte parlamentarische Apparat zur Sprache. An den weiteren Tagen war von uns Lübeckern nur noch eine Teilnehmerin anwesend, die sicherlich weiterberichten wird. Pe.

Grundlagen des Staatsrechtes.

Vortrag des Genossen Kantorowicz, Kiel.

Bei der Frage nach Gesetz und Recht muß zunächst geklärt werden: Was ist ein Gesetz? Der sich immer zeigende Zusammenhang zwischen bestimmten Vorgängen! Es gibt verschieden Gesetze. „Alle Menschen müssen sterben" ist ein Naturgesetz, dem niemand ausweichen kann: „Du sollst nicht töten" ein Sittengesetz, das nicht immer gehalten wird. Wir gehen an Zustände heran, mit den Fragen nach der Wahrheit, Schönheit, Sittlichkeit, Gerechtigkeit, Zweckmäßigkeit usw. Wahrheit und Schönheit finden wir vor, sie sind für uns absolut, während wir den Zweck bestimmen und ändern können. Die Wahrheit ist ein Maßstab für die Richtigkeit unserer Gedanken. Die Sittlichkeit fragt, ob Wille oder Handlung gut ist. Sie wird zur Pflicht in unseren Beziehungen zu andern Einzelmenschen. Während die Gerechtigkeit die Beziehungen von der Gesamtheit aus regelt und uns neben der Pflicht auch Rechte zuweist.

Will man diese idealen Begriffe in die Wirklichkeit übertragen, so wird: die Wahrheit zur Wissenschaft, die Schönheit zur Kunst, der Zweck zur Technik, die Sittlichkeit zur Moral und die Gerechtigkeit zum Recht. Es gibt natürlich auch Uebergänge zwischen Zweck und Schönheit, bezw. zwischen Technik und Kunst steht das Kunstgewerbe. Wie aber das nicht gelungene Bild noch zur Gattung der Kunstgewerbe gehört, so ist die nicht erreichte Gerechtigkeit immer noch ein Recht. Weil nun Wahrheit, Schönheit, Gerechtigkeit nicht wie der Zweck dem Willen unterliegen, sondern nur durch Erkenntnis erfaßt werden können, so unterliegt auch unser politisches Handeln nicht so sehr unserm Willen, als unserer Erkenntnis. Diese ist zu einem großen Teil von der persönlichen Lage abhängig. So werden wir schließlich zwischen den drei Grundtypen: Konservativ, Liberal, Demokrat, zu wählen haben und uns zu einer „bekennen" müssen. Dadurch, daß wir nicht überall wissenschaftliche Entscheidungen fällen können, bekommt die Abstimmung einen Sinn, solange Ehrlichkeit dahinter steht. Zwischen den ehrlichen Vertretern verschiedener Typen erscheint eine Verständigung, die dem Rechtsempfinden nicht widerspricht, eher möglich, als bei den Unehrlichen einer Type. —

Recht also ist menschliche Satzung über gesellschaftliche Ordnung. Sie kann durch Macht aufrecht erhalten werden. Macht kann durch Zwang oder Gewalt wirken, bis dahin, wo der Gegenwille der Gesellschaft größer wird. Die Organisation der Gesellschaft innerhalb eines bestimmten Gebietes ist der Staat. Zu einem Staate gehört: Volk, Gebiet, oberste Gewalt. Die oberste Gewalt teilt sich in drei Teile: Gesetzgebung, Rechtsprechung, Verwaltung, das ist notwendig, damit keine Willkürherrschaft, keine Unsicherheit eintritt. Ein Richter, der gleichzeitig Gesetze machen oder ändern könnte, könnte alles durch Gutdünken aburteilen, niemand wüßte mehr, was „Recht" wäre. Eine Verwaltung, die richten dürfte, würde sich in allen eigenen Verfehlungen straflos halten usw. Trotzdem hat unser „Recht" noch Lücken. Um diese Lücken zu füllen, muß man den Richter teilweise zum wirklichen Gesetzgeber machen und nimmt lieber etwas Unrecht in Kauf, als daß eine Sache unentschieden bleibe. Dadurch jedoch, daß man dem Richter noch Schöffen zugesellt oder eine Berufung ermöglicht, wird der mögliche Schade abgeschwächt. Ein grobes Fehlurteil bedeutet für den Richter meistens den Abschluß der Laufbahn.

Was der Referent über den Aufbau des Staates sagte, wiederholte Genosse Schult am folgenden Tage; hierüber folgt ein besonderer Bericht. Pe.

Monatsprogramm der Z. d. A.-Jugend.

Donnerstag, 11. 6., 8 Uhr: Vortrag vom Gen. Ahrenhold im Jugendheim.

Sonntag, 14. 6., 7 Uhr morgens: Fahrt nach Kannenbruch. Treffpunkt Lindenplatz. Leitung Koll. Wegner.

Donnerstag, 18. 6., 7 Uhr abends: Faustballspielen (Buniamshof).

Sonntag, 21. 6.: Fahrt nach dem Dummersdorfer Ufer. Abfahrt Sonnabend abend 9 Uhr (Geibelplatz). Sonnenwendfeier. Leitung Koll. Wegner.

Dienstag, 23. 6., 8 Uhr: Sitzung der Arbeitsgemeinschaft (Steinrader Weg 19).

Donnerstag, 25. 6.: Monatsversammlung.

Sonntag, 28. 6., 7 Uhr morgens: Radtour. Ziel Brodten. Abfahrt Burgtorbrücke. H. K.

Gewerkschaften

Dies Kind, kein Engel ist so rein.

Die kommunistische Presse, mit dem kurzen Gedächtnis ihrer Anhänger rechnend, behauptete in der jüngsten Zeit wiederholt, es sei niemals von verantwortlicher Stelle aus **zur Spaltung der Gewerkschaften aufgefordert worden.** Wir nehmen des Protokoll des 2. Kongresses der kommunistischen Internationale vom August 1920 zur Hand und finden dort eine Rede Sinowjews zur Gewerkschaftsfrage. Damals lautete das Rezept zur „Eroberung" der Gewerkschaften folgendermaßen:

„**Wir müssen sie spalten und zu uns herüberziehen.** Das ist die Hauptaufgabe und unser erster Schritt vorwärts. Wir können jetzt jeder Gewerkschaft sagen: **„Ihr sollt aus der Amsterdamer Internationale austreten,** ihr habt jetzt eine Internationale der roten Gewerkschaften, und der sollt ihr beitreten." (S. 592.)

Dementsprechend wurde in den § 39 der Statuten der „Roten" Gewerkschaftsinternationale folgender Passus aufgenommen:

„Das Entstehen dieses Zentrums der revolutionären Gewerkschaftsbewegung ist der **Ausgangspunkt des erbitterten Kampfes innerhalb der gewerkschaftlichen Weltbewegung** unter der Losung Moskau oder Amsterdam! **Die Spaltung innerhalb der alten Gewerkschaftsbewegung in zwei Lager geht desto schneller, je schneller die ökonomische Krisis wächst** und je geringer für das Proletariat die Aussichten der friedlichen Entwicklung sind."

Ebenso verlangt Punkt 6 der Aufnahmebedingungen, die von jeder Organisation, die Mitglied der „Roten" Gewerkschaftsinternationale werden will, erfüllt werden muß: **„Abbruch aller Beziehungen mit der gelben Amsterdamer Internationale."**

Nach vier Jahren haben die Kommunisten einsehen müssen, daß ihr Spaltungsfeldzug gescheitert war. Und nun wurde ein neuer Plan ausgeheckt. Auf dem 5. Kongreß der Moskauer Internationale, im Juli 1924, hielt Sinowjew wieder eine Rede — sie ist als besondere Broschüre von den Kommunisten herausgegeben worden —, in der es heißt:

„Die Rote Gewerkschaftsinternationale wurde gegründet in einem Moment, **wo es schien, wir würden die Front des Feindes in frontaler Attacke durchbrechen können und die Gewerkschaften rasch erobern. . . .** Sie wissen, Genossen, daß die Bewegung später abgeflaut ist, das das ganze Problem, alle taktischen Schwierigkeiten der Kommunistischen Internationale während dieser fünf Jahre eben daraus stammen, daß die Entwicklung viel langsamer gegangen ist, als wir annahmen. Die Sozialdemokratie hat sich teilweise konsolidiert, auch auf dem Gewerkschaftsgebiet. **Jetzt müssen wir sie auf Umwegen bekämpfen,** di langwieriger und schwerer sind. Das ist das Neue, was Sie nicht verstehen wollen. (Seite 22 und 23 der Broschüre.)

Was General Sinowjew im vorigen Jahre verkündete, das ist dann von den Unteroffizieren ausgeführt worden. Nunmehr lautet die Parole: Zurück in die Gewerkschaften! Aber nicht etwa deshalb, um dort nützliche Arbeit zu leisten, sondern **um die Gewerkschaften zu Hilfsorganisationen der Moskauer Internationale zu machen.** So sagen die Thesen einer Konferenz der österreichischen Kommunisten vom 16. November 1924:

„Die kommunistische Gewerkschaftsarbeit ist von der Ansicht und dem Gedanken getragen, in den Massenorganisationen des Proletariats **für die kommunistische Ideologie zu wirken, die Gewerkschaften zu Hilfsorganisationen des revolutionären Klassenkampfes zu gewinnen und in den Gewerkschaften die Einflüsse der Sozialdemokratie zu brechen."**

„Die Lohn- und Arbeitsbedingungen haben in der kommunistischen Gewerkschaftspolitik nur sekundären Charakter und dienen dazu die Arbeitermassen in Bewegung zu setzen," heißt es dort noch ausdrücklich. Und kurz und bündig erklärt der Reichstagsabgeordnete Schneller auf einer kommunistischen Konferenz in Chemnitz am 22. Januar 1925: **„Wir wollen die Gewerkschaften für unsere Partei erobern."**

Es ergibt sich also, daß der kommunistische Einheitsengel nicht ganz so rein ist, wie ihn jetzt die „Rote Fahne" und ihre Ableger suchen hinzustellen.

Zur Neuregelung des Dienstrechts in der Sozialversicherung. Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Seit Jahren sind Bestrebungen im Gange, die Rechtsverhältnisse der Angestellten in der Sozialversicherung neu zu regeln. Diese Regelung zielt auf eine Vereinheitlichung des Dienstrechts für die Angestellten aller Träger der Sozialversicherung ab und will vor allem ein Dienstrecht schaffen, das der Entwicklung des modernen Arbeitsrechts entspricht. Das Reichsarbeitsministerium hat auch bereits Richtlinien für die Aufstellung eines solchen Gesetzes herausgegeben. Anfang des Jahres 1924 wurden diese Bestrebungen durch einige Fachverbände gehindert, die vom Reichsarbeitsminister eine Hinausschiebung des ganzen Planes verlangten. Jetzt dagegen scheinen diese Verbände die Situation für sich günstiger anzusehen, sie haben durch die Deutschnationale Volkspartei einen Antrag im Reichstag einbringen lassen, der eine Neuregelung des Dienstrechts nach der Richtung fordert, daß die Angestellten der Sozialversicherung dem öffentlichen Beamtenrecht unterstellt werden. Gegen eine solche Verbeamtung wendet sich sowohl der größte Teil der Angestellten selbst als auch die überwiegende Mehrzahl der Versicherten. Die Versicherten sehen in einer Verleihung der Beamteneigenschaft an die Angestellten der Sozialversicherung mit Recht eine weitere Einschränkung ihres Selbstverwaltungsrechts. Die Angestellten der Sozialversicherung wissen, daß sie sich bei einer Verbeamtung ihres Anspruches auf gleichberechtigte Mitwirkung bei der Regelung ihrer Anstellungs- und Besoldungsverhältnisse begeben würden und daß eine einseitige Festsetzung ihrer Rechtsverhältnisse durch die Aufsichtsbehörden nur zu ihrem Schaden ausfallen müßte. Die Erfahrungen der letzten Zeit haben dafür unwiderlegliche Beweise erbracht. — Die überwältigende Mehrzahl der Angestellten in der Sozialversicherung ist sich deswegen mit den Versicherten darin einig, daß die Neuregelung des Dienstrecht nach einer anderen Richtung zu erfolgen hat. Sie fordern ein einheitliches Dienstrecht in allen Zweigen der Sozialversicherung auf der Grundlage des privatrechtlichen Arbeitsvertrages, eine ausreichende Sicherung gegen Kündigungen, Ruhegehaltsberechtigung und Hinterbliebenenfürsorge, die uneingeschränkte Anwendung des Tarif- und Betriebsrätegesetzes und die Beseitigung des Genehmigungsrechts der Aufsichtsbehörden. Nur eine solche gesetzliche Neuregelung würde den Forderungen der Angestellten und der Versicherten zugleich entsprechen.

Theater und Musik.

Stadttheater. Im weißen Rößl. Ein volles Haus an einem der heißesten Tage. Wie ein Wunder klingt's. Wollte man zum Schlusse der Spielzeit Versäumtes noch gut machen oder sich nur an dem lang entbehrten harmlosen Lustspiel einen Ferienfreudenvorschuß holen? Es war ein Vergnügen, das gutgekleidete Publikum in unverfälschtem Bildungsenthusiasmus zu sehen und es war eine Genugtuung, daß endlich einmal die Theaterleitung ihre Mühen belohnt sah. Durch Blumenthal und Kadelburg, die vor Jahrzehnten schon des zahlungsfähigen Bürgers Geschmacksinn heiteren und ihn vor der Gedanken Tiefe bewahren. Es hat sich seitdem nichts geändert. Die Spuren der Zeitenschwere sind verwischt, die Verinnerlichung der Menschen zeigt ihre Krönung in der Rückkehr zu den alten Göttern. Sollte diesen am Dienstag im Stadttheater die Huldigung etwa nicht gegolten haben, so galt sie ganz gewiß den künstlerischen Kräften, die dem heiter-sentimentalen Werkchen der beiden Lustspielfabrikanten zum Triumph verhalfen. Da gab vor allem Max Becker als Glühstrumpffabrikant eine kotzige Berliner Type von großem Ausmaße, die in jeder Situation von urwüchsigem Humor beseelt war. Die Wirtin wurde durch Martha Hassenberg mit erfahrungsreicher weiblicher Wärme verkörpert, in deren Ausstrahlungsradius der Zahlkellner Leopold (Gerhard Teubner) seine Werbungsversuche recht vorteilhaft unternahm. Karl Moran, der auch für die Spielleitung zeichnete, stattete seinen Rechtsanwalt Dr. Siedler mit weltmännischer Eleganz aus. Er fesselte durch flottes Spiel ebenso wie seine Partnerin Alix Lischke als Tochter des Lampenfabrikanten. Ungeheure Heiterkeit entfachte Viktor Kowarzik als Arthur Sülzheimer. Schon Erscheinung und Geste dieses geborenen Komikers versetzten das Haus in die heiterste Stimmung, und er verstand es gar köstlich, das Herzkäferchen Clärchen des Privatgelehrten Hinzelmann (Fritz Ritter) einzufangen. Gerda Basarke gab sich aber auch als feuerzündender Backfisch besonders niedlich. Ein amüsantes Flitterwochenpärchen stellten Jakob Klucker und Frida Lüderitz auf die Bühne und Wilhelm Stengel markierte den Bettlertyp nicht übel. Dem ganzen flotten Spiel dieser Hauptkräfte reihten sich die übrigen Mitwirkenden an. So wurde der Abend zu einem äußerst fröhlichen. b.

Henri Rabauds 5aktige Oper „Maruf" (Der Schuster von Kairo) wurde vom Intendant Dr. Hartmann zur reichsdeutschen Uraufführung am Friedrich-Theater in Dessau für die kommende Spielzeit angenommen. Das Werk wurde bereits im Auslande mit großem Erfolge aufgeführt.

Neue Bücher

(Alle hier besprochenen Bücher sind durch die Buchhandlung des „Lübecker Volksboten" zu beziehen.)

Urania, Monatshefte für Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre. Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Jena. Die „Urania", deren rasches Anwachsen wohl einen der größten Zeitschriftenerfolge der Gegenwart darstellt, beweist mit jedem neuen Monatsheft und jeder neuen Buchbeigabe immer deutlicher, daß sie das Bildungsmittel für fortschrittlich gesonnene Menschen darstellt. Das vorliegende 9. Heft (Juni 1925) wird eingeleitet durch wertvolle Untersuchungen K. Schäfers über „Darwinismus, Lamarckismus und Sozialismus" und Betrachtungen von Dr. Adolf Stark über „Ethik und Naturwissenschaft". Fehlinger berichtet über neue Funde vorgeschichtlicher Menschen. Unter der Rubrik „Soziales Wandern" schildert Joh. Kretzen aus eigener Anschauung „Natur und Mensch in Brasilien". Zu eigener Betätigung regen an die „Funk-Bastel-Ecke" und ein Vorschlag zur photographischen Aufnahme mikroskopischer Präparate mit einfachen Hilfsmitteln. Notizen über wichtige technische Fortschritte, das mit prachtvollen Aktaufnahmen ausgestattete Beiblatt „Der Leib" und eine Liedbeigabe vervollständigen den fesselnden Inhalt des Heftes. Gleichzeitig erhalten alle Leser der „Urania" als 3. Buchbeigabe des laufenden Jahrgangs 1924/25 ein schmuckes Bändchen „Wie Gott erschaffen wurde", in dem Dr. Erkes in wissenschaftlich begründeter allgemeinverständlicher Weise den gelungenen Nachweis führt, daß auch alle Religionen natürliche, in der menschlichen Entwicklung begründete Erscheinungen darstellen und übernatürliche Mächte der religiösen Vorstellungswelt nur in der Phantasie ihrer Verehrer vorhanden sind.

Von der Reichsbahn.

Die Herabminderung des Personalbestandes der deutschen Reichsbahnverwaltung.

Die Sparmaßnahmen der Reichsbahnverwaltung grenzt an eine Rechtlosmachung der Beamtenschaft. Es sollen wiederum 30 000 Beamte ihrer erworbenen Rechte beraubt werden. Das bedeutet, daß die Beamten in die früheren Arbeitsstellen zurückgeführt werden und wieder als Arbeiter gelten. Hierdurch werden 30 000 Arbeiter überflüssig und auf die Straße gesetzt.

Wie gearbeitet wird, zeigt der Wortlaut des Kündigungsschreibens, das seitens der Reichsbahndirektionen den abzubauenden Beamten zugeschickt wird.

Deutsche Reichsbahngesellschaft.
Reichsbahndirektion Stettin. . . . . ., den . . . .1925.

An den Zugschaffner
Herrn . . . . . .

Die Herabminderung des Personalbestandes der Deutschen Reichsbahngesellschaft macht es erforderlich, Ihnen gemäß § 25 der Personalordnung das Amtsverhältnis dergestalt zu kündigen, daß es mit dem 31. Mai aufhört.

Mit Ihrem Einverständnis werden wir Sie vom 1. Juni 1925 ab im Lohnverhältnis weiter beschäftigen, soweit ständige Arbeiterstellen zur Verfügung stehen. Hierzu eröffnen wir Ihnen folgendes: Falls das Arbeitsverhältnis später wegen Abbaus oder aus einem anderen nicht in Ihrer Person liegenden Grunde beendigt wird, werden wir Sie so behandeln, wie wenn Sie im Zeitpunkt der Rücküberführung in das Arbeitsverhältnis aus dem Dienst der Verwaltung ausgeschieden wären. Sofern Sie im Zeitpunkt Ihrer Rücküberführung schon Wartegeld hätten erhalten können, werden wir Ihnen ein solches auch bei einer aus den vorbezeichneten Gründen später erfolgenden Beendigung des Arbeitsverhältnisses in widerruflicher Weise in der Höhe zuweisen, wie es sich berechnen würde, wenn Sie im Zeitpunkt der Rücküberführung in das Arbeitsverhältnis aus dem Dienst der Verwaltung ausgeschieden wären.

Falls Sie Wartegeld nicht zu beanspruchen haben, werden wir Ihnen die Abfindungssumme zahlen, die Ihnen im Zeitpunkt Ihrer Rücküberführung in das Arbeitsverhältnis als Beamter zugestanden hätte.

Ihre Einverständniserklärung, die wie folgt zu lauten hat: „Mit der Rücküberführung in das Arbeitsverhältnis bin ich einverstanden", haben Sie sofort Ihrem Dienststellenvorsteher einzureichen.

Man kann nicht fehlgehen, wenn man behauptet, daß auf diesem Wege die Reichsbahn versucht, ihre gesetzliche Verpflichtung, in gegebenen Fällen Wartegelder zu zahlen, zu umgehen. Es handelt sich nicht nur um junge Beamte, die eben erst aus dem Arbeitsverhältnis in die Beamtentätigkeit übergegangen sind, sondern in den allermeisten Fällen um Beamte, die durch eine 10jährige und längere Tätigkeit sich das Recht auf Pensionierung und Zahlung eines Wartegeldes erworben haben. Die Frage, ob Wartegeld gezahlt wird, wenn keine „Arbeitsstelle" zur Verfügung steht, bleibt unbeantwortet. Den Beamten werden Arbeitsstellen angeboten, die von ihrem bisherigen Dienst- oder Wohnort so weit entfernt liegen, daß sie von früh 5 Uhr bis abends 11 Uhr unterwegs sind. Ob das jemand auf die Dauer aushalten kann, darüber zerbricht sich die Hauptverwaltung nicht den Kopf. Daß ein großer Teil von Beamten überhaupt körperlich gar nicht in der Lage ist, eine ihnen übertragene Arbeitertätigkeit vollwertig auszuüben, ist für sie scheinbar eine Frage von nebensächlicher Bedeutung. Ihr kommt es lediglich nur darauf an, einen Weg zu finden, möglichst schnell recht viele Beamte ohne Verpflichtung loszuwerden.

Erfreulich wäre es, wenn auch der Personalabbau bei der Reichsbahn einmal grundsätzlich vom Reichstag untersucht würde, damit das Bestreben, durch recht lange Dienstzeit und kümmerliche Entlohnung der Beamten und Arbeiter, alles herauszuschinden, unterbunden wird.

Die Löhne der Arbeiter der Reichsbahn stehen hinter den Industrielöhnen weit zurück. Es ist kein Wunder, wenn man sich die Herren betrachtet, die im Verwaltungsrat sitzen. Leute des Schwerkapitals, die sich berufen fühlen, die Löhne möglichst nach unten zu halten. Die Möglichkeit wäre bestimmt gegeben, die Beamten und Arbeiter der Reichsbahn zu ihrem Rechte und besserer Entlohnung kommen zu lassen, wenn beide Kategorien gemeinsam straff in der Einheitsorganisation der Eisenbahner, im Deutschen Eisenbahner-Verband, zusammengefaßt würden, dann könnten sich die Hüter des Schwerkapitals den Schädel einrennen an dem großen Verband der Eisenbahner.

K. Meindel.

Arbeiter-Sport

Alle Zuschriften für diese Rubrik sind an den Sportgen. Max Cornehl, Gr. Gröpelgrube 32, nicht an die Redaktion des Lübecker Volksboten zu richten.

Achtung, Arbeitersportler. Zum Straßenlauf am Montag, dem 15. Juni versammeln sich die Sportgenossen um 6½ Uhr im Gewerkschaftshaus. Jeder Verein hat vollzählig zu erscheinen.

H. J.

Achtung, B.-S.-V.er. Am Freitag, dem 12. Juni, pünktlich 8 Uhr findet eine außerordentliche Versammlung in Marienburg statt. Erscheint alle.

Johs. Kutschke, Obmann d. Leichtatletik.

Fußballsparte, 3. Bezirk, 3. Kreis. Am Freitag, dem 12. 6., abends 8 Uhr Schülerleitersitzung im Arbeiter-Turn- und Sportheim Hundestraße. Sämtliche Schülerleiter müssen vertreten sein.

K. Evers.

Wetterbericht der Deutschen Seewarte

Das Hochdruckgebiet lagert weiter stationär über der Nordsee und zeigt kaum eine Veränderung. Unter seinem Einfluß lagen die Nachmittagstemperaturen im westlichen Deutschland bei heiterem Himmel vielfach über 25 Grad Celsius. Da das Hoch durch die kühlere Rückseitenströmung der russischen Tiefdruckgebiete gestützt wird, dürfte es sich weiterhin erhalten. Die Gewitterneigung ist sehr gering, etwas größer im östlichen Deutschland, wo sich lokale Randwirbel bilden könnten.

Vorhersage für den 10. und 11. Juni 1925.

Heiter, trocken, warm, schwachwindig.

Marktberichte

Getreide. Hamburg, 9. Juni. (Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse.) Preise in Reichsmark für 1000 Kilo ab inländischer Station einschl. Vorpommern, für Auslandsgerste und Mais frei Kaiwaggon. Der Rückgang der Kurse an dem amerik. Markte machte hier wenig Eindruck, da das Angebot in guten Qualitäten knapp ist. Das Inland blieb ziemlich unverändert. Weizen 262—268, Roggen 214—222, Hafer 230—238, Gerste 220—236 RM. Ausländische Gerste 212—229, Mais 213—215 RM. Oelkuchen geschäftslos bei unveränderten Preisen.

Vieh. Rendsburg, 8. Juni. Den schleswig-holsteinischen Ferkel- und Jungschweinemärkten vom 30. Mai bis 6. Juni waren insgesamt zugeführt rund 3850 Stück gegen 5250 Stück in der Vorwoche. Der Handel gestaltete sich auf vielen Märkten infolge der geringeren Zufuhren wieder lebhaft und es konnten die Bestände geräumt werden, während einige Marktorte allerdings nur von einem flauen Verlauf sprechen können. Die Preise hatten angezogen. Der provinzielle Durchschnittspreis betrug für Ferkel von 4 bis 6 Wochen 25—27 Mk., von 6—8 Wochen 28—34 Mk., über acht Wochen 35—46 Mk. das Stück. Für Ferkel mit Abstammungsnachweis wurden höhere Preise gezahlt. Nach Lebendgewicht kostete geringere Ware 1—1,10 Mk., gute leichte und mittlere Ware 1,15—1,30 Mk., beste schwere Ware 1,15—1,25 Mk. das Pfund.

Schiffsnachrichten

Angekommene Schiffe.

9. Juni.

Deutsch. S. Bürgermeister Lafrenz, Kapt. Hammer, von Dahme mit 30 Passag. in 4 Std. Deutsch. Motorsch. Pelzerhaken, Kapt. Schlöpke, von Neustadt leer in 2 Std. Deutsch. D. Hertha, Kapt. Beyer, von Stettin mit 19 Passagieren in 16 Std. Dän. S. Christian, Kapt. Sörensen, von Haadsund leer in 3 Tg. Deutsch. D. Gerda Ferdinand, Kapt. Behrens, von Malrund mit Erz in 5½ Tg. Deutsch. D. Titania, Kapt. Niemann, von Stugssund mit Holz in 1½ Tg. Schwed. S. Tati, Kapt. Gövansson von Halmstadt mit Steinen in 4 Tg. Schwed. S. Esther, Kapt. Jörnsson, von Halmstedt mit Steinen in 4 Tg. Deutsch. Schlepp.-D. Karl Kiehn, Kapt. Bröcker, im Schlepp mit Leichter Wilhelmine Kiehn und Grete Kiehn, mit Eisenschlacken von Stettin.

Abgegangene Schiffe.

9. Juni.

Schwed. S. Anna, Kapt. Lieander, nach Klagsham mit Salz. Deutsch. S. Elsbeth Gruno, Kapt. Gruno, nach Norrköbing mit Salz.

16. Juni.

Deutscher D. Otto Ippen 27, Kapt. Berndt, nach Kiel mit Stückg. Deutsch. S. Hulda, Kapt. Krüger, nach Stevens, leer. Holl. S. Dina Johanna, Kapt. Puthje, nach Aarhus, Salz. Dän. S. Anni, Kapt. Christiansen, nach Aarhus mit Salz. Schwed. S. Energy, Kapt. Johannsson, nach Gothenburg mit Salz.

Rundfunk-Programm

Hamburger Sender — Wellenlänge 395 Meter

Donnerstag, 11. Juni.

5.45 Uhr vorm.: Uhrzeitzeichen. — 5.50 Uhr vorm.: Wetterfunk. — 6.30 Uhr vorm.: Landwirtschaftliche Meldungen. — 6.50 Uhr vorm.: Letzte Drahtmeldungen. — 12.55 Uhr nachm.: Nauener Zeitzeichen. — 1.10 Uhr nachm.: Schiffahrtsfunk. — 2.00 Uhr nachm.: Bremer Wetterbericht. — 2.05 Uhr nachm.: Hauskonzert der Bremer Norag. — 2.45 Uhr nachm.: Funkbörse der Norag. — 3.40 Uhr nachm.: Die Wirtschaft im Funk — Die Funkbörse der Norag. — 4.00 Uhr nachm.: Die Schiffahrt im Funk. — 4.15 Uhr nachm.: Landschaft, Kunst und Geschichte in deutschen Städten. — 5.05 Uhr nachm.: Hamburg: Funkwerbung. — 5.55 Uhr nachm.: 2. Bremer Wetterbericht. — 6.00 Uhr abends: „Witwe Grapin", komische Oper in einem Akt. — 7.00 Uhr abends: Schule des Niederdeutschen: Plattdeutsch und Friesisch. 2. Teil. — 7.30 Uhr abends: Schule der Sprachen: Spanisch. — 7.55 Uhr abends: Wetterfunk. — 8.00 Uhr abends: Der Storch im Haus, ein Kinderlieder-Abend. — 10.00 Uhr abends: Sportbericht — Tanzfunk.

Verantwortlich: Für Politik u. Volkswirtschaft: Dr. Fritz Solmitz. Für Freistaat Lübeck und Feuilleton: Hermann Bauer. Für Inserate: Carl Lückhardt. Verleger: Carl Lückhardt. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.